



(Beginn: 15.35 Uhr - Ende: 21.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag! Meine sehr verehrten, lieben Damen und Herren! Sehr geehrte Anwesende! Ich eröffne die 27. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und alle Mitglieder des Rates.

Besonders beglückwünschen möchte ich heute Herrn Froh - bislang Herr Jeschka. Ich gratuliere Ihnen herzlich zur Eheschließung.

(Beifall)

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass Frau Syndicus nicht mehr der Fraktion Die FRAKTION angehört und ihr Ratsmandat nun als Einzelmandatsträgerin ausübt.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Achtelik, Herr Dr. Akude, Herr Busch, Herr Haeming, Herr Kircher, Herr Philippi und Frau Scho-Antwerpes entschuldigt. Unsere Stadtkämmerin, Frau Dr. Diemert, kommt heute etwas später; aber sie kommt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Frau Roß-Belkner und Herrn Cremer.

Zunächst haben wir die heutige Tagesordnung festzulegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und FDP sowie Ratsmitglied Zimmermann und Ratsmitglied Syndicus haben am 6. September 2023 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Kulturelle und soziale sowie soziokulturelle Projekte als Impulsgeber und Baustein nachhaltiger Stadtentwicklung und die Voraussetzung ihrer Realisierung“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil Anfragen unter TOP 4.3 bis 4.8, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.1.1, Allgemeine

Vorlagen unter TOP 10.22 und 10.23 sowie Gremienbesetzungen unter TOP 17.2 bis 17.12. Abgesetzt werden sollen im öffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 10.5, 10.19 und 12.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Bitte sehr, Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir möchten unseren als TOP 3.1.2 in der Tagesordnung zu findenden Antrag „Dä malade Melode“ zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Reker, warum wurde die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.5 „Sanierung des Funkturms Colonius“ zurückgezogen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß nicht, ob es üblich ist, jetzt darüber zu sprechen. Normalerweise wird es akzeptiert, wenn die Verwaltung Dinge zurückzieht. Aber ich darf Ihnen sagen, dass sich hier das Verfahren geändert hat und dass ich Ihnen auch eine konforme Vorlage präsentieren möchte und keine, die vielleicht dem jetzigen Verfahren nicht mehr gerecht wird.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das sehe ich nicht.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Nicht zur Reihenfolge. - Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kollegen! Ich melde für den Tagesordnungspunkt 23.9 im nicht-öffentlichen Teil für meine Fraktion Beratungsbedarf an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Meldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.



Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) und RM Syndicus (GUT Köln) betreffend „Aktuelle Stunde zu kulturellen, sozialen und soziokulturellen Projekten“ AN/1600/2023

Ich gebe Frau Martin das Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen! Wohnen, arbeiten, sich versorgen, sich bilden, sich erholen, am Verkehr teilnehmen, in Gemeinschaft leben - so definiert die Sozialgeografin die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse. Sieben Stück sind es.

Sie zu befriedigen, ist Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese zu organisieren und gerecht zu gestalten, ist wiederum unsere Aufgabe, die Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Ganz wesentlich gestützt wird das vom bürgerschaftlichen Engagement, also von den Menschen, die sich in Vereinen oder auch einzeln für das Gemeinwohl, für unser aller Wohl, engagieren. Sie sind der Kitt, der uns zusammenhält.

Ihnen verdanken wir kulturelle, soziale und soziokulturelle Orte, die unsere Stadt bunt machen und die oft Lücken füllen, wenn die öffentliche Daseinsvorsorge nicht ausreichend greift. Es sind Orte, die niederschwellig Kunst und Kultur vermitteln. Es sind Dritte Orte, an denen nichts konsumiert werden muss. Es sind offen zugängliche Orte zum Vernetzen. Es sind soziale Orte mit entsprechenden Angeboten. Und es sind demokratische Orte, weil sie direkt von den Menschen ausgehen, die sie auch nutzen.

Umso schmerzlicher ist es, wenn Projekte, die mit viel Engagement und Herzblut über eine lange Zeit geplant wurden, plötzlich auf der Kippe stehen - so wie der Osthof in den Hallen Kalk, ein Zusammenschluss verschiedener Initiativen, die gemeinsam mit der Montag Stiftung und der Stadt

Köln ein altes Industrieareal sanieren wollten, um es dann für Soziales und Kultur zu nutzen. Und dann erreichte uns die Nachricht, dass die Montag Stiftung, die Geldgeberin, aussteigt.

Das ist ein Alarmsignal, das wir natürlich nicht überhören dürfen - vorausgesetzt, wir betrachten gemeinwohlorientierte Projekte als unverzichtbaren Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Ich kann Ihnen versichern, liebe Zuhörer*innen: Für uns Grüne ist das unverrückbar so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gehe fest davon aus, dass das genauso für meine Ratskolleg*innen und die Verwaltung gilt; denn in unserer Stadtstrategie 2030+ sind der „Schutz und Erhalt von bestehenden soziokulturellen Standorten“ als Ziel festgeschrieben. Wer es nachlesen möchte: Es steht auf Seite 216.

Ich zitiere weiter:

Es sollen Rahmenbedingungen zur Entwicklung dieser für die Stadt bedeutsamen Funktionen geschaffen werden.

Das verstehe ich als klaren Auftrag.

Was also brauchen Projekte wie der Osthof zu ihrer Realisierung? Was müssen wir ändern? Wo müssen wir besser werden?

Es gibt viele große Stellschrauben, die für alle Projekte gelten, und es gibt viele kleine, die spezifisch sind. Ich möchte mich heute hier auf die ersteren konzentrieren.

Selbstverständlich sollten immer die folgenden Dinge sein: Verlässlichkeit, Kommunikation auf Augenhöhe, Realitätssinn, Lösungsorientierung. Das gilt selbstverständlich für alle Beteiligten.

Darüber hinaus gibt es ganz grundlegende Anforderungen, die erfüllt werden müssen, egal ob es soziale, kulturelle oder soziokulturelle Projekte sind. Sie alle brauchen Geld, wenn sie gemeinwohlorientiert sind, weil sie dann eben gerade kein Geld selber erwirtschaften. Dieses Geld müssen wir über den städtischen Haushalt zur Verfügung stellen. Das tun wir auch. In Klammern: Ich weiß natürlich, dass es niemals genug sein wird.

Geld ist nur das eine. Raum ist das andere. Er ist mindestens ebenso rar.

Liebe Kolleg*innen, erlauben Sie mir, an dieser Stelle die berühmte Frage zu stellen: Wem gehört die Stadt? - Die Antwort ist genauso rhetorisch: den Menschen, die in ihr leben.



Umgekehrt bedeutet das: Sie gehört nicht den finanzstarken Investoren, die Grund und Boden aufkaufen, brach liegen lassen und teuer weiterverkaufen, um dann irgendwann Mikroappartements oder Eigentumswohnungen darauf zu bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb müssen wir Flächen reservieren und Instrumente schaffen, mit denen wir sie denjenigen zur Verfügung stellen können, die sie gemeinwohlorientiert entwickeln. Ich spreche zum Beispiel von einem passenden Erbpachtzins für sozialkulturelle Nutzungen, den zu erarbeiten wir beauftragt haben und den wir noch dieses Jahr erwarten.

Bis dahin die Hände in den Schoß legen und die Montag Stiftung ziehen lassen? Nein, natürlich nicht! Bis dahin machen wir - und damit meine ich alle: Politik, Verwaltung und die zivilgesellschaftlichen Akteure - bitte das, was schon lange gut läuft, weiter; auch mit der Montag Stiftung, die ja noch zwei andere Projekte in dieser Stadt hat. Dabei muss natürlich nun ganz besonders genau geprüft werden, welche der spezifischeren Stellrauben vielleicht gedreht werden müssen, um Prozesse zu verbessern.

Wir unterstützen natürlich die Initiativen des Osthofes dabei, ihre Projekte trotz allem realisieren zu können, wie auch alle anderen Projekte in dieser Stadt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es geht heute um die Frage, wie wir Stadtentwicklung sehen und wie wir sie definieren. Aus unserer Sicht geht es bei der Stadtentwicklung im Ganzen um die Steuerung einer Gesamtentwicklung unserer Stadt Köln.

Diese Gesamtentwicklung hat insbesondere gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Stadtentwicklung verlangt daher eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise. Die Stadtentwicklung steht durch die gesellschaftlichen Tendenzen, durch verschiedene

Veränderungsprozesse - den demografischen Wandel, den Klimawandel, die Globalisierung und die Verankerung der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene - sowie durch neue Beteiligungskultur vor sehr großen Herausforderungen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben im Vorwort zur Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ Folgendes gesagt - ich würde gerne daraus zitieren -:

Für die Kölner Stadtentwicklung heißt das, dass viele Themen parallel und zeitgleich zusammen bearbeitet werden müssen. Und genau das haben wir bei der Erstellung der Stadtstrategie getan.

Jetzt kommt der Kern, auf den ich hinauswill:

Wichtig ist mir vor allem eine Erkenntnis: Eine einseitige Fachsicht ist langfristig zu kurz gedacht. Viel zielführender sind thematische Vernetzungen und der Austausch unter allen Beteiligten, also eine integrierte Arbeitsweise. Und genau diese praktizieren wir auf allen Ebenen.

Meine Damen und Herren, diese Projekte - viele der Kolleginnen und Kollegen sitzen ja hier oben auf der Zuschauertribüne - machen für uns das Gesamtbild der Stadt aus. Es geht um die „Kölner Mischung“. Auch dieser Begriff fällt in den Kölner Stadtperspektiven. Wir sind der festen Überzeugung, dass es so ist. In den letzten Jahren haben wir auch danach gehandelt und uns immer hier unterstützend eingesetzt. Ich nenne einmal „Jack in the Box“ als Beispiel für etwas, was am Ende gut gelaufen ist. Wir setzen diese Projekte neben die klassische Projektentwicklung und die klassische Stadtentwicklungsplanung; denn auch auf sie sind wir angewiesen.

Aber wir sind auch der festen Überzeugung, dass es diese Initiativen und die Protagonisten braucht. Warum braucht es sie? Weil wir als Stadt, als Verwaltung, das nicht können. Wir können keine Projektentwicklung machen, zum Beispiel im Osthof Kalk. Wir können gar nicht die ganzen Ideen und die ganze Vielfalt entwickeln, die die Protagonisten vor Ort entwickeln - aus dem Viertel und aus ihren Initiativen heraus. Wir können nicht als Politik und als Verwaltung einen Prozess in Gang setzen und vorantreiben, in dem wir ein Gelände entwickeln und es danach auch bewirtschaften, zum Beispiel den Osthof.

Wir müssen aber als Stadt und auch als Politik diese Bestrebungen und diese Ideen unterstützen. Es geht darum, die Kompetenzen, die sich in



allen Initiativen wiederfinden, zu unterstützen und wertzuschätzen. Im Übrigen geht es nicht nur immer um Geld, dass die Stadt zur Verfügung stellen muss. Es geht auch darum, andere Gelder einzuwerben. Das kann die Stadt auch nicht. Wir brauchen also diese Initiativen, um Fördergelder einzuwerben, um Ideen zu vernetzen und um unsere Stadt vielfältig zu halten.

Ich muss für meine Fraktion allerdings auch feststellen, dass die Strukturen, die wir bislang dafür haben, offensichtlich nicht funktionieren. Das zeigt sich unter anderem an dem Beispiel Osthof. Dies zeigen auch die vielen - und auch belegbaren - Rückmeldungen Betroffener, deren Einzelfälle wir nicht als Bagatellen abtun dürfen. Beim projektierten Arbeiten müssen sich unterschiedliche Dezernate abstimmen; unterschiedliche Ämter müssen besser miteinander kommunizieren und koordiniert werden.

Wir bewegen uns zum Beispiel bei der Frage der Erbpachtvergabe für gemeinnützige Organisationen auf Neuland. Dabei können Fehler passieren. Das Schlechteste wäre, Frau Oberbürgermeisterin, liebe Verwaltung und übrigens auch liebe Politik, sich in Schuldzuweisungen zu verlieren, anstatt sofort an Lösungen zu arbeiten. Das ist unsere Erwartungshaltung.

Nicht ohne eine Fehlerkultur und eine transparente und reflektierte Kommunikation den Engagierten gegenüber können wir weiter diesen Weg gehen. Die CDU fühlt sich dem Engagement der vielen Initiativen sehr verpflichtet. Wir unterstützen weiterhin die Initiativen in ihrem Engagement.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

(Beifall von Maria Helmis [SPD])

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren hier im Saal und draußen am Bildschirm! Nachhaltige Stadtentwicklung - oder besser: gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung - könnte die Entwicklung lebens- und liebenswerter Quartiere in Köln deutlich vorantreiben. Sie böte die Chance, unterschiedliche Aspekte großstädtischen Lebens miteinander

zu verknüpfen: Wohnen, Gewerbe, Mehrgenerationenprojekte, Kultur, Gemeinschaftsprojekte wie Jugend- und Seniorentreffs, Begegnungsstätten, Cafés, Kneipen - alles unter einem Dach oder jedenfalls in einem Quartier eng beieinander und miteinander.

Menschen könnten viele ihrer Bedürfnisse in ihrer unmittelbaren Umgebung erledigen - Wohnen in der Nähe der Arbeit, Freizeitaktivitäten, Kulturangebote, Einkaufen. Ganz nebenbei und ohne große Ideologie würden Wege, die sonst oft mit dem eigenen Auto zurückgelegt werden, wegfallen - Umweltschutz leicht gemacht.

Das alles würde gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern konzipiert, geplant und umgesetzt. Mehr gemeinschaftliche und auch identitätsstiftende Bewegung kann es in einer Stadt kaum geben.

Insofern befürworten wir als SPD gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung sehr und halten diese für einen ganz wesentlichen Baustein für die Stadt von morgen. Ich glaube, da sind wir uns grundsätzlich alle einig. Das habe ich eben schon gehört.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Realität in Köln sieht leider völlig anders aus. Seit Jahren kommen wir im Wohnungsbau nicht voran. Wir bräuchten - Sie kennen das - mindestens 6 000 Wohnungen pro Jahr. Es sind mindestens 4 000; 6 000 wären noch besser. Aber wir schaffen noch nicht einmal 2 000.

Seit Jahren beschwerten sich alle Vorhabenträger völlig unabhängig vom Vorhaben und auch von ihrem Hintergrund über die unfassbar langen Prozesse in dieser Verwaltung und auch in der Politik. Bauanträge dauern mindestens anderthalb oder zwei Jahre; B-Pläne dauern Ewigkeiten. Bis ein neues Wohnquartier steht, kann schon einmal ein Jahrzehnt oder auch mehr vergehen.

Dies ist schon der Fall, wenn professionelle große Immobiliengesellschaften solche Projekte durchführen. Wenn aber bürgerschaftlich organisierte Initiativen Quartiersentwicklung betreiben sollen - und das wollen wir ja zukünftig mehr -, benötigen diese natürlich noch einmal ganz andere Unterstützung durch die Verwaltung. Hier sind eben nicht immer nur Profis am Werk, sondern Menschen aus der Bürgerschaft, die tolle Ideen haben, sich einbringen wollen und gerne diese Ideen im Sinne der Allgemeinheit umsetzen möchten.

Und genau dann fängt der Fisch am Kopf zu stinken an. Denn - das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen, liebes Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt - in den letzten Jahren haben Sie ganz konkret dazu beigetragen, mit mehr Dezernatsposten, Vervielfältigungen und Zuständigkeitsänderungen hin und her zu schieben, bis eigentlich niemand mehr so richtig weiß, wer eigentlich wofür zuständig ist. Vorsichtshalber scheint man auch nicht miteinander zu reden, damit auch wirklich nichts gelingen kann.

So verging - nehmen wir einmal ein ganz aktuelles Beispiel - fast eine ganze Woche, bis Kulturdezernent Charles - zumindest ist das der Presse so zu entnehmen - nach dem Ausstieg der Montag Stiftung aus dem Projekt „Osthof - Hallen Kalk“ seinen Kollegen Haack als zuständig und damit als verantwortlichen Dezernenten benennen konnte. Das zeigt doch, dass selbst in der Stadtverwaltung nicht klar ist, wer eigentlich wo den Hut aufhat.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Offensichtlich sprechen aber dann weder die Dezernenten noch die jeweiligen nachgeordneten Amtsleitungen zumindest ausreichend miteinander - von intensivem Miteinander-Arbeiten einmal ganz zu schweigen.

Gleiches gilt auch für die Kommunikation mit den Vorhabenträgern, weil man ja nicht weiß, wer eigentlich wann etwas zu wem sagen oder kommunizieren darf. Also lässt man es besser und lässt Rückfragen oder Termininitiativen im Nirwana der Stadtverwaltung verschwinden.

Die Chronik aus der Perspektive des Kulturhofes Kalk e. V. zu den Hallen Kalk - ich weiß nicht, wer sie vorliegen hat - ist ein eindrucksvolles und schier unfassbares Dokument. Wer diese Chronik des Verweigerns, der nicht eingehaltenen Versprechen und Vereinbarungen sowie der monate- bis jahrelangen Nichtkommunikation mit den Vorhabenträgern liest, der weiß sofort, warum die Montag Stiftung aus dem Projekt Hallen Kalk eigentlich nur aussteigen konnte - oder besser gesagt: musste.

So, wie dieser Prozess seit 2015 - also immerhin seit acht Jahren - gelaufen ist, musste er scheitern; einmal abgesehen davon, dass man so nicht mit dem Engagement der eigenen Bürgerinnen und Bürger umgehen kann und darf.

(Beifall bei der SPD)

Eines sei im Zusammenhang mit dem hier in Rede stehenden Areal noch deutlich angemerkt: Der Wegfall der Montag Stiftung löst natürlich sehr grundlegende Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung des Osthofes aus. Das betrifft insbesondere auch das dort geplante Migrationsmuseum von DOMiD. Wenn sich in diesem Fall nicht zügig und nachhaltig etwas bewegt, könnte auch dieses Projekt scheitern. Das wäre der nächste Super-GAU für den Standort Köln.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, angesichts dieser Situation mache ich mir wirklich große Sorgen um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wenn wir weiterhin in diesem Stil mit großen Vorhaben unserer Stadt umgehen, Menschen, Institutionen und Unternehmen, die guten Willens sind, systematisch vertreiben oder demoralisieren und Investitionen in Menschen und Steine systematisch verhindern, dann wird Köln in 20 oder 30 Jahren nicht mehr die Stadt sein, in der die Menschen gerne wohnen und arbeiten können, weil sie sich dies nicht mehr leisten können, hier keine Arbeitsplätze finden und das soziokulturelle Angebot völlig verkümmert ist.

Das können wir doch alle, die wir hier sitzen, nicht wollen. Deshalb müssen wir das Ruder gemeinsam dringend herumreißen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zu unserem neuen Redepult kann ich leider keinen Zettel mehr herüberschieben. Die Redezeit ist abgelaufen, und zwar schon ziemlich lange.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Christian Joisten (SPD): Ich komme dann auch zum Schluss. - Wir müssen alle gemeinsam - Politik und Verwaltung gemeinschaftlich mit der Bürgerschaft - ein neues Miteinander und eine Gelingenskultur entwickeln, damit wir endlich die Schätze unserer Stadt heben können und diese damit zukunftsfähig machen können.

Dafür brauchen wir im ersten Schritt klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, sodass jeder weiß, wer wann was entscheidet, wer wann was zu sagen hat und wen man ansprechen kann.

Die Verwaltung muss als Dienstleisterin verstanden werden und sich auch selbst so verstehen - als Dienstleisterin, die erklärt, was gehen kann,



und nicht erklärt, was nicht geht. Sie muss verlässlicher Partner sein. Und von all dem sind wir meilenweit entfernt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das Mikrofon kann ich allerdings immer noch ausschalten.

Christian Joisten (SPD): Wir fordern die Oberbürgermeisterin, den Rat und das Ratsbündnis auf, endlich die entsprechenden Strukturen zu schaffen, damit gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in Köln nicht nur ein hehres Ziel, sondern gute Realität wird. Dabei unterstützen wir seitens der SPD gerne. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuhörer*innen! Stadtentwicklung braucht die Beteiligung von Einwohner*innen: Menschen, die sich Gedanken machen und sich einbringen wollen - nicht nur mit Worten; viele wollen etwas Konkretes gestalten. Wir brauchen Räume für Kunst, für Begegnung, für das Wohnen und für das Zusammenleben zwischen unterschiedlicher Herkunft und Kultur.

In Köln haben wir das Glück, dass es viele Initiativen gibt, die alternative Stadtentwicklung von unten betreiben. Diese Initiativen dienen nicht dem Selbstzweck. Sie setzen sich für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung ein. Wir brauchen diese alternativen Konzepte als Gegenpol zu der von Investoren getriebenen Stadtentwicklung.

Tatsächlich hatten wir in den letzten Jahren viele gute Diskussionen und Beschlüsse im Stadtentwicklungsausschuss, im Kulturausschuss, im Liegenschaftsausschuss und im Rat. Hier hat sich die Politik zu alternativen Projekten und zur Stadtentwicklung von unten bekannt.

Das eine oder andere ist auch auf gutem Weg: die Siedlung am Kalscheurer Weg zum Beispiel, das Allerweltshaus an seiner neuen Heimat in der Geisselstraße, die Soziokulturellen Zentren - diese Auseinandersetzung ist jetzt schon eine Zeit

lang her; sie sind aber immer noch ein ganz wichtiger Indikator für Stadtentwicklung von unten - wie beispielsweise die MüZe, die Alte Feuerwache oder auch das Bürgerhaus in Kalk.

Diese Einrichtungen, meine Damen und Herren, mischen sich in die Entwicklung der Kultur und der Quartiere ein. Leider müssen sie das mit einer viel zu geringen finanziellen Ausstattung wuppen.

Auch wenn es gute Beispiele gibt - einige habe ich gerade genannt -, stellt sich die Frage: Warum werden konventionelle Projekte wie zum Beispiel das DEVK-Hochhaus oder die Entwicklung in der Weststadt sehr schnell vorangebracht, während alternative Projekte von unten augenscheinlich gebremst werden?

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Detjen
[DIE LINKE]: Hört! Hört! - Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Das war zwar keine Frage, aber ein Zwischenruf, der beantwortet werden muss. Herr Kienitz, Sie können doch nicht ernsthaft infrage stellen, dass in dieser Stadt eine andere Dynamik an den Tag gelegt wird, wenn ein Großinvestor irgendetwas bringen will, als dann, wenn eine Initiative ankommt. Das ist eben genau der Punkt. Da muss sich etwas ändern. Und das wissen Sie, Herr Kienitz. Ich bin auch guter Dinge, dass das noch viele andere hier wissen und auch versuchen, es entsprechend umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, raum13 wartet nun seit fast anderthalb Jahren darauf, bewahrende und alternative Stadtentwicklung im Mülheimer Süden endlich forcieren zu können. Die Frage ist, warum da aufseiten der Verwaltung nichts weitergeht.

Jetzt das Desaster in Kalk! Viele Initiativen hatten eng zusammengearbeitet, auch mit der Montag Stiftung. Warum ist es der Verwaltung nicht gelungen, das Projekt in Kalk mit Initiativen und Montag Stiftung auf einen erfolgreichen Weg zu bringen? Andere Städte arbeiten erfolgreich mit der Montag Stiftung zusammen.

Wäre es nicht klug gewesen, meine Damen und Herren, wenn der Stadtentwicklungsdezernent hier die Steuerung offensiv übernommen hätte, auch als Ansprechpartner nach außen, dessen Wort bei den Initiativen dann auch zählt und umgesetzt wird?



Lassen Sie mich deswegen meine kurze Rede mit einer Frage an Herrn Haack beenden. Ich weiß, Frau Oberbürgermeisterin; Sie erteilen das Wort. Es ist nur ein bescheidener Wunsch eines einfachen Ratsmitgliedes.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Trotzdem hätte ich ganz gerne von Herrn Haack gewusst, was er in den nächsten Wochen und Monaten zu unternehmen gedenkt, wie er auf die Initiativen zugehen will und welche Ideen er hat, um zum Beispiel das Projekt in Kalk noch einmal auf einen guten Weg zu bringen. Ich würde mich sehr freuen, wenn im Rahmen dieser aktuellen Stunde dazu etwas von der Verwaltungsspitze gesagt werden könnte. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, sind Sie einverstanden, dass wir die Fragen am Schluss beantworten?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, natürlich! Danke schön!)

Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute vor 14 Tagen, am 24. August 2023, war der *Kölner Stadt-Anzeiger* voll mit Hiobsbotschaften. Auf der Titelseite war die Hiobsbotschaft „Debakel in Kalk“. Etwas weiter hinten im Wirtschaftsteil stand die Hiobsbotschaft, dass der Deutzer Hafen als Großprojekt wahrscheinlich einen dreistelligen Millionenverlust einfahren wird. Einige Seiten weiter, lieber Niklas Kienitz, war zu lesen, dass hier vorne am Laurenzplatz der Entwickler Insolvenz beantragt hat.

Alles keine guten Nachrichten für Köln; alles keine guten Nachrichten für die Stadtentwicklung; alles keine guten Nachrichten für die Wirtschaft und für die Kultur. Auch wenn wir natürlich keinen Einfluss darauf haben, dass die Zinssätze sich erhöhen und Stadtentwicklung bzw. Projektentwicklung schwieriger wird, offenbart es doch eines: Köln kann keine Großprojekte.

Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Wir alle haben sicherlich in den letzten Tagen eine Reihe von E-Mails bekommen. Ich wohne an der Grenze der Innenstadt zu Nippes. Fort X sei genannt - seit zehn Jahren eine Hängepartie. Der Kollege hier

vorne von der Bürgerwehr in Nippes kann ein Lied davon singen. Er denkt sich wahrscheinlich die ganze Zeit ohnehin seinen Teil. Das Otto-Langen-Quartier wurde angesprochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Armutszeugnis.

Frau Martin, Sie haben hier eben ein leidenschaftliches Plädoyer für soziokulturelle Räume gehalten. Ich kann für meine Fraktion jeden Satz unterschreiben. Wer wäre nicht für Vielfalt? Wer wäre nicht für ein Miteinander wie im Allerweltshaus? Wer wäre nicht für Wohnen, Bildung oder Kultur? Aber die Schwierigkeit besteht nun einmal häufig darin, diese verschiedenen Interessen zusammenzufügen. Wir haben Flächenkonkurrenz, und wir haben Konkurrenz um die entsprechenden Finanzmittel.

Wir haben in Köln - Stichwort „Köln kann keine Großprojekte“ - natürlich auch hausgemachte Probleme. Der Kollege Kienitz hat es eben angesprochen: Es gibt unklare Zuständigkeiten zwischen Kulturpartei und Wirtschaftspartei sowie Stadtentwicklungspartei. Der eine schiebt es zum anderen. Ich sage - lieber Niklas Kienitz, danke für den Hinweis; dann sagt es die FDP-Fraktion in aller Klarheit und Deutlichkeit -: Die Zuständigkeiten und das anschließende Geschacher, wer denn zuständig ist, ist kein Weg der Lösung; es ist ein Teil des Problems.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ob hier E-Mails beantwortet wurden, ob hier Termine kurzfristig abgesagt wurden, ob hier kurzfristig Projekte aufgehoben wurden, weil sich Förderbedingungen geändert haben, kann ich nicht beurteilen. Ich war nicht dabei. Das ist mir auch zu kleinteilig. Denn eines offenbaren diese ganzen Probleme, die ich eben aneinandergereiht habe: Es fehlt der Mindset. Es fehlt der Mindset an der Stadtspitze und im Ratsbündnis, Köln bei diesen Projekten nach vorne zu bringen.

Da oben sitzen Händlerinnen und Händler vom Großmarkt. Wir waren eben draußen bei der Demonstration. Das ist genau das gleiche Thema. Hier wird seit Jahren und Jahrzehnten vertröstet, verhanden und getarnt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Lieber Kollege Weisenstein, zwischen DIE LINKE und die FDP passt ja normalerweise kein Blatt Papier.

(Heiterkeit - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: DIE LINKE und die FDP?)



- Ja, DIE LINKE und die FDP, Teresa De Bellis. Aber an einem Punkt muss ich dir widersprechen. Ich bin nicht zufrieden mit dem Prozess, wie hier mit der DEVK umgegangen wird. Auch das ist ein Prozess, der viel zu lang ist und der unserer Stadt schadet.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Last, but not least - nachdem Sie da hinten eben das Laurenz-Carré gesehen haben -: Wenn Sie nachher aus dem Ratsgebäude gehen, dann gehen Sie in die andere Richtung zum Museum Ludwig. Die Fondation Corboud ist auch noch da. Die Betonung liegt auf „noch“. Und hier liegt die nächste Baustelle. Frau Oberbürgermeisterin, handeln Sie! Lassen Sie dieses Projekt nicht zum zweiten Kalk-Debakel werden. Endlich voran! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Stadtverwaltung! Liebe Zuschauer*innen hier und im Stream! Wem gehört die Stadt? Wer kann mitmachen? Wer kann Ideen mit einbringen? Und vor allem: Wem dient die Stadtentwicklung? Ganz klar: den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Die Gründe, warum es gut ist, dass Bürgerinnen und Bürger sich an der Stadtentwicklung beteiligen und mitwirken, sind vielfältig. Wir haben sie schon gehört; sie wurden bereits erwähnt.

Wir von Volt sind der Meinung, dass diese Art der Stadtentwicklung nicht nur wichtig ist, um diverse kreative und gemeinwohlorientierte Vorhaben zu realisieren. Wir brauchen sie vor allem, um unsere Demokratie zu stärken und zu leben.

(Beifall bei Volt)

Wenn wir beispielsweise über die Hallen Kalk oder über das Otto-Langen-Quartier reden, sprechen wir über Menschen, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen, Dinge in dieser Stadt positiv zu verändern. Engagierte Bürger*innen haben Lust, sich neben all ihren Verpflichtungen um ihr Veedel und ihre Stadt zu kümmern, und zwar zum Wohle vieler.

Es ist ihr demokratisches Recht, Veränderungen und Projekte mit anzustoßen und umzusetzen. Wir sollten uns einmal vor Augen halten, dass das in den meisten Ländern und Städten dieser Welt nicht möglich ist und sogar lebensgefährlich wäre. Bürgerschaftliches Engagement ist somit ein Grundpfeiler unserer Demokratie.

Was passiert, wenn viele - wie jetzt viele Engagierte - nicht mehr weitermachen wollen oder können? Sie verlieren ihr Vertrauen in die Politik und in die Verwaltung. Frust breitet sich aus. Das können wir politisch nicht verantworten.

Jedes Projekt ist einzigartig und hat seine ganz individuellen Herausforderungen und Tücken. Das macht es für die Verwaltung umso schwieriger, gut und effizient zu arbeiten.

Trotzdem ist das kein Grund, Projekte wie die Hallen Kalk gegen die Wand fahren zu lassen. Wir verstehen, dass es etliche Probleme gibt. Aber mit dem richtigen Mindset, mit der richtigen Mentalität wird vieles möglich. Immerhin haben wir jetzt durch den Beigeordneten Andree Haack auch eine klare Zuständigkeit - jetzt.

Es gibt auch die Kritik, die sich gegen die Politik bzw. gegen das Gestaltungsbündnis wendet.

(Zuruf: Zu Recht!)

Es heißt zum Beispiel, wir hätten keine Ideen, wie wir mit Denkmälern oder industriellen Gebäuden umgehen sollen oder was wir daraus machen sollen. Ja, das stimmt.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Dafür gibt es aber genügend Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die ebendiese Ideen haben. Und die wollen wir empowern. Das ist unsere Leitidee.

(Beifall bei Volt - Zuruf von Ulrich Breite [FDP]: Seit Jahren warten wir! Jahre warten wir!)

Eine weitere Kritik, die sich an uns richtet, lautet, es mangle an politischem Willen. Ich kann nicht für die Vergangenheit sprechen. Aber jetzt sehe ich deutlich den Willen. Es gibt sehr viele Anträge, die das bezeugen. Aber für alle, die noch zweifeln - sei es in der Stadtverwaltung, hier oder in der Bürgerschaft -, sage ich: Wir, das Bündnis, wollen und brauchen gemeinwohlorientierte Projekte, die von der Bürgerschaft getragen werden.

Die Voltfraktion erwartet hier natürlich auch von der Oberbürgermeisterin und von der Stadtspitze,



dass entsprechend agiert wird. Das bedeutet für uns, für die Voltfraktion, ganz klar: Nicht mehr blockieren, sondern möglich machen! - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen hier vor Ort und an den Empfangsgeräten! Wir führen diese aktuelle Stunde durch, um Lösungen aufgezeigt zu bekommen. Ursprünglich hatten mein Referent - danke, Tom - und ich einen weit-aus schärferen Antrag auf diese aktuelle Stunde eingebracht. Ich bin aber froh, dass wir hier gemeinsam eine aktuelle Stunde beantragt haben, die von einem breiten Bündnis getragen wird und damit auch zeigt, wie wichtig der Politik dieses Thema in der Stadt ist.

Hier stellten wir die konkrete Frage an die Stadt, ob die Verwaltung der Herausforderung und Unterstützung von gemeinwohlorientierten Initiativen und Unternehmungen gewachsen ist oder ob es strukturelle Veränderungen braucht.

Ehrlich gesagt, bin ich es satt, zu hören, was nicht möglich ist - anstatt dass gezeigt wird, wie es möglich ist. Die Menschen in den Initiativen wollen die Stadt bereichern und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung anstreben, und sie wollen sehen, dass es möglich gemacht wird. Und das wollen viele, wie bereits Demonstrationen und Versammlungen für diese Projekte deutlich gezeigt haben.

Doch statt ihnen einen Teppich auszurollen, werden Steine in den Weg geworfen. Das ist mehr als verwunderlich; denn hier macht man sich anscheinend mehr Sorgen, wenn sich die Leute zusammentun und etwas Sinnstiftendes für ihre Stadt erreichen wollen, als dann, wenn der nächste Immobilienhai um die Ecke schwimmt, teure Eigentumswohnungen baut, die sich nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung leisten kann, und keinerlei echten Mehrwert für die Stadtgesellschaft bietet.

(Beifall bei der SPD)

Man hat augenscheinlich mehr Angst vor Kunst, einem Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie, der Belebung und Öffnung eines

Fonds, dem Wandelwerk oder soziokulturellen Entwicklungen in den Osthof-Hallen Kalk.

Die Stadt verschreibt sich dem Klimaschutz und sorgt dafür, dass Gebäude durch unglaubliche Bürokratie und nicht lösungsorientierte Ansätze so lange verfallen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis es heißt: Ach Mensch, jetzt ist Gebäude XY leider so verfallen, dass nur noch der Abriss möglich ist.

Diese Menschen, zum Teil hier oben auf der Tribüne vertreten, reißen sich im wahrsten Sinne den Allerwertesten auf, weil ihnen die Stadt wichtig ist, weil sie ihre Stadt mitgestalten wollen, weil sie an das glauben, was sie tun. Statt ihnen zu sagen: „Hey, danke, dass ihr das macht. Wie können wir euch unterstützen?“, gibt man ihnen fehlerhafte Ausschreibungsunterlagen und nur widerwillig Termine oder ignoriert Letters of Intent.

Ist man die Skandale um gescheiterte Projekte bereits so gewohnt, dass sie in den Büros hier höchstens das leise Umfallen eines Aktenordners verursachen? Schockt das nicht? Schämen wir uns da nicht? - Mich schockt es.

Es wird ständig nach Räumen gesucht. Diese Räume sind zum Teil da. Sie sind nur sehr, sehr rar, also nicht in unendlicher Zahl vorhanden, und werden auch nicht jeder Funktion gerecht. Nehmen wir als Beispiel den zeitgenössischen Zirkus. Es wird Sie vielleicht überraschen; aber ein Trapez oder ein Vertikaltuch lässt sich schlecht in einer Garage mit 2 Meter Deckenhöhe anbringen.

Es zieht sich wie ein Schmelbrand durch diese Stadt, und ab und an lodert die Flamme auf. Das Thema ist ja nicht neu. Wenn Ämter neu verteilt werden, dann soll man sie nicht in die Ecke setzen wie ein ungeliebtes Stofftier. Man soll sich ihrer annehmen und Verantwortung übernehmen. Man soll ganz klar sagen: Ja, genau das wollen wir - klimagerechte, gemeinwohlorientierte und soziokulturelle Liegenschaftspolitik, dezernatsübergreifend und zielstrebig. Sich im Erfolg suhlen wollen, nicht in der Frage nach Schuldigen - das muss doch der gemeinsame Nenner sein. Es gibt sie doch, die guten Beispiele, bei denen am Ende irgendwie alles gut geworden ist oder hoffentlich noch gut werden wird. Nehmen wir raum13 oder die WESTSPITZE.

Hieraus gilt es zu lernen: Was ist gut gelaufen? Was nicht? Wo hakt es noch? - Wenn man die Bergspitze einmal erreicht hat, ist der Ausblick in der Regel ganz gut; erst recht vom Kalkberg aus. Man muss halt oben stehen und nicht nur davor.



Diese ewigen Prozesse führen aber dazu, dass die sich engagierenden Menschen sich irgendwann nicht mehr von ihrer Stadt wertgeschätzt fühlen. Es hat schlichtweg nicht jeder die finanziellen Möglichkeiten, so lange durchzuhalten, bis der Passierschein A 48 per Schneckenpost zugestellt wurde. Und vergessen wir nicht die fünf rosa Formulare in unterschiedlichen Farbtonabstufungen, bevor die Schnecke überhaupt loskriechen durfte.

Wir vergraulen die Montag Stiftung. Zwar wird jetzt gesagt: Na ja; wir arbeiten ja daran, dass sie wieder zurückkommt. - Aber so weit darf es überhaupt nicht kommen.

Ich appelliere an die Stadt, lösungsorientiert und mit Wertschätzung und Begeisterung zu handeln. Sonst verpassen wir als Stadt den Anschluss und lassen diejenigen, die unsere Stadt so spannend und lebenswert machen, am Bahnsteig der Langeweile stehen. So viel Pathos musste noch sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Werte Zuschauer*innen auf der Tribüne und im Saal! Im Kern - das wurde heute von mehreren Redner*innen schon mehrfach erwähnt - geht es um Gemeinwohl versus Rendite. Das ist der Konflikt, der vermutlich dahintersteckt. Die Aasgeier der Investoren kreisen vermutlich schon über dem Osthof in Kalk. Wenn es schief läuft, was ich nicht hoffe, werden sie vermutlich irgendwann einen attraktiven Wohnungsbau vorschlagen. Und wohnen wollen wir ja alle. Auf der Strecke bleibt aber das Gemeinwohl.

„Gemeinwohl“ und „gemeinwohlorientiertes Wirtschaften“ klingen an manchen Stellen, wenn man es unter Renditegesichtspunkten betrachtet, eigenartig. Natürlich geht es auch in diesem Fall darum, dass die Stadt Grundstücke - meines Wissens auch auf Dauer - umsonst überlassen soll. Sie verzichtet auf Erbpacht. Sie verzichtet - auch in anderen Fällen - auf Einnahmen. Sie verzichtet in diesem Sinne auf eine gewisse Rendite ihres Eigentums.

Andere Redner*innen haben aber auch schon klargestellt, dass das, was zunächst wie ein Verlustgeschäft aussehen mag - und ich glaube ernsthaft, dass manche in der Verwaltung das heute auch immer noch so sehen -, in Wirklichkeit ein sehr, sehr gutes Geschäft für uns als Gesellschaft ist. Denn jeden Euro, den wir da hineinstecken, ob als Zuschüsse oder durch Verzicht auf Einnahmen, kriegen wir zigfach zurück, nämlich durch unglaubliches ehrenamtliches Engagement, das zum Teil seit Jahren oder Jahrzehnten in dieser Stadt geleistet wird und das unsere Stadt immens bereichert. Und das ist das, was für uns zählen sollte.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich möchte aber auch ein paar positive Beispiele nennen. Es wurde schon erwähnt, dass wir hier eine Art Common Sense haben, dass wir durchaus auch schon in diese Richtung arbeiten. Das ist in der Tat der Fall. Ich kann nicht alle erwähnen, und es tut mir leid, wenn ich vielleicht einige wichtige Projekte außen vor lasse.

Aber als Erstes möchte ich einmal das Autonome Zentrum nennen. Ich persönlich finde es toll, dass unsere Oberbürgermeisterin schon da war, um es zu besuchen, und dass wir uns alle gemeinsam parteiübergreifend darum kümmern, dass das Autonome Zentrum hoffentlich bald dauerhaft ein neues Zuhause bekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der LINKEN)

Ein kleines Beispiel aus Ehrenfeld ist die Kolb-halle. Auch sie stand vor dem Aus, und auch dort konnten wir parteiübergreifend zumindest einen Teil des Projektes retten.

Wir haben immer noch Bauwagenplätze.

Niklas Kienitz hat „Jack in the Box“ erwähnt. In einem jahrelangen Kampf - da sei dir auch persönlich gedankt - hat man es dann geschafft, dass „Jack in the Box“ doch einen anderen Standort auf dem Gelände finden konnte.

Leider gibt es aber auch negative Beispiele. Ich hoffe nicht, dass das schlecht ausgeht. Aber bei raum13 - es wurde auch schon erwähnt - sieht es natürlich nicht so aus, als stehe die Stadt wirklich wehrhaft mit dahinter.

Fort X wurde bereits erwähnt. Da ist es übrigens nicht nur ein Karnevalsverein, der sich darum be-



wirbt, sondern auch das Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie. Auch es wartet seit Monaten - oder sind es schon Jahre? - auf eine sogenannte Anhandgabe.

Ein ganz aktuelles Beispiel ist heute natürlich der Osthof.

Lassen Sie mich ein Beispiel aus Ehrenfeld ansprechen, um einmal zu zeigen, wie der Konflikt aussieht und wie er ausgehen kann - auch in Bezug auf die Vermutungen, die hier in der wirklich tollen Rede von Frau Martin schon geäußert wurden -, nämlich das Heliosgelände in Ehrenfeld. Auch hier haben wir einen Konflikt, der sich darstellt. Wir haben einerseits die Stadt. Die Stadt baut eine Schule. Ich halte das für durchaus gemeinwohlorientiert, zumal es auch eine inklusive Schule ist. Diese Schule wird fertig, weil wir und die Verwaltung das wollen. Der private Investor hingegen hat sich ein Grundstück gekauft und lässt es einfach weiter als Brache daliegen, obwohl er in dem Moment, als er damals das Grundstück gekauft hat, genau das Gegenteil versprochen hat.

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

So sieht es aus. Die Rendite liefert die Kommune, die Stadt oder das private Ehrenamt. Die Investoren - so traurig es klingt: es liegt auch in der Natur der Sache - denken in der Tat an ihr eigenes Wohl.

Ich frage mich tatsächlich, ob in der Verwaltung alle an einem Strang ziehen. Es wurde mehrfach angedeutet. Als eine Idee, wie wir diese aktuelle Stunde beenden - es wird ja höchstwahrscheinlich zurück in die Verwaltung gehen -, würde ich gerne drei Stichworte mitgeben. Die Verwaltung möge doch bitte prüfen, wie solche Projekte besser gefördert werden könnten. Als Stichworte möchte ich dabei nennen:

Wir haben ja eine Projektentwicklungsgesellschaft „moderne stadt“. Was hält die Verwaltung von einer Projektentwicklungsgesellschaft „alternative stadt“?

Alle rufen und wünschen sich eine Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin. Ich weiß; diesen Wunsch gibt es aus vielen Bereichen. Aber auch das ist in der Diskussion. Wie steht die Verwaltung dazu?

Außerdem gibt es die projektorientierten Teams. Was kann die Verwaltung dazu sagen?

Wir brauchen bessere Vorschläge, wie solche Projekte zu einem guten Ende geführt werden können. So soll und darf es bitte nicht weitergehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den genannten Projekten ein gutes Gelingen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, ich wollte Sie natürlich nicht ausgerechnet bei Ihren guten Vorschlägen an die Verwaltung unterbrechen und an die Redezeit erinnern. Aber ich bitte alle zukünftigen Rednerinnen und Redner, selbst auf die Redezeit zu achten. Ich kann keinen Zettel mehr herüberschieben, um sie darauf hinzuweisen, dass sie abgelaufen ist. - Herr Büschges, bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum auf der Tribüne und im Livestream! Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir sind ein bisschen verwundert. Wir haben nicht damit gerechnet, dass Sie dieses Thema für eine aktuelle Stunde wählen.

Trotzdem ergibt es eigentlich auch Sinn, da jedes Thema, von dem wir eigentlich dachten, dass Sie es bringen würden, zum gleichen Ergebnis kommt - und da bin ich bei Herrn Joisten, der es etwas zu diplomatisch ausgedrückt hat; Herr Görzel hat schon die richtigeren Worte dafür gefunden -: Köln bzw. Teile der Verwaltung arbeiten dysfunktional und schaffen es eben nicht, den wachsenden Ansprüchen einer Millionenstadt gerecht zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Aber auch die Politik als Teil der Verwaltung schafft es nicht, die vielen Probleme der Stadt aufzugreifen, und verliert damit immer mehr Menschen, die Ihnen eigentlich zuhören sollten.

Die Problematik des Kölner Großmarktes hätte heute hier locker Thema sein können. Wo sollen sich die Jecken am 11.11. treffen? Wie sehen die Verkehrsversuche der Zukunft aus? Wie sollen wir zukünftig von Ost nach West kommen? Sollen wir dazu den Tunnel oder die Brücke nehmen? - Oder sind das Fragen, die das fragile Bündnis endgültig sprengen würden?



Aber auch die Stadtverwaltung hat - und das bescheinigen wir Ihnen heute nicht zum ersten Mal - die falschen Prioritätensetzungen. Sie schreiben zur kommissarischen Neubesetzung des Liegenschaftsamtes als Reaktion auf die aufgekommene Kritik, dass der neue Leiter, Herr Dr. Becker - Zitat -, „dem Amt in der aktuellen Situation die dringend notwendige Unterstützung bieten und Strukturen schaffen soll“.

Gab es die Strukturen nicht schon vorher? Und an Frau Martin und Frau Venturini: Das muss doch der erste Schritt sein, bevor man anfängt, sich um diese Dinge zu kümmern.

Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, dieses Thema zur Cheffinzensache machen. Herr Dr. Becker ist ja uns allen und vor allem unserer Fraktion durch seine Einschätzung bezüglich Ihres Kommentars zu Herrn Boyens' Haushaltsrede bekannt. Er hat bescheinigt, dass die Rede von Herrn Boyens nicht justiziabel war.

Wie sollen wir oder, besser gesagt, wie wollen Sie dem Bürger denn seriös erklären, dass Sie nur das Beste für ihn wollen? Was nützt es denn, mit einer rosaroten oder nicht mit einer rosaroten, sondern mit einer kunterbunten Brille die Probleme der Stadt zu betrachten und dann ernsthaft Lösungen vorzuschlagen? Damit scheinen sogar die Kulturinitiativen ein Problem zu haben, wenn nicht einmal deren Anliegen bearbeitet werden können, da ja offensichtlich die Strukturen im Amt fehlen.

Wir haben diese Liste schon sehr oft hier angeführt - ich möchte Sie trotzdem nicht davon verschonen -: Die Schlangen an den Bürgerämtern werden immer länger, und wir sprechen darüber, welche Preise wir als Nächstes ausloben. Wir schaffen es nicht, unsere ureigenen Aufgaben zu erledigen, und rufen den Klimanotstand aus. Da muss man sich doch ehrlich fragen: Wie weit wollen Sie es noch treiben?

Wichtige Themen wie der Ausbau von Kitas und Schulen sind immer wieder Thema bei Eltern und Lehrern und bleiben trotzdem auf der Strecke. Und es wird Sie wundern: Auch diese kulturellen, sozialen und soziokulturellen Projekte bleiben dann entsprechend auf der Strecke.

Sie rufen nach mehr Digitalisierung und schaffen es nicht einmal, die Kitaplatzvergabe vernünftig und für alle Eltern zufriedenstellend zu lösen. Stattdessen wollen Sie - das war ein Vorschlag in

den letzten Ratssitzungen - die Schulplatzvergabe noch digitalisieren.

Geschätzte Kollegen, Sie haben sich vor der Sommerpause mit einem goldenen Handschlag in diese verabschiedet. Die, ich nenne es einmal ganz vorsichtig, Qualität Ihrer Prioritätensetzung würde Ihnen im Leben außerhalb der Politik gehörig um die Ohren fliegen -

(Beifall bei der AfD)

und das zu Recht. Deswegen sind wir erleichtert, dass wir es nicht noch einmal sein müssen, die Ihnen bescheinigen, dass Sie die wichtigen Themen konsequent vernachlässigen. Und wenn es für die Pflicht nicht reicht, darf man sich nicht an der Kür versuchen.

Wir verstehen im Übrigen die aktuelle Stunde so, dass Sie erstens sich selber und zweitens die Verwaltung wachrütteln wollen. Daher betrachten wir sie gemäß § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen als erledigt und möchten dies auch entsprechend beantragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Liebe Ratsmitglieder, bitte erlauben Sie mir, dass ich mich nach so detaillierter Debatte, die ja von einigen von Ihnen auch als Generalabrechnung mit der Verwaltung genutzt wurde, was mich gar nicht überrascht, äußere, bevor ich dann, lieber Herr Weisenstein, das Wort an Herrn Haack weitergebe.

Ich möchte im Zusammenhang der heutigen aktuellen Stunde eine Bitte an Sie äußern, nämlich, dass Sie gemeinsam mit mir einen realistischen Blick auf die Gesamtheit der Herausforderungen unserer Metropole behalten. Insbesondere Wünsche und Debatten müssen sich aus meiner Sicht daran messen lassen, was eine Verwaltung leisten kann. Wir müssen eine Balance halten zwischen einerseits, welche Mittel unsere Stadt erwirtschaften kann, und andererseits, wofür sie die erwirtschafteten Mittel ausgibt.

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass es hier angesprochen wurde: Auch Schulen - ich könnte jetzt noch Sportvereine oder vieles andere hinzufügen - sind gemeinwohlorientierte Projekte, die wir sehr wohl mit aller Kraft nach vorne bringen. Aber man muss natürlich einen Unterschied zu soziokulturellen



Projekten machen, die ohne Frage sehr, sehr wichtig sind, mir als früherer Sozialdezernentin sogar besonders wichtig.

Aber alles geht nicht. Und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Prioritäten zunehmend nach den Regeln der Aufmerksamkeit, die bestimmte Gruppen zu erzeugen in der Lage sind, festgelegt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben am Sonntag den Ehrenamtstag gehabt, meine Damen und Herren, mit 160 Vorschlägen für Ehrenamtspreise. Alle 160 Nominierten hätten ihn verdient. Einige hatten die Nase vorn. Aber die allermeisten dieser Ehrenamtlichen arbeiten hier im Verborgenen und werden mit Kleinstbeträgen in ihrer Arbeit unterstützt.

(Zuruf: Wenn überhaupt!)

Nehmen Sie also bitte zur Kenntnis: Wir alle begrüßen jede Form bürgerschaftlichen Engagements. Die Knappheit der finanziellen Mittel und der Personalressourcen ermöglicht aber nicht, dass jede gute Idee, jede Kreativität, jeder gute Wille allein Grund für eine Zuwendung ist, sei sie direkt als finanzielle Unterstützung, oder sei sie indirekt. Unsere Ressourcen reichen einfach nicht aus, um der absoluten Vielfalt der soziokulturellen Initiativen und dem großen Ideenreichtum in Köln auch mit städtischen Mitteln entgegenzukommen und alles umzusetzen. Denn auch in Bereichen, die als Pflichtbereiche geführt werden, haben wir eine Menge Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn jetzt die Kämmerin hier wäre, hätte ich sicherlich eine Kollegin an meiner Seite, die mich sehr darin bestärken würde. Sie hat nämlich in einer Haushaltssicherungskommune gearbeitet, so wie ich. Deswegen müssen wir einfach auch die Mittel im Blick behalten und können hier trotz aller sicherlich nachvollziehbaren ideologischen Wünsche nicht alles erfüllen.

Meines Erachtens gebietet es der Respekt vor allen engagierten Kölnerinnen und Kölnern, auch vor denen, die im Verborgenen im Ehrenamt arbeiten, dass wir ihnen diese Schwierigkeiten, die wir nun einmal haben, nicht vorenthalten. Je ehrlicher wir mit dieser Erkenntnis umgehen, desto mehr Raum hat auch die Verwirklichung von Ideen jenseits der Beteiligung der Verwaltung, und desto weniger Raum bekommt die Enttäuschung, die mit vollkommen unrealistischen Erwartungen einhergeht.

Ich möchte Sie darum bitten, dies bei allen Ihren Unterstützungshandlungen zu bedenken.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt würde ich gerne Herrn Haack das Wort geben.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Weisenstein, Sie haben ganz konkret gefragt: Wie geht es jetzt weiter? - Weil ich mich ja dem Dialog auch in der Bezirksvertretung Kalk gestellt und dort das Gesamtverfahren oder den Gesamtprozess noch einmal sehr ausführlich gespiegelt hatte, will ich jetzt weniger darauf eingehen, sondern den Blick nach vorne richten.

Der Blick nach vorne sieht so aus, dass wir immer noch das Gespräch mit der Montag Stiftung suchen. Wir haben einen ausgehandelten Lol auf dem Tisch, einen Letter of Intent, der zwischen der Montag Stiftung, der VGO und uns ausgehandelt war. Er bietet aus meiner Sicht eine hervorragende Grundlage, dort auch weiterzuarbeiten. Und wir haben eine Einladung an die VGO ausgesprochen, an die Verantwortungsgemeinschaft Osthof der Hallen Kalk, gemeinsam das Projekt fortzuführen. Denn es ist auch für uns ein ganz besonderes und wichtiges Projekt. Deshalb werden wir alles daransetzen, dieses Projekt weiter nach vorne zu bringen.

Noch ein Hinweis, weil das Thema der vielen Schnittstellen angesprochen wurde: Wir haben mittlerweile eine Projektstruktur aufgelegt, die klare Verantwortlichkeiten und auch eine klare Federführung vorgibt. Man kann uns gerne vorwerfen, dass wir das vielleicht zu spät gemacht haben. Aber wir haben es mittlerweile gemacht, um das Gesamtprojekt Hallen Kalk - es besteht aus fünf Einzelprojekten: die Kulturhallen, das Neubaufeld, die Halle 71, das DOMiD und der Osthof - nach vorne zu bringen. Wir werden mit Sicherheit demnächst auf den Rat zukommen, um das Gesamtprojekt noch einmal vorzustellen und darzustellen, wie wir alle fünf Bausteine dann realisiert bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin etwas



verwundert und irritiert. Deswegen will ich eine Frage stellen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben jetzt in Ihrem Beitrag sehr auf die Finanzressourcen abgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nicht nur. Auch auf die Personalressourcen.

Christian Joisten (SPD): Und auch auf die Personalressourcen. Aber ist es nicht so, dass - wirklich als Frage formuliert; ich glaube, das aus fast allen Reden heute auch ein Stück weit herausgehört zu haben - die Frage der Koordination und Zusammenarbeit zumindest in dem jetzt in Rede stehenden Projekt Hallen Kalk mit der dominantesten Faktor war? Ich meine nicht, dass da irgendetwas am Geld gescheitert ist - zumindest bisher nicht. Wenn die Montag Stiftung jetzt herausgeht, sieht das mit Sicherheit anders aus. Aber bisher hat die Ressource Geld aus meiner Wahrnehmung da so gut wie keine Rolle gespielt.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

In der Tat lag jetzt lange ein Lol auf dem Tisch, der aber eben nicht unterzeichnet wurde, weil sich anscheinend niemand in der Verantwortung sah, das zu tun - warum auch immer. Ich kann das im Moment nicht beurteilen.

Deswegen noch einmal die Frage: Haben wir es nicht tatsächlich mit Herausforderungen zu tun, die in erster Linie im Organisations- und Managementbereich liegen und weniger in den Ressourcenfragen? - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, ich habe meinen Redebeitrag genauso wie Sie genutzt, um die Gesamtsituation darzustellen. Und ich meine, dass Herr Haack eben sehr ausführlich beantwortet hat, wie er sich die Zukunft vorstellt. Ich würde Sie sonst bitten, noch einmal sehr genau die Frage zu stellen. Geht es um die Zusammenarbeit? Vielleicht können Sie es noch einmal ganz genau formulieren. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Kollegen nicht zusammenarbeiten.

Christian Joisten (SPD): Ich meine, die Frage gestellt zu haben. Die Frage an Herrn Haack und die Verwaltungsspitze ist ja: Wie wird in Zukunft

sichergestellt, dass die Zusammenarbeit, die Verzahnung, funktioniert? Ich habe es ja eben zitiert. Nach unserer Wahrnehmung hat Herr Charles eine Woche für die Antwort gebraucht, dass Herr Haack zuständig ist. Das war zumindest das, was medial herübergekommen ist. Und das muss doch anders werden.

Daher noch einmal die Frage: Wie konkret soll und wird zukünftig die Verwaltungsspitze, aber dann auch der Unterbau, miteinander arbeiten, damit genau das nicht mehr passiert? Das ist doch die Herausforderung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, Herr Haack hat ganz deutlich gesagt, dass er Projektverantwortlicher ist. Gut; ich möchte Pressemitteilungen nicht kommentieren. Das tue ich genauso wenig wie bei Äußerungen aus dem Rat. - Herr Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, ich habe das ja deutlich gemacht. Wir haben im Verwaltungsvorstand eine Projektstruktur für das Gesamtprojekt Hallen Kalk aufgesetzt und verabschiedet.

(Christian Joisten [SPD]: Jetzt, oder was? Das ist neu!)

- Diese Projektstruktur haben wir vor den Ferien schon im Verwaltungsvorstand beschlossen, und die konstituierende Sitzung des Lenkungsausschusses war letzte Woche.

(Christian Joisten [SPD]: Okay! Und 2015 haben wir das begonnen! - Maria Helmig [SPD]: Acht Jahre!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte ist deutlich geworden, dass es einerseits um Strukturen geht und andererseits nur zweitrangig um Geld. Warum? Das habe ich ausgeführt. Ich möchte das noch einmal unterstreichen. Vielleicht ist das ja auch nicht deutlich geworden. Warum sind wir denn auf die Initiativen angewiesen? Weil diese Initiativen uns Grundstücke oder Liegenschaften auch in der Wahrnehmung noch einmal näher in den Fokus gebracht haben. Bei „Jack in



the Box“ am Ehrenfelder Güterbahnhof war das so, sage ich einmal. - Erstens.

Zweitens sind wir - ich sage jetzt ausdrücklich „wir“ - und auch die Stadtverwaltung nicht in der Lage, externe Gelder einzuwerben, um diese Projekte voranzubringen. Das können aber die Projekte tun. Die Protagonistinnen und Protagonisten, die in den Projekten engagiert sind, können Fördergelder und Stiftungen einwerben und generieren. Deswegen brauchen wir diese Projekte und auch diejenigen, die sich vor Ort engagieren. Daher ist es aus unserer Sicht, aus meiner persönlichen Sicht, nicht immer nur eine Frage des Geldes, sondern eine Frage der Haltung und der Organisation.

Ich bin froh, dass der Stadtentwicklungsdezernent deutlich gemacht hat, dass die Verwaltung die Strukturen geschaffen hat. Nach meiner festen Überzeugung können wir nur mit bürgerschaftlichem Engagement zusätzliche Gelder generieren, um diese Liegenschaften auch zugänglich zu machen, zu bespielen, zu bewirtschaften und da auch Leben, Kultur, soziokulturelles Leben stattfinden zu lassen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das ganze Thema geht noch etwas weiter. Es hat nicht nur mit Geld zu tun, sondern auch mit der Verantwortung für städtische Liegenschaften. Es handelt sich oft um Liegenschaften, die wir uns nicht selber ausgesucht haben, sondern von der Industrie oder von anderen übernommen haben, um sie für die öffentliche Hand zu sichern. Denen ist aber nicht geholfen, wenn sie brach liegen gelassen werden und sich niemand darum kümmert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb müssen wir uns einfach eine Struktur und eine Herangehensweise überlegen, die auch dazu beiträgt, dieses städtische Tafelsilber - denn darum handelt es sich bei Grund und Boden sowie Gebäuden - zu erhalten und auch für die Zukunft zu sichern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich würde jetzt gerne die aktuelle Stunde abschließen. Die Antragsteller haben erkennen lassen, dass die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen werden soll. Außerdem liegt der Vorschlag vor, dass sie erledigt ist.

Deswegen lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen werden soll. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das so entschieden.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung einer Collage der Künstlerin Deborah Roberts von Karim Tabet Jalbout an das Museum Ludwig 2342/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich um das Handzeichen: Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, Frau Syndicus, Frau Gabriel, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist diese Schenkung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Schenkung.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend „ÖPNV gerecht erweitern und stärken: Sozialticket für 19 Euro in Köln auf den Weg bringen“ AN/1527/2023



**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1617/2023**

Hierzu hat als Erstes, wenn ich das richtig sehe, die SPD das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Darf ich zu diesem Tagesordnungspunkt noch etwas zur Geschäftsordnung vortragen? Wir würden gerne mündlich noch einen Änderungsantrag einbringen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie das bitte bei Ihrem Wortbeitrag machen, Herr Hock?

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich kann das auch gleich machen, wenn alle gesprochen haben, damit wir es dann abstimmen können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir arbeiten jetzt erst einmal die Rednerliste ab.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, dann machen wir es so. Alles klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mobilitätswende muss sozial ausgestaltet werden. Im heute zu beschließenden Leitbild zur nachhaltigen Mobilitätsplanung legen wir fest, dass der Nahverkehr der Zukunft bezahlbar sein soll. Mit unserem Antrag kann schon heute die Zukunft beginnen; denn das Köln-Pass-Ticket ist mit 42,50 Euro im Monat oder 39,90 Euro als Abo gerade im Vergleich zum 49-Euro-Ticket zu teuer.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit unserem Antrag samt konkreter Finanzierung könnten wir etwa 25 000 Menschen mit Köln-Pass deutlich entlasten. Wir ermöglichen damit vielen Betroffenen ein klein wenig mehr Spielraum in der Weihnachtszeit - ein Zeichen, welches viele Bundesländer wie zum Beispiel Hessen schon umgesetzt haben, genauso wie Bonn mit 19 Euro oder

Oer-Erkenschwick mit dem gesamten benachbarten Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Nur mit unserem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion DIE LINKE leisten wir wirklich einen Beitrag zur Mobilitätswende - sozial gerecht und klimawirksam.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jetzt noch ein paar Worte zum erbärmlichen Änderungsantrag des Mehrheitsbündnisses: Sie versuchen mit Ihrem Änderungsantrag, Sand in die Augen aller Bürger*innen zu streuen, und zwar Bremsand. Statt ein preiswertes Ticket für 19 Euro konkret anzubieten, lassen Sie lediglich prüfen, ob 90 Cent Preisnachlass ermöglicht werden könnten. Das ist erbärmlich und respektlos gegenüber allen Menschen, die dringend eine Entlastung brauchen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit Ihrer sozialen Kälte lassen Sie 2,5 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt nicht dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Ihre soziale Kälte widert mich hier an.

Ich betone noch einmal: Auch falls das Land zum Jahreswechsel endlich ein Sozialticket einführen sollte, können wir mit unserem Antrag heute schon für Entlastung sorgen.

Insbesondere appelliere ich an dieser Stelle an Volt. Lösen Sie sich von diesem Änderungsantrag, statt das Anliegen zu einer Werbeveranstaltung der Landesregierung verkommen zu lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Lorenz, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann.

(Manuel Uwe Froh [Volt]: Und von Herrn Froh auch!)

- Das habe ich nicht gesehen.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. - Können Sie mir ganz kurz erläutern, für wie lange Ihr 19-Euro-Ticket finanziert ist? - Vielen Dank.

Lukas Lorenz (SPD): Das steht im Antrag.



Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Stimmt es, dass es um drei Monate geht?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Zwei!)

Lukas Lorenz (SPD): Um zwei Monate geht es.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Um zwei Monate, ja.

Lukas Lorenz (SPD): Aber wir haben eine Ausfinanzierung für zwei Monate. Und das ist erst einmal eine Entlastung für 25 000 Menschen in Köln.

(Beifall bei der SPD)

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Das nenne ich auch Sand in die Augen streuen.

Lukas Lorenz (SPD): Deshalb bitte ich alle: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und lehnen Sie den Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Warum setzt sich DIE LINKE seit Jahren für bezahlbare Sozialtickets ein?

Erstens. Seit Jahren sind die Sozialticketpreise deutlich höher als der Kostenanteil im Hartz-IV-Satz oder jetzt im Bürgergeld.

Zweitens. Das Deutschlandticket ist eine große Chance, dass auch Menschen mit wenig Geld bundesweit mobil sein können. Das bedeutet ein Mehr an Teilhabe in unserem Land. Das wollen wir nutzen.

Drittens. Wir müssen Druck auf das Land ausüben, damit ein 29-Euro-Ticket auf Landesebene kommt und die finanzielle Förderung von bisher 40 Millionen Euro aufgestockt wird.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Viertens. Ich finde es ungerecht, dass in NRW ein Sozialticket 39 Euro kostet, dagegen in vielen Fällen ein Jobticket als Deutschlandticket nur 34,30 Euro.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Fünftens. Andere Bundesländer und Kommunen haben in den letzten Monaten ihre Angebote von Sozialtickets ausgebaut. Soll Köln hintenanstehen?

Sechstens. Mit dem Stärkungspakt NRW eröffnet sich eine Chance, bis Ende 2023 für Köln-Pass-Ticket-Nutzer ein deutschlandweites 19-Euro-Ticket für zwei oder drei Monate kostenlos aus den Landesmitteln zu finanzieren.

Siebtens. Ich möchte am Jahresende die gesamten 11,5 Millionen Euro aus dem NRW-Stärkungspaket ausgegeben haben. Kein Euro zurück an das Land Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

SPD und DIE LINKE haben bei der KVB angefragt, ob ein solches Deutschlandticket für 19 Euro für Köln-Pass-Nutzer kurzfristig umgesetzt werden kann. Die Auskunft war, für November und Dezember würden sie das technisch schaffen, wenn der Rat einen Beschluss fasst. An dieser Stelle: Danke an die KVB und danke an Frau Haaks.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Es ist ein wenig schade, dass wir mit unserem Vorschlag nicht mehr den Oktober erreichen können. Aber für die Weihnachtszeit könnten wir dieses Ticket testen und die Bedarfe der Menschen erfassen, wie es weitergehen soll.

Das Bündnis dagegen will kein Sozialticket, das die Menschen deutschlandweit in der Weihnachtszeit nutzen können. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, weil das Geld doch da ist, meine Damen und Herren. Das Geld liegt auf dem Konto der Stadt Köln, und Sie wollen dieses Geld nicht ausgeben. Das ist ja der Sachstand.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])



Das Gestaltungsbündnis ist meines Erachtens unsozial und destruktiv. Es ist nicht bereit, etwas für die Menschen zu tun, damit sie unterwegs sein können.

Ende des Jahres, meine Damen und Herren - das werden wir Ihnen dann noch aufs Brot schmieren -, werden Sie diese 2,5 Millionen Euro - oder vielleicht ist es auch weniger - zurück an das Land NRW überweisen. Toll haben Sie das gemacht! Sie lassen das Geld liegen und geben für Menschen, die wenig Einkommen haben, kein Geld aus. Das finde ich wirklich schäbig.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Sie wollen ein Sozialticket prüfen. So steht es in Ihrem Antrag. Ich kann Ihnen auch schon sagen, was bei dieser Prüfung herauskommen wird. Ein einfaches Sozialticket, das nur in Köln auf 19 Euro abgesenkt wird, kostet 4,5 Millionen Euro. Dann werden Sie sagen: Um Gottes Willen! So viel Geld werden wir doch nicht ausgeben. Wir haben das ja gar nicht. - Das wird das Ergebnis Ihrer Prüfung sein.

Deswegen ist doch dieser Antrag, den Sie hier vorlegen, nur eine elegante Nummer, mit der Sie unseren Antrag zerschießen wollen. Aber das Geld ist da, meine Damen und Herren, und Sie geben es nicht aus.

Liebe Kolleg*innen von den Grünen, in Bonn - Herr Rudolph, Sie haben sich ja gerade gemeldet; Sie sind ja beruflich dort tätig - hat man das gemacht. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Volt haben diese 1 Million Euro für ein Sozialticket ausgegeben.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben gerade als Schlussbemerkung darauf hingewiesen, was die Verwaltung leisten kann. Wenn man sich dieses konkrete Problem anschaut, sieht man: Die KVB wäre technisch bereit, das umzusetzen. Also würde es klappen.

Außerdem sagen Sie, dass wir nicht so viel Geld haben und man nicht alles ausgeben kann. Dazu kann ich nur sagen: Das Geld ist da. Es liegt auf dem Konto der Stadt Köln und muss nur ausgegeben werden - und nicht zurück an das Land Nordrhein-Westfalen überwiesen werden.

(Floris Rudolph [Bündnis 90/Die Grünen]: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?)

- Da gibt es eine Wortmeldung. Ich bin gerne bereit - ich habe noch vier Sekunden Redezeit -, die Zwischenfrage zu beantworten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Lieber Jörg Detjen, Sie werfen uns vor, dass wir einen Prüfungsauftrag erteilen, wie das Ticket ab nächstem Jahr finanziert werden kann. Was sagt denn Ihr Antrag dazu, wie Sie ab Dezember oder nach Dezember ein solches Sozialticket in Köln einführen wollen?

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Unsere Sache ist: Wir wollen diese Zeit nutzen, um zu testen.

(Lachen von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Was gibt es da zu lachen? Wir wollen das Geld ausgeben und schauen, wie groß der Bedarf ist. Das wollen wir prüfen. Und Ende Dezember haben wir einen Eindruck, wie viele Leute das beantragt haben usw. usf. Dann werden wir über die Bedeutung der Fortsetzung eine Diskussion führen.

Wir können das ja tun. Ich habe gar nichts dagegen, wenn das der Streitpunkt ist, auch noch zu prüfen, wie es dann fortgesetzt wird.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch das Entscheidende!)

- Das können wir ja gerne beschließen.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Wir können unseren Beschluss fassen und können Ihre Sache noch dazutun. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber Sie wollen ja das Geld, das da ist, jetzt nicht ausgeben. Und das ist schäbig. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt versuche ich einmal, ohne Wörter wie „erbärmlich“ oder „schäbig“ in dieser Debatte auszukommen.

(Beifall)

Denn das ist, glaube ich, für uns alle nicht hilfreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns eint doch der Wille, dass wir sozialverträgliche Mobilität in dieser Stadt sicherstellen wollen. Dazu gehört auch, dass wir uns dann aber auch ehrlich machen. Die Frage ist am Ende tatsächlich: Wer bezahlt eigentlich den Nahverkehr?

Wir erleben es immer wieder in der Diskussion um den Nachfolger des 9-Euro-Tickets, das Deutschlandticket, - wo wir den Bund haben, der uns Preise vorgibt: Wir als Kommune müssen am Ende schauen, wie wir dann noch den Rest, den wir nicht selbst erwirtschaften können, hinzuschießen.

Deswegen ist es uns auch so wichtig, den entsprechenden Beschluss in Punkt 1 zu ändern und vor allen Dingen noch einmal an den Bund zu appellieren, hier die entsprechenden Mittel auch nach 2024 bereitzustellen. Denn das, was wir mit dem Deutschlandticket erleben oder was wir mit dem 9-Euro-Ticket erlebt haben, ist doch, dass wir ein Preisgefüge haben, einen gefühlten Preis dafür, was uns Mobilität eigentlich generell wert ist.

Dieses Preisniveau können wir auf Dauer gar nicht so halten, wenn wir nicht massiv von Bund und Land unterstützt werden - oder aus unseren kommunalen Betrieben. Die RheinEnergie kann dann noch ein bisschen mehr erwirtschaften, und die KVB kann dann noch ein bisschen weiter bezuschussen. Oder die Kämmerin findet auch noch ein paar Millionen, mit denen wir das weiter subventionieren können.

Das heißt, dass wir uns auch die Frage stellen müssen, wie wir generell den ÖPNV finanzieren. Es kann nicht alleine kommunale Aufgabe sein, hier am Ende diese Preise, die uns der Bund vorgibt, mit zu subventionieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Ich begrüße es auch sehr, dass sich der Deutsche Städtetag mit dieser ganzen Sache jetzt auch befasst und dort noch einmal deutliche Worte finden wird, um die Kommunen in dieser Frage nicht alleine zu lassen.

Kommen wir nun auf ein paar der von Ihnen erhobenen Vorwürfe zurück. Sie sagen, Bonn habe bereits ein solches Ticket für 19 Euro eingeführt. Ja, dann gilt dieses Ticket halt im Stadtgebiet von Bonn. Das, was Sie hier beantragen, ist aber etwas anderes. Sie wollen ja, dass das Deutschlandticket, das, wie der Name sagt, in ganz Deutschland gilt, auch mit subventioniert werden soll.

Sie verschweigen dann auch etwas. Gerade haben Sie ja schon relativ entlarvend gesagt: Ja, und was dann nach den zwei Monaten ist, das schauen wir dann einmal. - Damit streuen Sie, wie Herr Zimmermann gerade richtig sagte, Sand in die Augen, indem Sie zu sagen: Wir machen das jetzt für zwei Monate, und dann schauen wir einmal weiter, wie das Ganze geht. Irgendwo werden wir das Geld - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die Ampel macht ein 9-Euro-Ticket!)

- Irgendwo werden wir das Geld - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das hat doch die Ampel gemacht! 9-Euro-Ticket! Drei Monate!)

- Nur weil es die Ampel in Berlin in dem Moment nicht ordentlich gemacht hat, muss man doch nicht in Köln den gleichen Fehler wiederholen

(Zurufe von der LINKEN)

und hier den Leuten Sand in die Augen streuen mit irgendwelchen Preismaßnahmen, die am Ende niemandem etwas nützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Jetzt reg dich doch nicht so auf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Daher gehört doch zu der ganzen Debatte auch Ehrlichkeit. Denn wir wollen hier einen dauerhaft günstigen ÖPNV.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen dauerhaft eine Mobilität in dieser Stadt, die sich am Ende alle leisten können, und eben nicht nur irgendwelche Schnellschüsse, die am

Ende wieder verpuffen, sodass wir uns dann Gedanken machen müssen, wie wir die Leute, die wir da auf die Schiene gesetzt haben, da überhaupt halten können, weil uns hier in den Kommunen bei all den anderen Aufgaben, die wir auch zu finanzieren haben, das Geld dafür fehlt.

Daher bitte ich um einen konstruktiven Umgang mit dem ganzen Thema, um zu schauen, wie wir hier gemeinsam - Land, Bund, Kommune, Verkehrsbetriebe - eine Lösung finden können, die uns auch dauerhaft eine günstige Mobilität für alle gewährleistet. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und bei Volt sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Bevor ich starte: Herr Detjen, lieber Kollege, wir kennen uns ja jetzt auch schon seit 1999. Ich fand Ihre Aussagen an manchen Stellen sehr schäbig. - Das sei vorweg nur einmal gesagt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Zuschauertribüne und im Livestream! Wir haben den Antrag der Fraktionen der LINKEN und der SPD zu deren Wünschen rund um Sozialtickets für die Kölner Bürgerinnen und Bürger genau gelesen und auch intensiv in der Fraktion und im Bündnis diskutiert. Dennoch müssen wir ihn ablehnen, da einige Punkte des Antrags schwerwiegende Folgen für die kommunalen Finanzen nach sich ziehen, die beachtet werden müssen.

Ihr Antrag geht überhaupt nicht darauf ein, wie die Finanzierung auch nach 2023 gesichert ist.

Ich möchte aus Ihrem Antrag zitieren, und zwar den letzten Satz Ihrer Begründung:

Für das Jahr 2024

- das startet für mich am 1. Januar -

muss im Dezember 2023 eine Anschlussfinanzierung gefunden werden.

Das ist, wenn man von heute an rechnet, in genau drei Monaten. Wo sollen wir suchen? Das sagen Sie nicht, liebe SPD und liebe LINKE.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sollten Sie eigentlich wissen, wo man suchen kann!)

- Warum wir? - Thor Zimmermann hat das noch deutlicher gesagt: Sand in die Augen streuen.

Ich vermisste an dieser Stelle Ihre soziale Verantwortung beim Thema „solide Finanzierung“. Das Thema auszusitzen, in der Hoffnung, es werde von anderen gelöst - nach dem Motto: „Et hätt noch immer jot jejange“ -, ist besorgniserregend.

(Beifall bei der CDU)

Die Planungen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, sich dem Vorbild anderer Bundesländer anzuschließen und ein ermäßigtes Sozialticket für 39 Euro anzubieten, begrüßen wir. Aber ebenso selbstverständlich muss die Bundesregierung die Finanzierung des Deutschlandtickets über das Jahr 2024 hinaus sicherstellen.

Denn neben dem positiven Aspekt, dass die Tarifgestaltung bundesweit vereinfacht werden kann, greift die Bundesregierung natürlich auch massiv in die Tarifgestaltung auf kommunaler Ebene ein. Aber die Last der Finanzierung darf nicht alleine den Kommunen angelastet werden. Auch eine einmalige finanzielle Hilfe für einen begrenzten Zeitraum ist da nicht zielführend und auch nicht nachhaltig.

Deshalb muss der Anteil aus den 11,5 Millionen Euro zur Bekämpfung der Armut, der für die Rabattierung der Tickets zur Verfügung gestellt wird, erstens höher sein als die bislang bereitgestellten 1 Million bis 1,5 Millionen Euro und zweitens auch im Folgejahr abgerufen werden können. Das heißt, dass die Zuschüsse aus dem Stärkungspakt NRW kurzfristig und langfristig für die bisherigen kommunalen Zuschüsse für den Mobilpass genutzt werden können, um das Deutschlandticket weiter zu subventionieren.

Was ich noch gar nicht erwähnt habe, sind die Kosten, die für die Kundeninformation, die Umstellung der Systeme und den Vertrieb der Tickets benötigt werden. Oder glauben Sie allen Ernstes, dass das alles kostenfrei möglich ist?

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

Unser Änderungsantrag hingegen sieht die von mir aufgezählten Themenbereiche vor und verlangt zunächst eine saubere Prüfung der unbeantworteten Fragen. Das ist soziale Verantwortung, meine Damen und Herren.



(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, und lassen Sie uns gemeinsam und mit starker Stimme die Bundesregierung überzeugen, dass sie sich nicht aus der Finanzierung des Deutschlandtickets verabschiedet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Eigentlich wollte ich diesen Redebeitrag ganz versöhnlich beginnen, auch in Richtung SPD und DIE LINKE. Nach den Anwürfen von Herrn Lorenz und von Herrn Detjen ist das gar nicht so einfach. Aber ich sage meinen Kindern immer: Mögen die Vorwürfe auch noch so unterirdisch sein, bleib' bei einem anständigen Niveau.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich halte mich jetzt daran und werde auch die netten Worte verwenden, die ich mir vorgenommen habe.

Die FDP begrüßt die von SPD und LINKEN angestoßene Debatte, auch einkommensschwachen Kölnerinnen und Kölnern Mobilität zu ermöglichen. Auch die Idee, die Gelder aus dem Stärkungspakt in Gänze vor Ort in Köln zu nutzen, findet unsere Zustimmung. Ich glaube, dass ich das auch im Sozialausschuss oft genug gesagt habe.

Kritisch sei aber angemerkt, dass der von SPD und LINKEN vorgelegte Antrag einige aktuelle Entwicklungen bei der Nutzung der Gelder aus dem Stärkungspakt sowie mögliche finanzielle Spielräume der Kommune einfach außer Acht lässt.

Der Änderungsantrag hingegen berücksichtigt diese Fakten.

Meine Damen und Herren, als wir im Frühjahr erfahren, dass wir in Köln mit 11,5 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt rechnen dürfen, war nicht sicher, ob das Geld am Ende auch komplett für soziale Projekte verausgabt werden könnte. Die

Gründe waren vielfältig: kurze Antragsfristen, unklare Auszahlungsbedingungen und jede Menge Bürokratie.

Erfreulicherweise sieht es heute viel besser aus als im Frühjahr befürchtet. Dass dem so ist, ist auch der Verwaltung zu verdanken, die hier in Zusammenarbeit mit den Trägern gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich gehe davon aus, dass die Arbeit so gut war, dass die im Antrag von SPD und LINKEN genannten 2,5 Millionen Euro zur Finanzierung aus dem Stärkungspakt überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach meinen Informationen sind bereits sehr viel mehr Mittel verplant. Wenn Sie gestatten, Frau Oberbürgermeisterin, wäre ich froh, wenn der Dezernent etwas dazu sagen könnte. Das ist also die erste Fehlannahme im Antrag von SPD und LINKEN.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, dass weniger Geld aus dem Stärkungspakt zur Verfügung steht, heißt aber auch, dass Köln mit diesen Mitteln das Sozialticket nur über einen kurzen Zeitraum finanzieren könnte. Und da stellt sich die Frage: Macht es Sinn, für vielleicht zwei Monate ein Sozialticket zu zahlen und es dann wieder einzustellen? Sind da Enttäuschungen der Nutzer und Nutzerinnen nicht vorprogrammiert?

(Beifall bei der FDP und Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es kann doch nicht sein, dass der Nutzen nur ist, dass sich Herr Lorenz und Herr Detjen als sozialpolitische Weihnachtsengel aufspielen dürfen.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Nein, wir müssen an dieser Stelle ehrlich sein und dürfen keine falschen Erwartungen wecken. Unsere Forderungen müssen realistisch sein. Deshalb begrüßen wir das von Bundesverkehrsminister Wissing initiierte Deutschlandticket und wünschen uns eine Fortsetzung über 2024 hinaus.

Meine Damen und Herren, Realismus ist auch beim Sozialticket des Landes gefragt. Ein günstigeres Angebot als ein 39-Euro-Ticket wird es nicht geben. Ich könnte es mir als Opposition im Land ja leicht machen und sagen, das sei möglich. Aber ich sehe diese Möglichkeit nicht.

Und ganz ehrlich: Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir in Köln im Hinblick auf Unterbringung und Integration von Geflüchteten stehen, habe ich als Sozialpolitikerin vor allen Dingen folgende finanzielle Bitte an die schwarz-grüne Landesregierung: Übernehmen Sie Verantwortung, und lassen Sie die Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten nicht im Regen stehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dazu gehört auch finanzielle Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Sozialpolitische Forderungen, so gut sie auch gemeint sein mögen, müssen finanziert werden.

Außerdem gebe ich zu bedenken, dass soziale Projekte bei der Finanzierung auch im Wettbewerb zueinander stehen. Das heißt konkret: Bekommt Projekt A den Zuschlag, fällt Projekt B unter Umständen hinten herunter. Oder: Gibt es ein Sozialticket, wird vielleicht eine andere sehr sinnvolle Initiative im sozialen Bereich kein Geld bekommen.

Deshalb ist es gut, dass die Verwaltung gemeinsam mit der KVB die Chancen für ein subventioniertes Deutschlandticket erst einmal auslotet. Denn wer realistisch an die Sache herangeht, muss auch damit rechnen, dass es - in Anlehnung an ein berühmtes Zitat - nach der Prüfung von der Kämmerin heißen kann: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt das Geld. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Glashagen hat jetzt das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Ich möchte auch nicht mehr dazu Stellung nehmen, was SPD und LINKE uns gerade allen an den Kopf geworfen haben. Da, finde ich, hat Herr Hammer eine wunderschöne Rede gehalten, die ich sehr gefeiert habe. Deshalb tue ich es Frau Hoyer gleich und halte mich an das, was ich sagen wollte.

Mobilität ist ein Grundrecht und nicht verhandelbar; sie ist zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig. Diese Aussage ist uns von Volt wichtig.

Ich erzähle euch jetzt ein kurzes Erlebnis von mir persönlich: An einem heißen Sommertag im Juni 2022, als es das 9-Euro-Ticket gab, habe ich im Hauptbahnhof eine junge Mutter mit drei kleinen Kindern getroffen, die mich gefragt hat, wie man zum Brunnen am Rhein kommt; denn ihre Kinder wollten dort planschen. Sie erzählte mir, dass sie aus Chorweiler kommt und nur deshalb, weil es das 9-Euro-Ticket gab, in die Innenstadt fahren konnte; sonst kann sie sich das nicht leisten.

Das zeigt: Obwohl Mobilität ein Grundrecht ist, sind finanziell schwächer gestellte Menschen davon ausgeschlossen. Wenn der öffentliche Nahverkehr für sie nicht bezahlbar ist, wird für Kölner*innen aus Chorweiler oder anderen am Rand liegenden Veedeln unsere Kölner Innenstadt zu einem unbekannten Ort. Das darf doch nicht sein! Zum Glück gibt es den Köln-Pass, der es Singles sowie Familien mit Kindern ermöglicht, alltägliche Angebote zu deutlich vergünstigten Preisen zu nutzen.

Deshalb ist es eine coole Idee, die wir heute hier auf der Tagesordnung haben, ein über die bisherigen Planungen hinausgehend vergünstigtes Ticket zu schaffen. Wir sind uns auch sicher, dass das klappen würde. Weil wir aber wollen, dass es auch langfristig klappt und nicht nur maximal zwei Monate, haben wir diesen Änderungsantrag eingebracht. Gleichzeitig wollen wir natürlich auch andere Sachen - denn ich bin sicher, dass das Jugend- und Sportdezernat auch noch coole Ideen hat, wie man das Geld ausgeben könnte - nicht verwehren.

Gemäß dem Änderungsantrag prüfen wir erst einmal, wie das finanziert werden soll. Dem wollen wir auch gar nicht vorweggreifen. Nach meinen Berechnungen sollte aber ein solches Ticket maximal 19 Euro kosten, und die Stadt könnte dadurch sogar noch Geld sparen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer im Saal und im Livestream! Wir haben hier gerade wieder einmal sozialistische Realsatire gesehen. Der eine will ausgeben. Der andere sagt: Findet



mal ein paar Millionen. - Und woher kommt das Geld? Das weiß keiner. Der Steuerzahler ist wie immer der Dumme; aber der kann ja nicht mehr. „Linke Sozialromantik, die Nächste“ habe ich mir gedacht, als ich diesen Antrag gelesen habe.

Hier wird die nächste Sozialleistung ohne Rücksicht auf die Finanzierbarkeit eingefordert, obwohl die Haushalte sowohl hier als auch auf Landes- und Bundesebene am Anschlag sind. Zur Finanzierung wird einfach auf andere Staatsebenen verwiesen; die werden es dann schon irgendwie machen. Typisch SPD und Linkspartei! Letztere heißt ja bekanntermaßen eigentlich SED.

(Beifall bei der AfD)

Hier diese Leistung, da eine andere Leistung, dort noch eine Leistung - und der Steuerzahler soll es irgendwie richten. Ich glaube, Sie haben den Schuss alle miteinander noch nicht gehört.

(Beifall bei der AfD)

Die Einführung des Bürgergeldes führt jetzt schon dazu, dass es sich für viele Menschen nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen. Die Kosten steigen für den Steuerzahler. In diesem Jahr sind es schon 2,4 Milliarden Euro mehr.

Außerdem machen wir mit Ihren diversen Sozialleistungswünschen auch immer noch den Migrationmagneten volle Pulle an. Die Hälfte der Bezieher der Leistungen sind nicht mehr Deutsche. Und bei den Deutschen will ich nicht wissen, wie viele Doppelstaatler darunter sind - aber das nur am Rande.

Und jetzt die nächste Leistung aus dem sozialen Füllhorn von Sozialdemokraten und Kommunisten! Das 49-Euro-Ticket wird sowieso teurer werden. Es wurde schon darüber diskutiert, ob der Bund sich das überhaupt leisten kann. Ich glaube, auf Dauer nicht.

(Beifall bei der AfD)

Und lernen Sie einmal: Es gibt keinen kostenlosen Nahverkehr. Es gibt vielleicht einen fahrscheinlosen. Aber irgendeiner muss es bezahlen. Dann ist es der Steuerzahler. Ich sage Ihnen: Sie werden das nicht 2025, 2026 finanzieren können; denn Sie sind ja alle fleißig dabei, die deutsche Industrie abzuwickeln, und dann werden Sie irgendwann keine Steuergelder mehr haben, um das bezahlen zu können. Das muss man hier einmal grundlegend feststellen.

(Beifall bei der AfD)

Das Bürgergeld steigt im kommenden Jahr um 12 Prozent. Das sollte reichen.

Deutschland ist in Gänze hoch verschuldet. Das Land Nordrhein-Westfalen wird im kommenden Jahr - Sie schreien ja alle hier nach dem Land - seinen Pensionsfonds erstmals anzapfen müssen, um überhaupt seinen Haushalt ohne Schulden zu finanzieren. Der Bundeshaushalt mit seinen diversen schuldenfinanzierten Sondervermögen ist auf Kante genäht. Jetzt ist die Kämmerin nicht da. Aber ob sie einfach mal so ein paar Millionen findet? Da habe ich doch auch meine großen Zweifel.

Aber man ruft, wie es gute Sozialisten machen, einfach nach einem anderen, und der wird schon zahlen. Man delegiert es einfach zwischen den Staatsebenen hin und her. Dabei kapieren Sie eines nicht: Der Steuerzahler ist immer derselbe - derselbe Zwangsgeknachtete.

(Beifall bei der AfD)

Diese Republik kann nicht mehr zahlen. Die Freikultur für alle funktioniert nicht und muss aufhören. Die Linkspartei, bekanntermaßen die SED, hat ihre Erfahrung damit, einen deutschen Staat in den ökonomischen und finanziellen Abgrund zu führen. Und Sozialdemokraten sind halt auch nur rot und können nicht mit Geld umgehen.

Was Sie, liebe LINKE, vergessen: Ein bankrotter Staat schadet am meisten den kleinen Leuten und den Schwachen; denn dann kommt irgendwann gar kein Bürgergeld mehr, und es wird keine Wohnung mehr bezahlt; die öffentliche Ordnung zerfällt. In erster Linie wird das die schwachen Menschen treffen.

Deshalb sollten wir lieber alle auf allen Staatsebenen Maß halten und nicht hier eine Leistung und da eine Leistung verabschieden. Das heißt übrigens auch die grassierende Inflation immer weiter an. Hier gilt: Weniger ist einfach mehr.

(Beifall bei der AfD)

Darüber hinaus habe ich hier im Kölner Stadtrat manchmal den Eindruck, dass wir uns nicht so sehr mit der Erschaffung von Wohlstand beschäftigen. Denn bevor wir hier irgendetwas groß verteilen wollen, muss es erst einmal da sein. Aktuell wird der Kuchen kleiner. Wie gesagt, laufen Industrie und Wirtschaft nicht gut. Aber irgendwie kapieren Linke das ja nicht. Ich habe noch nie gehört, wie Kommunisten und Sozialisten einen Plan verfolgen, der nicht nur darauf ausgerichtet ist, zu



verteilen, sondern sich auch erst einmal damit beschäftigen, wie man es schafft, dass überhaupt etwas zum Verteilen da ist. Das fehlt mir auch hier bei der ganzen Sache.

Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Das ist Sozialismus in Reinform. Wir sollten alle auf den Staatsebenen ein bisschen mehr Maß halten, weil wir nämlich irgendwann alle pleite sind.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank. - Ich hatte eigentlich gar nicht vor, zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke. - Aber wir sind bei der Rhetorik dann doch aufgewacht: schäbig, erbärmlich, soziale Kälte, sozialpolitische Weihnachtsengel. Wir begrüßen, dass hier ein ehrlicher Diskurs geführt wird und auch die Wortwahl an die vielleicht vorhandene Verve in dieser Sache angepasst wird, können allerdings selber nachvollziehen, dass man hier ein bisschen frustriert ist. Es ist absehbar, dass der Antrag, dem wir übrigens zustimmen, abgelehnt werden wird und der Ersetzungsantrag, der so etwas wie „finden wir gut, aber da können wir jetzt auch nichts machen“ bedeutet, dann angenommen wird.

Das ist eine Farce. Tatsächlich zahlt es auf das Konto derer ein, die mit den Stimmen der politisch frustrierten Menschen rechnen.

Kurze Stellungnahme von der Partei Die PARTEI: Wir haben uns tatsächlich selber schon vor zwei Jahren im Wahlkampf mit dem Thema beschäftigt. Wir sind der Meinung, dass Schwarzfahren bezahlbar bleiben muss, und haben dafür auch den 9-Euro-Fonds übernommen, den Sie unter „9eurofonds.de“ finden. Er funktioniert so, dass alle Menschen, die dort mitmachen, einen bestimmten Betrag einzahlen und dann schwarzfahren. Das erhöhte Beförderungsentgelt wird dann aus diesem Fonds bezahlt. Während heute viel geredet wird, hat Die PARTEI also etwas getan. Danken Sie es nicht uns. Wir machen es für die Sache.

Zum Ende noch ein Änderungsantrag - wenn es darum geht, Sand in die Augen zu streuen, sind wir natürlich dabei -: Wir möchten gerne zu Proto-

koll geben, dass wir Nr. 2 und 3 des Ursprungsantrags im Wortlaut abändern möchten. Dort, wo ein „19-Euro-Deutschlandticket“ steht, soll bitte ein „11-Euro-Deutschlandticket“ stehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo zusammen! Ich mache es kurz vom Platz aus. Erst habe ich überlegt, meinen Redebeitrag zurückzuziehen, weil ich mich schnell verunsichern lasse. Aber dann dachte ich, dass es bestimmt vielen Menschen, die zuschauen, so geht. Daher möchte ich die Fragen, die mir durch den Kopf gehen, einfach mal widerspiegeln.

Zum Beispiel: Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass die Menschen, die es betrifft, sich nicht auch über eine Vergünstigung für nur zwei Monate freuen würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand sagt: Nur zwei Monate? Dann lieber gar nicht.

Das gilt erst recht, wenn es mit den Umsetzenden abgesprochen ist und diese sagen: Können wir machen.

Weiterhin: Ist es nicht ein Best Practice, so eine Art Piloten zu machen? Ist es nicht die agile Methodik, die wir alle irgendwie verlangen, so einen Prototypen aufzusetzen, daraus zu lernen und dann weiterzuschauen?

Aus der Gegenargumentation höre ich eher dieses Wasserfall-Vorgehen heraus. Aus dem Projektmanagement ist ja bekannt, dass es eher nicht so erfolgreich ist und viele Risiken in sich birgt.

Daher würde ich eher dazu tendieren, den Änderungsantrag abzulehnen oder mich da zu enthalten. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß, dass Herr Zimmermann das Wort wünscht. Frau Syndicus, wünschen Sie auch das Wort? - Nein. Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, nur eine kurze Meldung vom Platz aus: Die Gedanken meiner Vorrednerinnen kann ich natürlich sehr gut nachvollziehen. Aber ich komme persönlich zu einem anderen Schluss, wie das auch andere Vorredner*innen gerade gesagt haben: Ich finde es ein bisschen eigenartig, für zwei Monate die Erwartungen zu wecken, als könnten wir das als Kommune irgendwie fortsetzen. Nein, das können wir nicht. Die Leute werden dann enttäuscht sein und vielleicht denken, dass es nur an mangelndem Willen liegen würde, das fortzusetzen. Und das ist es natürlich nicht.

Ich finde es auch ein bisschen eigenartig von SPD und LINKEN. Ihr habt irgendwie die Debatten der letzten Wochen nicht verfolgt. Gerade wurde Herr Wissing noch gelobt. Ich sehe es ein bisschen kritischer. Wissing und Lindner geben ganz andere Signale heraus. Das 49-Euro-Ticket als Ganzes ist gefährdet. Es ist vielleicht jetzt noch ein oder zwei Jahre so zu finanzieren. Wie der Preis sich entwickeln wird, wissen wir gar nicht. Jetzt so zu tun, als könnte man den Preis für einen bestimmten Teil der Kölner Bevölkerung auf 19 Euro absenken, halte ich in der Tat für doch populistisch im negativen Sinne, weil es am Ende auf uns zurückfällt: Warum habt ihr das nicht fortgeführt?

Was mich aber in der Tat stutzig gemacht hat, ist die Aussage, die von SPD und DIE LINKE vorgebracht wurde. Meine Frage dazu würde ich gerne - ähnlich, wie Frau De Bellis nach der Finanzierung gefragt hat - Frau Haaks stellen. Ich habe die Debatten zum Schülerticket und die Äußerungen der KVB noch ganz gut in Erinnerung. Da hieß es: Wir kriegen das so schnell nicht hin. Andere Kommunen haben es zwar geschafft. Wir kriegen das aber erst vielleicht zum Halbjahreswechsel oder wann auch immer tatsächlich hin. - Und jetzt soll es auf einmal auf Zuruf von LINKEN und SPD schon für November funktionieren? Das ist für mich ein bisschen ein Widerspruch. Vielleicht kann er aufgelöst werden. Möglicherweise geht es um andere Größenordnungen von Tickets etc. Aber das hätte ich doch gerne einmal nicht nur vom Hörensagen gehört, sondern aus berufenem Munde, also von Frau Haaks. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte jetzt zunächst einmal Herrn Dr. Rau bitten, dazu Stellung zu nehmen. Vielleicht hat das ja für Sie auch erhellende Wirkung.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier war ja die Frage im Raum, ob es uns gelingt und wie es uns gelingt, dieses Stärkungspaktgeld des Landes zu verausgaben. Ich glaube, wir wissen alle, dass es uns deshalb schwerfiel, weil, nachdem das Geld da war und das Land uns damit quasi etwas Gutes tun wollte, recht lange unklar war, wofür es denn Verwendung finden dürfte. Ideen gab es recht schnell und recht viele - und natürlich auch viel Not. Insofern waren wir wahnsinnig froh. Aber es gab eben diese Unklarheit.

Wir haben im Lauf der Zeit tatsächlich teilweise wöchentlich stattfindende Treffen zwischen dem Ministerium und uns in den Kommunen gehabt und sind jetzt so weit, dass wir das so gut schärfen konnten, dass uns inzwischen die Verausgabung dieses Geldes nicht mehr schwerfällt.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir von den circa 11,5 Millionen Euro bis auf 1,4 Millionen inzwischen alles verplant haben und dass es auch für diese 1,4 Millionen bereits Pläne gibt,

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört!)

sodass wir ganz gute Dinge sind, dass wir bis zum Ende des Jahres die gesamte Summe verausgabt haben. Wir hatten zwar keine Schwierigkeiten, dafür eine gute Verwendung zu finden, aber haben erst jetzt endlich die Wege bekommen, die Mittel auch für gute und wichtige Dinge zu verwenden.

Daher werden diese 11,5 Millionen Euro Gutes tun können. Sie werden hier in Köln ihre Wirkung entfalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat eine direkte Rückfrage.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Dr. Rau, ist es zutreffend, dass die Verwaltung auf der Sitzung des Sozialausschusses am 17. August 2023 gesagt hat, dass es im Moment nur Förderanträge in Höhe von 4,5 Millionen Euro gibt? In Klammern: 7 Millionen Euro sind damit vakant. - Das ist meine erste Frage.



Meine zweite Frage lautet: Ist es richtig, dass es vonseiten der Sozialverwaltung auf eine Anfrage der Oberbürgermeisterin zu unserem Antrag eine Antwort gibt, die besagt: „Jawohl, das wäre zu finanzieren“?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Herr Detjen, die exakte Summe kann ich jetzt aus dem Kopf nicht bestätigen; wahrscheinlich stimmt sie. Es ist richtig, dass wir dieses Geld noch nicht beschieden haben. Dass wir Planungen haben und hatten, wie wir dieses Geld ausgeben würden, ist aber der Fall. Auf jeden Fall hat sich das bis heute so weit konkretisiert, dass wir sie jetzt haben; eben mit Ausnahme von circa 1,4 Millionen Euro.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es wäre ja schrecklich, wenn wir diese Planungen noch nicht hätten, Herr Detjen. Worauf sollen wir denn warten? Wenn wir 11 Millionen Euro haben, worauf sollen wir warten, wenn wir sie dieses Jahr ausgeben wollen? Es ist Anfang September.

(Vereinzelt Beifall)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe noch eine Frage. Ich habe das natürlich heruntergerechnet. In unserem Antrag stehen 2,5 Millionen Euro. Wenn man das aber auf die zwei Monate reduziert, für die die KVB das für machbar hält, sind es 1,5 Millionen Euro. Also wären wir bei Ihren 1,4 Millionen Euro, und man könnte das finanzieren.

Meine Damen und Herren, wir werden ja Ende des Jahres sehen, was Sie dann zurückzahlen müssen. Es werden einige Millionen sein. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das Letztere war jetzt keine Frage. - Frau Haaks, bitte.

Stefanie Haaks (Kölner Verkehrs-Betriebe): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, das erscheint im ersten Moment so. Aber im Schülerbereich haben wir erst einmal fast 60 000 Schüler - es sind etwas über 58 000, glaube ich -, um die es geht. Und jede Schule hat ein eigenes Recht, zu entscheiden, womit man denn tatsächlich ins Rennen

geht, ob das dann das 49-Euro-Ticket, also das Deutschlandticket, ist oder aber die bisherige Schülerticketvariante.

Das müssen Sie mit jeder Schule bearbeiten, und zwar mit unterschiedlichen Systematiken. Am Ende spielt auch noch die Entfernung vom Schüler zur Schule eine Rolle; je nach Schulart und Alter gelten da zudem unterschiedliche Grenzen. Es ist also viel kleinteiliger, viel filigraner und damit viel aufwendiger im Vertrieb zu bearbeiten als dann, wenn Sie eine Anzahl von Berechtigten haben, die Sie einmalig umstellen können. Das ist der große vertriebliche Unterschied. Deswegen dauert das, wenn es um Schüler in der Vielzahl und Verschiedenheit, wie wir sie hier in Köln haben, geht, länger als dann, wenn Sie eine definierte Gruppe haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION abstimmen, bei Punkt 2 und 3 des Antrags von SPD und LINKEN 19 Euro durch 11 Euro zu ersetzen. Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und Herrn Zimmermann abstimmen und danach gegebenenfalls über den Ursprungsantrag.

Wer der Verminderung des Preises für das Köln-Pass-Ticket auf 11 Euro im Beschlusstext des Antrags von SPD und LINKEN zuzustimmen wünscht, also dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christian Joisten [SPD]: Dem Änderungsantrag zuzustimmen?)

- Herr Hock hat ja Ihren Antrag noch einmal verändert: statt 19 Euro 11 Euro. - Wer wünscht dem zuzustimmen? - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und Herrn Zimmermann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die AfD stimmen dagegen. Enthaltungen? - Frau Gabriel enthält sich. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Da das ein Ersetzungsantrag war, entfällt der Antrag der SPD und der LINKEN.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

**3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Menschen mit Behinderung, Einschränkung oder Lernbeeinträchtigung besonders in den Fokus nehmen“
AN/1530/2023**

Das Wort hat Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier vorliegen haben, ist ein wichtiger Antrag, den die SPD stellt

(Beifall von Lukas Lorenz [SPD])

- danke -; denn es geht um die Einstellung von Menschen mit Behinderung. Es geht aber vor allen Dingen auch um einen Perspektivwechsel. Zwar kommt in der gesetzlichen Regelung in § 165 SGB IX zum Ausdruck, dass Menschen mit Behinderung eine Chance bekommen sollen. Der Perspektivwechsel, den wir hier in der Stadt - und nicht nur in dieser Stadt - jedoch wirklich brauchen, ist: Wir müssen ihnen nicht nur eine Chance geben, sondern sie geben uns eine Chance. Wir haben nämlich einen enormen Fachkräftemangel zu bekämpfen und müssen und sollten auch auf Menschen mit Behinderung zurückgreifen, die fachlich hoch qualifiziert sein können - sie haben vielleicht nur körperlich oder in anderer Hinsicht ein Handicap - und in dieser Stadt wertvolle Arbeit und einen wertvollen Beitrag zum Gelingen des Zusammenlebens und der Arbeit der Stadtverwaltung leisten können. Das ist der Perspektivwechsel, den wir brauchen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Diesen Perspektivwechsel wollen wir mithilfe von drei Punkten in diesem Antrag auf den Weg bringen.

Das ist erstens, die Hürden im Bewerbungsverfahren - die es offensichtlich gibt, wie man sieht, wenn man sich die Zahlen anguckt - zusammen mit Stakeholdern zu identifizieren, zu beseitigen und dem Rat bis Dezember dieses Jahres ein

Konzept vorzulegen, wie das besser werden kann.

Das ist zweitens, dem Rat aufzuzeigen, welche Einsatzbereiche für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung besonders geeignet sind. Es gibt natürlich nicht *den* einen Einsatzbereich. Aber es mag Einsatzbereiche geben, wo es häufiger passt als in anderen.

Das ist drittens - und das ist uns ganz wichtig -, am Ende des Tages eine Quote von 5 Prozent der Neueinstellungen zu haben. Es geht um die Neueinstellungen. Wir haben das in dem Antragstext extra unterstrichen. Das haben wir nicht umsonst getan. Wir wollten Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken. Es geht um 5 Prozent Neueinstellungen und darum, eine feste Quote zu vereinbaren, damit wir sie dann auch einhalten können.

Die gesetzliche Quote verzerrt nämlich etwas den Blick. Es bezweifelt niemand, dass auch in der Stadtverwaltung Köln die gesetzliche Quote für die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung eingehalten wird. Aber da fließen natürlich auch die Zahlen von Menschen hinein, die während ihres Arbeitsverhältnisses mit der Stadt erkranken und vielleicht in eine Behinderung rutschen. Es ist völlig richtig, dass sie in die gesetzliche Quote einberechnet werden können und sollen. Denn selbstverständlich sollen diese Menschen bei der Stadt weiterhin beschäftigt werden - gar keine Frage. Aber uns geht es um den Perspektivwechsel. Wir wollen 5 Prozent bei den Neueinstellungen. Diese Quote ist hier in Köln bei Weitem noch nicht erreicht. Das ist uns wichtig: 5 Prozent der Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung.

Um Ihnen das alles etwas leichter zu machen - auch bei Schwarz-Grün -, empfehle ich Ihnen ganz ausnahmsweise, sich ein Beispiel an der schwarz-grünen Mehrheit im Land zu nehmen. Sie hat nämlich mit der Drucksache 18/4128 im Mai dieses Jahres genau einen solchen Antrag beschlossen. Sie hat ausgeführt, bei der Landesverwaltung seien 6 Prozent Menschen mit Behinderung beschäftigt. Das ist aber nicht die Quote der Neueinstellungen. Sie hat beschlossen: Wir wollen bei den Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung eine Quote von 5 Prozent. - Sie hat das sehr schön formuliert, richtig vorsichtig. Das wollen wir sicherlich so nicht formulieren. Ich finde es zum Abschluss trotzdem ganz gut. Sie hat nämlich geschrieben, diese Quote wenigstens „ernsthaft anzustreben“.



Wenn wir uns darauf einigen können, diese Quote ernsthaft anzustreben, dann sind wir auch bereit, den Antrag noch zu ändern, damit wir Sie da ins Boot kriegen. Wir bieten Ihnen also nichts anderes an, als das zu beschließen, was Schwarz-Grün im Land wegweisend beschlossen hat. Und glauben Sie mir: Es war das letzte Mal, dass ich hier Schwarz-Grün im Land gelobt habe. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Bauer-Dahm hat das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Lieber Herr Krupp, lieber Gerrit! Ich möchte mich zunächst bei der SPD bedanken. Danke, dass ihr gemeinsam mit uns und den anderen Demokrat*innen immer wieder den Finger in die Wunde legt. Das ist wichtig. Danke für eure Ausdauer und für eure Zuverlässigkeit, wenn es darum geht, Menschen mit Behinderung Perspektiven in dieser Stadt zu eröffnen. Aber heute schießt ihr leider übers Ziel hinaus, liebe SPD.

Punkt 1 des Antrags ist von der Intention her lobenswert - keine Frage. Die Einbindung der Stadtarbeitsgemeinschaften, der Gesamtschwerbehindertenvertretung, der Behindertenbeauftragten - alles sinnvolle Überlegungen bei der Ausgestaltung eines Bewerbungsprozesses für Menschen mit Behinderungen. Leider ist es aber schlicht nicht unser Bier, sondern die Hoheit der Oberbürgermeisterin. Das ist nun einmal gesetzliches Faktum.

Über Punkt 2 habe ich mich dann aber richtiggehend geärgert, muss ich sagen. Dem Rat soll aufgezeigt werden - ich zitiere -

welche Einsatzbereiche in der Stadtverwaltung für Menschen mit Behinderung besonders geeignet sind.

Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort: grundsätzlich erst einmal alle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

In den allermeisten Fällen lassen sich nämlich durch geeignete Hilfsmittel und Assistenzen die größten Hürden bereits überwinden. Die Frage kann daher nicht sein, welche Einsatzbereiche

geeignet sind. Die Fragen müssten lauten: Was können wir als Stadt tun, um möglichst viele Einsatzbereiche in der Verwaltung für Menschen mit Behinderung tauglich zu machen? Wie organisieren wir die richtigen Passungen für Menschen mit speziellen Bedarfen? Wie ändern wir die bisher ausschließende Arbeitsumgebung? Und nicht: Welche Nische können wir denn schmerzfrei gerade noch so anbieten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Maria Helmig [SPD]: Ja, genau so habt ihr es formuliert!)

Das ist der falsche Ansatz und die falsche Intention. Menschen mit Behinderung leisten selbstverständlich wertvolle Beiträge - auch im Arbeitsleben. Menschen mit Behinderung sind aber nicht dafür da, unser Personalproblem zu lösen. Das ist eine gefährliche Gratwanderung.

Sätze wie

Auch im Bereich der Grünflächenpflege können mehr Menschen mit Lernbeeinträchtigungen oder Behinderungen eingesetzt werden.

sind wirklich nur schwer zu ertragen.

Dann noch mein Liebling unter Punkt 3 - Gerrit hat es gerade lange erklärt -:

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie und bis wann erreicht werden kann, dass mindestens fünf Prozent der Neueinstellungen in der Stadtverwaltung Menschen mit Behinderung sind.

Das finde ich super. Herzlichen Glückwunsch! Es kommt leider zu spät. Das Ziel ist bereits überschritten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Quote bei den Nachwuchskräften lag nämlich 2022 bereits bei 5,7 Prozent. Ich gebe zu: 2021 waren es 3 Prozent. Das sind die alten Zahlen. Aber wir haben die 5 Prozent mittlerweile geknackt, soweit mir die Zahlen gezeigt wurden. Im Laufe des Erwerbslebens - das wissen wir alle aus Erfahrung - steigt diese Quote stetig. Die Beschäftigtenquote insgesamt liegt derzeit bei 9,3 Prozent. Damit müssen wir uns nicht schämen, denke ich; denn das ist fast das Doppelte der gesetzlichen Pflichtquote.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Das ist ein Resultat, ich sage bewusst, *unserer* stetigen Bemühungen - da nehme ich euch mit hinein -:

- angefangen bei unserem Bündnisantrag im AVR im Juni 2021 zur Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung. Wir sehen jetzt das Resultat in den 2022er Zahlen. Da haben wir inhaltlich überwiegend das beschlossen, was wir nun heute wieder beschließen sollen, aber in der Ausformulierung weniger diskriminierend und auch umfassender.
- weiterhin unser Prüfantrag zur gleichwertigen Bezahlung der Fachkräfte für Bürokommunikation. Auch das war die letzten Monate immer Thema im AVR.
- schlussendlich im letzten AVR unser gemeinsamer Beschluss zur zukünftigen Personalwirtschaft der Stadt Köln. Auch hier haben wir beschlossen - ich zitiere -,

dass die Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderungen und anderen Einschränkungen nicht nur als gesetzliche Verpflichtung verstanden wird, sondern als Chance für die Stadt, eine neue Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu gewinnen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Antrag ist nicht in Gänze falsch. Er ist in seiner Intention wichtig. Die wichtigen Teile des Antrags sind aber schon Beschlusslage. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte erlauben Sie mir, zu fragen, ob es jetzt noch bei den angezeigten Wortmeldungen bleiben soll.

Ich hätte sonst Frau Blome gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Aber Herr Bauer-Dahm ist aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik so gut informiert, dass ich diese Zahlen hier nur bestätigen kann.

Werden noch weitere Wortmeldungen gewünscht? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und

Herren auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meinem Vorredner nur zustimmen: In der Sache ist es wichtig, dass wir uns unverändert dem Thema widmen und auch dranbleiben.

Aber ich frage mich: Ist das hier der richtige Ort? Wir haben gerade in der letzten AVR-Sitzung das Thema Personal noch einmal sehr intensiv diskutiert. Ich hätte mir gewünscht, dass wir die Anregungen unmittelbar dort eingebracht hätten und nicht an dieser Stelle, weil wir im Ausschuss sicherlich auch noch etwas tiefer gehen können als in der Debatte, die wir hier im Rat insgesamt führen.

Die zweite Anmerkung, die Sie mir bitte gestatten, ist die Frage - ich habe das schon einmal in einer anderen Debatte vor ein paar Monaten gesagt -: Haben Sie eigentlich zwischenzeitlich die entsprechenden Berichte, die die Stadtverwaltung erstellt, gelesen? Wir haben einen Inklusionsbericht, der klar aufzeigt, dass die Inklusionsvereinbarung, die die Stadtverwaltung hier zur Anwendung bringt, im Prinzip genau darlegt, was in Köln gut läuft.

Und es läuft insgesamt sehr gut. Der Kollege sagte es schon: Wir sind mit dem Anteil der Schwerbehinderten bei über 9 Prozent. Was noch wichtiger ist: Wir haben auch bei den Führungskräften - und das passt auch nicht zu Ihrem Antrag - einen Anteil von über 6 Prozent. Das zeigt, dass in allen Teilen der Verwaltung das Thema angekommen ist und dass wir hier keinen grundsätzlichen Nachholbedarf haben.

Dass man bestimmte Dinge immer wieder noch mal nachschärfen kann, ist gar keine Frage. Aber das hätte man auch an anderer Stelle einbringen können. Denn ich habe nicht den Eindruck, dass unsere Verwaltung an der Stelle irgendetwas nicht unternimmt, um Arbeitskräfte zu mobilisieren und Menschen mit Behinderung in Beschäftigung bei der Stadt Köln zu bringen.

Insoweit kann ich nur sagen: Wir brauchen diesen Antrag nicht. Wir sind hier sehr gut unterwegs. Wir haben die gesetzlichen Ziele deutlich überschritten. Anregungen kann man immer mitgeben. Aber dieses Antrags bedarf nicht. Deshalb werden wir ihm hier auch nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich doch meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass die SPD hier erneut so einen Antrag stellt. Denn wir haben ja - das hat Herr Bauer-Dahm schon gesagt - just in der letzten AVR-Sitzung einen umfangreichen Beschluss gefasst. Dieser Beschluss beinhaltete auch Menschen mit Schwerbehinderungen. - Das erst einmal vorab.

Wir waren nicht in die Diskussion eingebunden - es war nur die SPD mit dem Bündnis im Bunde, um diesen Antrag rundzumachen -, die FDP übrigens auch nicht. Es wundert mich natürlich, warum diese Forderungen, die heute gestellt werden, nicht in diesen Antrag mit eingebunden worden sind. Aber das werden Sie besser wissen als ich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch ist das Thema Fach- und Arbeitskräftemangel ein bedeutendes. Insoweit ist es grundsätzlich nachvollziehbar, jede erdenkliche Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Ich möchte aber zu bedenken geben, dass der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel nicht die Hauptmotivation für die Gleichstellung von Menschen mit Schwerbehinderung sein sollte.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Dies kann allenfalls ein weiterer Schlüssel für mehr Einstellung von Menschen in der Verwaltung sein. So verstehe ich diesen Antrag auch.

Wir werden - das wird Sie wundern - diesem Antrag zustimmen. Ich werde auch erklären, warum wir ihm zustimmen werden.

Ich verstehe den Antrag der SPD viel mehr als Konkretisierung des Beschlusses im AVR. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn wir es beschlossen hätten. Das haben wir aber nicht getan. Insofern besprechen wir es heute. Entsprechend sollte die Motivation doch sein, dass wir uns über die Notwendigkeit eines solchen Antrages den Kopf zerbrechen oder uns sogar sehr darüber ärgern könnten oder dass wir heute ein gemeinsames politisches Signal setzen und den Antrag gemeinsam beschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte nur ganz kurz ausführen, dass die SPD natürlich auch viel Richtiges in der Begründung geschrieben hat. Dass trotz der Fortschritte die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Köln immer noch vor bedeutenden Herausforderungen steht, haben alle hier schon gesagt. Insbesondere im Bereich der Beschäftigungsmöglichkeiten ist das der Fall. Tatsächlich gibt es viele Barrieren gerade im Bewerbungsverfahren. Das zeigen die Zahlen im Inklusionsbericht. Die Bewerbungszahlen sind nicht hoch. Das heißt, dass man schauen müsste, was man im Bewerbungsverfahren verbessern könnte, um Menschen zu motivieren, sich bei der Verwaltung zu bewerben.

Da gibt es auch Ansätze der Stadt-AG Behindertenpolitik. Man muss in die Förderschulen gehen. Man muss das bewerben. Man muss Projekte aufsetzen, damit Schülerinnen und Schüler in Förderschulen wissen, was für ein guter Arbeitgeber die Stadt Köln sein kann. Es ist auch eine Möglichkeit, dort anzuwerben, um Menschen für jegliche Berufe zu bekommen.

Diese Barrieren zu überwinden, sollte unser aller Ziel sein. Da höre ich aber auch nichts anderes. Ich glaube, dass wir da gar keinen Dissens haben.

Hier sehe ich sowohl die Verwaltung als auch uns in der Verantwortung. Aktuell liegt die Schwerbehindertenquote bei 9 Prozent. Das ist sehr gut und positiv. Bei den Neueinstellungen - Herr Bauer-Dahm hat die aktuellen Zahlen genannt - hatten wir tatsächlich 2021 knapp 3 Prozent und haben jetzt ein bisschen mehr.

Aber ich verstehe diesen Antrag ein bisschen anders, als Sie ihn verstanden haben, Herr Bauer-Dahm. Es ist ein Beschluss, dass man auch die nächsten Jahre immer bei mindestens 5 Prozent ist. Man kann doch eine Quote feststellen. Auch wenn die Quote 2022 bei etwas mehr als 5 Prozent liegt, ist es doch ein politisches Signal, zu sagen: Wir möchten zukünftig 5 Prozent Neueinstellungen haben. - Wie die Zahlen tatsächlich aussehen, ist doch sehr interessant.

Noch einmal zum Inklusionsbericht: Wir hatten im AVR vorher noch einen Beschluss zu den Fachpraktikerinnen im Büromanagement gefasst. Das war auch etwas, was wir gemeinsam im AVR beschlossen haben. Das ist ein Projekt, in dem es eine Bewerbungsquote von 35,7 Prozent gibt und die Einstellungsquote bei 75 Prozent liegt. Ich halte das für erstaunlich. Das ist ein sehr erfolgreiches Projekt, das man fortführen sollte. Insofern ist es sehr gut, dass wir diesen Beschluss im



AVR gefasst haben, damit die Menschen, die einen Abschluss als Fachpraktikerinnen im Büromanagement erworben haben, Möglichkeiten haben, in der Verwaltung eine Beschäftigung zu bekommen.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es ein politisches Statement. Sehen Sie das als Konkretisierung unseres gemeinsamen Antrages im AVR. Wir könnten gemeinsam etwas beschließen. Ich sage es immer wieder: Wir beschließen alles doppelt und dreifach. Und das ist doch mal etwas, was wirklich sehr gut und positiv ist. Warum sollten wir gerade so etwas Gutes, Positives nicht noch mal beschließen, konkretisieren und der Verwaltung auf den Weg geben?

Das ist keineswegs ein Verwaltungs-Bashing. Wir wissen, was die Verwaltung in diesem Bereich macht. Wir möchten ihr aber einmal dieses Statement mitgeben, in diesem Bereich tatsächlich mehr zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich kann mich an die Ausführungen von Herrn Bauer-Dahm anschließen. Wir sitzen alle zusammen im Sozialausschuss. Dort erleben wir die Kollegin von der SPD immer als engagierte Streiterin für die Rechte von Menschen mit Behinderung. Trotzdem muss ich sagen, dass ich irritiert war, als ich diesen Antrag gelesen habe, und dass ich damit auch meine Probleme habe. Dafür gibt es drei Gründe.

Der erste Grund ist die Tonalität des Antrages. Ich glaube, das haben Sie gar nicht so beabsichtigt, weil ich ja weiß, wie Sie sich engagieren. Das hat Frau Tokyürek schon angesprochen und auch Herr Bauer-Dahm angedeutet. Sie stellen die Einstellung von Menschen mit Behinderung eigentlich in direkten Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel. Das ist etwas, was ich nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir dürfen Menschen mit Behinderung nicht als Arbeitskräftereserve titulieren. Nein! Im Sinne der

Inklusion sind sie für uns wertvoll und wichtig im Zusammensein von uns allen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir verstehen uns in Köln als Stadt der Vielfalt. Wir sind dafür ausgezeichnet worden. Deswegen müssen wir aufpassen, dass wir den richtigen Ton finden.

Ich weiß, dass Sie das eigentlich ganz anders sehen. Aber ein Zitat in Ihrer Begründung lautet:

Die Verwaltung sollte die Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung als veritable Möglichkeit zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels begreifen.

Ja, aber das ist viel zu wenig. - Das ist das Erste: falsche Tonalität.

Zweitens: falscher Ort. Das ist schon gesagt worden. Die Debatte ist im AVR geführt worden. Wir führen sie auch immer wieder im Sozialausschuss. Es ist natürlich bei allem, was gut läuft, so, dass es auch immer besser werden kann. Ich hätte gesagt, dass wir diesen Antrag in den Sozialausschuss verweisen könnten, um da noch einmal zu einer Debatte zu kommen - vielleicht auch noch einmal zum Thema junge Auszubildende; denn da besteht trotz der guten Zahlen immer noch Handlungsbedarf, glaube ich.

Drittens - das ist auch schon gesagt worden; ich will es nicht noch länger ausführen -: Es sind einfach falsche Aussagen in diesem Antrag enthalten. Das sind die berühmten 5 Prozent bei den Neueinstellungen, die wir erreicht haben.

Liebe Kollegin Tokyürek, da kann ich auch Ihr Ansinnen überhaupt nicht teilen, zu sagen: Lassen Sie uns das doch jetzt noch einmal beschließen. - Denn wenn wir das beschließen, denkt doch jeder, der es dann liest, wir hätten es noch nicht geschafft. Und das ist ja nicht so. Wir haben es geschafft. Da brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, muss ich ganz ehrlich sagen. Deswegen ist das in diesem Fall auch nicht weiterführend. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.



Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und am Stream! Ich habe mich sehr aufgeregt, als ich diesen Antrag gelesen habe. Deshalb möchte ich das jetzt hier nicht noch einmal tun, weil ich nicht weiß, was ich dann sagen würde.

Aufgrund des breit getragenen, beschlossenen Änderungsantrags aus dem AVR - Nummer AN/1534/2023 - möchte ich hiermit beantragen, diesen Tagesordnungspunkt für erledigt zu erklären. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Frau Gabriel auf der Rednerliste stehen.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich wollte bei dieser Gelegenheit gerne nur noch eine kleine Anregung mitgeben. Im Titel des Antrags steht „Menschen mit Behinderung, Einschränkung oder Lernbeeinträchtigung“. Damit können auch neurodiverse Menschen allgemein gemeint sein. Aber in dem Diskurs und in der Ausformulierung des Antrags ist hauptsächlich nur von Menschen mit Behinderung die Rede.

Da wollte ich nur noch mal einen Reminder in die Runde werfen, die neurodiversen Menschen nicht zu vergessen, die auch Diskriminierung erfahren und für die häufig die Arbeitswelt auch nicht gut eingerichtet ist. Diese Menschen haben es besonders schwer, weil sie zum Beispiel keine Behindertenvertretung haben, weil ihre Diskriminierung oder Benachteiligung nicht an einen Behinderungsgrad gekoppelt ist; sie haben eben keinen.

Das war es auch schon. - Danke.

(Beifall bei GUT Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich muss leider zugeben, dass ich einen Fehler gemacht habe. Ich habe nämlich § 18 der Geschäftsordnung nicht beachtet, indem ich Frau Gabriel das Wort gegeben habe. Normalerweise beendet der Antrag, die Sache für erledigt zu erklären, auch die Debatte. Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Dann möchte ich gegen den Geschäftsordnungsantrag reden!)

Aber es gibt noch eine Gegenrede der Antragsteller.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Liebe Genossinnen und Genossen!

(Heiterkeit bei der SPD)

- Das war ein Scherz. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war ein Scherz. Manche mögen sich angesprochen fühlen.

Ganz ehrlich: Für den Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag für erledigt zu erklären, habe ich aber wirklich gar kein Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja alles okay, was hier gesagt wurde - mal abgesehen davon, dass es nicht zutrifft, dass es 5 Prozent der Neueinstellungen von Menschen mit Schwerbehinderung sind. Es sind 5 Prozent der Leute, die für Ausbildung und Studium gewonnen werden. Aber es sind bei Weitem - bei Weitem - nicht 5 Prozent der Neueinstellungen. Die Stadt hat über 2 000 Neueinstellungen. Da müssten jedes Jahr weit über 100 Leute mit Schwerbehinderung gewonnen werden. Das ist einfach nicht der Fall. Das ist falsch, was hier gesagt wird.

(Beifall bei der SPD)

Auf dieser Grundlage sich - ich sage das in aller Deutlichkeit - zu erdreisten, einen solchen Antrag mit diesem Thema für erledigt zu erklären: Das, liebe Frau Glashagen, können Sie den Betroffenen gerne selbst erklären. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen?

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Welchen Antrag denn?)

- Auf Erledigung. Das muss ich ja machen, egal, wie man das findet. - Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja auch einen Verweisungsantrag aus der Rede von Frau Hoyer!)

- Nein, nein. Frau Glashagen wollte den Antrag für erledigt erklären.

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja noch einen zweiten!)

- Ich habe jetzt einen Verweisungsantrag noch nicht wahrgenommen.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Okay. - Erst einmal lasse ich über den Antrag von Frau Glashagen abstimmen, und dann wiederholen Sie bitte noch einmal Ihren Antrag auf Verweisung. Ich habe es nicht als Antrag verstanden. Aber ich lasse mich gerne davon überzeugen.

Wer wünscht, gegen den Antrag von Frau Glashagen auf Erledigung zu stimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD und die FDP.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist schon ein bisschen erschreckend!)

Dann ist der Antrag für erledigt erklärt. Dann ist es so beschlossen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es ist schon peinlich, dass die Grünen das nicht selber beantragen, sondern eine kleine Fraktion vorschicken! - Weitere Zurufe von der LINKEN - Gegenrufe)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf, meine Damen und Herren.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „11er-Ring reloaded“ AN/1517/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP AN/1610/2023

(Zuruf von der LINKEN: Das macht man sonst nur mit Nazis! - Isabella Venturini [Volt]: Was hat der zu uns gesagt? Nazis? - Gegenruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! - Weitere Zurufe und Gegenrufe)

- Ich bitte, jetzt diese gegenseitigen Beschimpfungen einzustellen.

(Vereinzelt Beifall. - Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Manuel Uwe Froh (Volt): Können wir das Wort kurz ergreifen? Frau Oberbürgermeisterin, könnte der Wortbeitrag bitte noch einmal wiederholt werden, damit wir dann entscheiden können, wie wir damit umzugehen haben? Wiederholen Sie das bitte noch einmal mit den Nazis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben ein Wortprotokoll, und aus dem Wortprotokoll geht das hervor. Ich kann leider nicht mehr, wenn Sie sich alle gegenseitig anschreien, unterscheiden, wer hier was sagt. - Herr Hock hat das Wort zu 3.1.4.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ich habe - -)

- Herr Detjen, Herr Hock hat das Wort zu Tagesordnungspunkt 3.1.4.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist ja eine Bombenstimmung hier heute. 5 Euro auf Volt, wenn ihr das draußen austragt. Wird spannend. Sagt mir Bescheid. Ich bin dabei.

Vor ungefähr zweieinhalb Jahren hatten wir eine sehr gute Idee. Wir wollten im Kölner Grün Zonen ausweisen lassen, in denen sich Menschen bei Kölsch-Bier und Sunnesching am Büdchen hätten treffen können. Uns schwebte ein Ring vor von elf Plätzen - Arbeitstitel „(S)Aufenthaltszonen“ -, ausgestattet mit Kiosk, Mülleimern und Toiletten; ein ebenso einfaches wie überzeugendes Konzept.

Damals wie heute gab und gibt es in Köln nur wenige Stellen im Kölner Grüngürtel, an denen nicht nur eine Versorgung mit leckerem Kölsch-Kiosk-Bier gewährleistet ist, sondern an denen auch die Möglichkeit besteht, das Kölsch-Bier, nachdem es in seine Bestandteile - Kölsch-Bier-Flasche und Kölsch-Bier - aufgelöst ist, einigermaßen zivilisiert zu entsorgen.

Beispielhaft für unseren heutigen Antrag möchte ich hierfür den Aachener Weiher benennen. Dort kommen überwiegend junge Leute zum Saufenthalt zusammen. Junge Leute sind in der Politik eine harte Währung. Sie sind die Zukunft unserer Stadt, das Adrenochrom unserer Wirtschaft, die künftigen Content Manager unserer Kommune. Wir sollten ihre Bedürfnisse ernst nehmen.

Doch unser damaliger Antrag, auf den unser heutiger aufbaut - wie ein sehr schwaches Sequel einer erfolgreichen Serie -, wurde abgelehnt. Stattdessen wurden die jungen Leute am Aachener

Weiher von Reiterstaffeln weggeknüppelt. Ein überbeuertes Sicherheitskonzept für das Belgische Veedel wurde beauftragt, dessen suboptimale Umsetzung Thema der dieswöchigen Kölner Presse war, und ein Parkcafé im Kölner Hinterland wird mit überbeuerten Preisen und VIP-Klubmitgliedschaften subventioniert. Zu Letzterem werden Sie später die zwischenzeitlich, ich weiß nicht, achte Million oder so freigeben.

Lassen Sie uns den damaligen Fehler nicht wiederholen. Mit unserem heutigen Antrag bieten wir Ihnen die Möglichkeit, zumindest einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Wir glauben weiterhin daran, dass eine Entzerrung und Verteilung der Ansammlung junger Menschen durch die Schaffung von Zonen, in denen sie feiern können, sinnvoll ist.

Wir haben damals gelernt, dass ein von der CDU dominierter Rat nicht mit solchen Ideen überfordert werden darf. Deswegen versuchen wir es heute etwas niederschwelliger. Lassen Sie uns doch zunächst einmal mit Zonen anfangen, in denen Menschen Musik machen können, und zwar nicht nur unpluggte Blockflötenorchester, sondern elektronisch verstärkte wie Lemmy Kilmister. Die am besten hierfür geeigneten Plätze im Kölner Grün sollen von unserer sehr guten Verwaltung geprüft und gefunden werden. Das ist der Inhalt unseres heutigen Prüfungsauftrages, dem Sie sicher zustimmen werden.

Wir haben den Arbeitstitel von „(S)Aufenthaltszonen“ zu „11er Ring“ geändert. Unsere PR-Agentur meinte, dass das Brauchtum und Motorsport suggeriert und uns vielleicht die eine oder andere Stimme aus den magenta-schwarzen Reihen einbringen würde.

Unserethalben können wir die Zonen aber auch anders nennen, und es müssen auch nicht elf sein. Dem Änderungsantrag der Kollegen da links stimmen wir also zu. Hauptsache ist doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir heute einen sehr kleinen Schritt weiterkommen. - Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kol-

leg*innen! Nach der etwas dynamischen Diskussion beim letzten Antrag und der etwas humoristischen Einführung durch den Kollegen Hock von der FRAKTION und vor dem Hintergrund des sicherlich ernst gemeinten Änderungsantrags von SPD und FDP sollten wir uns noch einmal gemeinsam auf das Thema fokussieren, das wir in den letzten Wochen hatten, und gemeinschaftlich gucken, was die beste Lösung ist.

Das Ganze rührt ja daher, dass es ein Konzert in einem Park in Bickendorf gab. Wer beim letzten dabei war, hat gemerkt, dass da 150 Leute waren - mit Decken, mit Liegestühlen, mit zwei wirklich sehr guten Jazzmusikern, die mit Verstärkern eine Stunde lang dort ein Konzert gegeben haben. Alles war sehr weit weg von Straßenmusik, sondern ein kulturelles Highlight. Dafür muss es auch Orte und Plätze geben.

Dem Ermöglichen dieser Konzerte und kulturellen Orten kann man nicht mit einer Änderung der Stadtordnung nachkommen. Dazu werde ich gleich etwas sagen.

Ich möchte zuerst betonen, dass das Finden von kulturellen Orten, von Open-Air Flächen, groß und klein, schon beauftragt ist und im Kulturamt mit dem Kulturausschuss bearbeitet wird. Das ist der Stand der Dinge. Da kommen wir einen Schritt weiter. Da müssen wir auch einen Schritt weiterkommen, weil alle, die im Rochuspark dabei waren, das natürlich auch sehr genossen haben.

Die Stadtordnung, die ihr anspricht und um die wir vor sechs oder sieben Jahren ja lange gerungen haben, ist nicht nur für Musiker, nicht nur für die Zuhörer*innen, nicht nur für die Bewohner*innen, nicht nur für die Nutzer*innen des öffentlichen Raums und nicht nur für die Geschäftsleute da, sondern für alle. Die Kölner Stadtordnung versucht das Zusammenleben von über 1 Million Menschen zu regeln. Hinzu kommen - an der Stelle schaue ich auch auf den Tourismus - mehrere Millionen Gästen, die uns jedes Jahr besuchen. Für alle diese Menschen regelt die Kölner Stadtordnung das Zusammenleben.

Wir haben lange darum gerungen - mit Lärmpegel; mit Lautsprechern: ja oder nein? -, wie wir das alles so regeln können, dass sich möglichst viele Interessen in einem Kompromiss widerspiegeln. Das sollte auch so bleiben; denn das hilft dann auch dem Zusammenleben.



Auch die Bereitstellung von weiteren Flächen in Grünflächen oder Parks für Events und Veranstaltungen ist der falsche Weg, weil dort bewusst andere Nutzungen vorgesehen sind.

Lasst uns also gemeinsam schauen, dass die zu findenden Orte, die auch dabei sind, für kulturelle Veranstaltungen, für kleine Konzerte, für kleine Straßenmusik mit Verstärkern dann dort vorgelegt werden. Aber die Kölner Stadtordnung wollen wir nicht anfassen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht?

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein!)

Dann spricht jetzt Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In diesem Fall kann ich es tatsächlich kurz machen. Manfred Richter hat es angesprochen: Wir haben vor einigen Jahren die Änderung der Stadtordnung beschlossen und ein Verstärkerverbot aufgenommen. Dass das damals gegen die Stimmen der SPD beschlossen worden ist, hatte den Hintergrund, dass wir gesagt haben: Wir haben großes Verständnis dafür, wenn es eine Lautstärkenbeschränkung geben soll; aber ein Verstärker an sich sagt nichts über die Lautstärke. - Um es plastisch zu machen: Komme ich mit einem Dudelsack, habe ich keinen Verstärker dabei, bin aber im Zweifel wesentlich lauter als jedes Keyboard, das ohne Verstärker als elektronisches Instrument gar nicht funktioniert. - Also haben wir gesagt: Das Verstärkerverbot kann nicht der Ansatz sein; es muss die Lautstärke sein.

Damals wurde uns vonseiten der Stadtverwaltung vorgehalten, das könne man ja gar nicht messen, und man habe auch nicht das Personal, um es zu messen; deswegen müsse man pragmatisch vorgehen und einfach sagen: elektronisch verstärkte Musik nein, alles andere ja.

Wie gesagt, zeigt das Dudelsack-Beispiel - genauso wie die berühmten Panflöten-Bands, die es früher gab -: Es kann auch ohne Verstärker ordentlich Krach gemacht werden.

Jetzt geht es aber darum, doch zu versuchen, einen pragmatischen Mittelweg zu finden.

Der Ansatz der Fraktion Die FRAKTION ist ja - wenn man sich die humoristische 11 einmal wegdenkt - gar nicht verkehrt, also zu sagen: Wir nehmen bestimmte Bereiche, wo wir uns sicher sind, dass Anwohner und Betroffene weit genug entfernt sind, um auch verstärkte Musik zu erlauben, selbst wenn sie dann lauter wird.

Unser Änderungsantrag bezieht sich letztlich nur darauf, die humoristisch gemeinte 11 zu streichen, also zu sagen: Wir sind da pragmatisch; macht mindestens einen Ort pro Stadtbezirk - ihr könnt auch gerne mehr machen -, wo das möglich sein muss.

Dann haben wir das Problem umgangen, dass uns vorgehalten wird: Es ist technisch so schwer überprüfbar; wir haben nicht das Personal, um die Lautstärke zu überprüfen. - Denn dann haben wir in jedem Stadtbezirk einen Ort, an dem auch verstärkte Musik stattfinden kann. Dann ist das Problem im Prinzip aus der Welt.

Ob Parks dafür der richtige Ort sind, überlasse ich gerne kulturell beflissenen Menschen oder auch unserer grünen Partie. Das ist gar nicht der Punkt. Der Punkt ist: Vernünftig gemachte Musik muss möglich sein, auch wenn es einen Verstärker gibt. Lautstärke stört nicht. Elektronische Musik stört. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat die LINKE das Wort. Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten beide Anträge nicht für zielführend und lehnen sie deswegen ab.

In den Stadtteilen gibt es - wie auch jetzt schon in der Innenstadt - Möglichkeiten, laute Musik zu spielen. Im Moment ist es vielleicht auf Stadtteilstellen beschränkt.

Aber es geht hier natürlich auch um Nutzer*innenkonflikte. Das haben Gerrit Krupp und Manfred Richter ja gerade auch gesagt. Es gilt, die Balance zu halten zwischen dem Ruhebedürfnis der Anwohner*innen und dem berechtigten Interesse nach Kultur und Feiern. Das möchten wir auch genauso beibehalten.

Straßenmusik ist natürlich etwas anderes. Viele Leute freuen sich daran. Aber sie ist in erster Linie Begleitung eines Spaziergangs in der Stadt und



kein Ereignis, zu dem man bewusst hingeht. Deswegen sollte sie nicht zu laut sein, um die einen zu erfreuen und die anderen nicht zu stören.

Wenn wir die Verwaltung, die ohnehin schon so viel zu tun hat, tatsächlich Orte sondieren lassen würden: Welche Orte sollten dabei herauskommen? Sie könnten in Wohngebieten liegen, was sich von vornherein verbietet; das möchten wir nicht. Sie könnten in belebten Stadtteilzentren liegen, was für die Straßenmusiker*innen am wünschenswertesten wäre; aber in den Veedeln, anders als in den Geschäftsstraßen der Innenstadt, wohnen in der Regel auch Menschen.

Wir wollen ja auch keine Plätze schaffen, die noch größere Anziehungspunkte sind. Das möchten wir sicher nicht.

Letztendlich muss man schauen, wenn man solche Orte schafft, wo berechtigterweise Menschen auch teilhaben und ihre Musik darbieten möchten: Was ist mit den Anwohner*innen? Wie kann man diese Interessenabwägung gestalten?

Da bin ich ganz bei Manfred Richter. Das sollte man nicht über die Stadtordnung klären. Es gibt mit Sicherheit andere Möglichkeiten, Wege zu finden, wie man das gut gestalten kann, ohne dass es zu Streitigkeiten kommt.

Letztendlich kann man sagen, dass wahrscheinlich am Ende des Tages Orte in Veedeln bleiben, wo es weit und breit keine Anwohner*innen gibt, die sich gestört fühlen. Das wäre natürlich für Straßenmusiker*innen auch nicht optimal.

Ob in den grünen Oasen der Stadt, die von vielen Tieren als Rückzugsort genutzt werden, laute Beschallung sein muss, bezweifeln wir auch und wünschen das nicht.

Entsprechend sind diese beiden Anträge meines Erachtens tatsächlich nicht zielführend. Wir werden sie ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Martin - sie ist gerade nicht da - würde wahrscheinlich die Worte, die sie vor zwei

Stunden hier hehr in den Raum gerufen hat, ebenso ansetzen.

In der aktuellen Stunde vor zwei Stunden sprachen wir über kulturelle und soziale sowie sozio-kulturelle Projekte als Impulsgeber und Baustein nachhaltiger Stadtentwicklung. In der Begründung der aktuellen Stunde heißt es - Zitat -:

Köln lebt von seiner Vielfalt, auch der Vielfalt an Initiativen, die sich kulturell und sozial wie soziokulturell engagieren.

Es geht um die Parkkonzerte von Herrn Delbrügge und seinem Kompagnon im Sommerloch. Genau um das, was hier steht, was wir vor zwei Stunden alle mit Verve, Leidenschaft und Engagement gefordert haben, nämlich dass es in Köln Rückzugsgebiete geben muss, in denen sich kulturell und sozial engagiert werden kann, geht es vorliegend. Es geht um geschützte Räume, wo diese Dinge stattfinden können.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist meine Fraktion der FRAKTION sehr dankbar, dass sie das hier auf die Tagesordnung gesetzt hat. Nicht ganz so glücklich sind wir mit dem klamaukigen Unterton. Wenn ich euer Ratgeber wäre, würde ich sagen: Stellt das ab; dann habt ihr vielleicht auch ein bisschen mehr Gewicht.

Aber zurück zum Thema: Genau das, was hier eben verlangt wurde, steht zur Diskussion. Lieber Manfred, du hast hier auf dein Engagement hingewiesen, das du in dem Prozess gebracht hast. Du hast es nicht explizit erwähnt, aber du hast gesagt: Wir haben hier eine gute Lösung gefunden. - Du hast uns aber nicht erklärt, wie diese gute Lösung gefunden wurde. Du hast allerdings auf einer deiner Webseiten irgendwo geschrieben: Wir brauchen keine Anträge im Rat oder im Hauptausschuss, sondern wir müssen das in klugen, vertraulichen Gesprächen tun.

Das ist ein Punkt, den ich so nicht hinnehmen kann.

(Beifall bei der FDP und von Christian Joisten [SPD])

Denn das, was du vertrauliche Gespräche nennst, ist genau das, was die Leute da draußen als Klüngel und Hinterzimmerabsprachen titulieren.

Weil wir solche Hinterzimmergeschichten nicht wollen, sind wir der FRAKTION sehr dankbar, weil wir meinen, dass es unser aller Aufgabe ist, die



Verwaltung zu beauftragen, verlässliche, justiziable und praxisrelevante Lösungen zu finden. Wir wollen hier keine Einzelfallmauscherei. Wir wollen gleiches Recht für alle - für alle, die sich sozial und kulturell engagieren wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist mir eine Herzensangelegenheit, Manfred.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau von Bülow?

Volker Görzel (FDP): Ich gestatte gleich eine Zwischenfrage. - Das ist mir eine Herzensangelegenheit, lieber Manfred, die ich hier loswerden wollte. Das ist nicht böse gemeint. Ich bin ja froh, dass das im Rochuspark geklappt hat. Aber es kann nicht sein, dass hier irgendwelche Individualabsprachen an den Gremien vorbei getroffen werden. Darum geht es uns.

Im Übrigen - das ist mein letzter Punkt, bevor die Frage gestellt werden kann -: Der Antrag befindet sich in einer guten und gelebten Tradition. Wir haben seit einigen Jahren über die Coronakrise hinweg immer wieder diese Rückzugsgebiete für verschiedene Interessen in Köln gefordert - ob das Partyzonen sind, ob das kulturelle Theaterzonen sind, ob das musikalische Themen sind. Genau das ist doch das, was wir hier ständig fordern.

Deswegen kann ich beim besten Willen nicht verstehen, dass gerade ihr als Grüne, die hier eben das hehre Lied von soziokulturellem Engagement gesungen habt, an dieser Stelle allen Ernstes auf Hinterzimmergespräche setzen wollt. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Bitte, Frau Bürgermeisterin von Bülow. Ich kann es kaum erwarten.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Meine Zwischenfrage lautet: Lieber Herr Görzel, ist Ihnen bekannt, dass bereits im Ausschuss Kunst und Kultur ein Konzept vorgelegt worden ist, wie Open Air in dieser Stadt gestaltet werden soll? Denn wir gehen davon aus - angestoßen durch alle demokratischen Fraktionen, die dort sitzen -, dass es darum geht, die Dinge zu regeln und lange und nachhaltig für alle zur Verfügung zu stellen, damit man ein Konzept hat, auf das man sich verlassen kann, gerade weil

der Handlungsbedarf so groß ist und weil wir in den Corona-Jahren gute Erfahrungen damit gemacht haben. Ist Ihnen das bekannt?

Und wenn Ihnen das bekannt ist: Warum argumentieren Sie dann so, als sei das nicht der Fall, sondern als gäbe es an der Stelle tatsächlich einen tiefen Spalt zwischen der Politik?

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, vielleicht können Sie mir auf die Sprünge helfen und sagen, welche der Ausschusssitzungen Sie meinen, in der das vorgestellt wurde. Das ist schon länger her, oder?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein! Im Juni!)

- Im Juni. Also vor dem hiesigen Vorfall. Und wenn es denn vor dem hiesigen Vorfall schon vorgestellt wurde, stellen wir uns umso mehr die Frage, warum es denn hier ordnungsbehördliche Verbotsmaßnahmen geben musste, um das Thema zu lösen.

(Beifall bei der FDP)

Genau deswegen, Frau Kollegin, weil es hier möglicherweise schon Parallelansätze gibt, die wir begrüßen und die wir gut finden, und weil es ein iterativer Prozess ist, meinen wir, dass es gerade Ihrer Fraktion gut zu Gesichte gestanden hätte, in diesen Prozess einzusteigen und die Dinge einspeisen zu lassen, die es andernorts schon gibt. - Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind wir ja!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch Frau Syndicus auf der Liste stehen. Wird sonst noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe zuschauende Menschen hier und vor den Empfangsgeräten! Ich warne Sie direkt vor: Es wird sich nicht bei jedem Konzert und jeder Straßenkunstdarbietung um ein kulturelles Highlight handeln. Denn bei



Straßenkunst passieren Sachen, die einem vielleicht auch mal nicht gefallen, oder die Musik trifft eben nicht den Geschmack.

Man kann nicht alles regeln. Aber ich finde diesen Antrag mit dem Ansatz, solche Zonen auszumachen, sehr gut.

Mir gefällt auch der Änderungsantrag seitens der SPD und der FDP wirklich gut, die Zahl 11 herauszunehmen und es einfach prüfen zu lassen.

Ich würde mir allerdings wünschen, dass wir es nicht unbedingt in den Parks machen. Denn es bieten sich weitaus bessere Flächen an als Parkanlagen, in denen man sich vielleicht auch ein bisschen erholen möchte und nicht von allen Seiten beschallt werden will.

(Vereinzelt Beifall)

Das passiert auch alles schon. Seien wir einmal ehrlich: Wir regeln gerade, dass Verstärker für Menschen verboten werden sollen, die musizieren. Aber jede Boombox, die angeschlossen wird, ist erlaubt. Irgendwie muss man schon eine Waage finden und eine Regelung finden - genauso wie in der Innenstadt. In der Innenstadt darf ich nicht meinen Verstärker anschließen und eine Tanzperformance machen, die dann auch entsprechende Lautstärke verursacht. Aber H&M, Pimkie und alle, die da sind, dürfen ihre Türen öffnen und billige Technomusik rausballern. Das ist alles möglich. Da stellt sich natürlich die Frage: Wie kriegen wir das geregelt?

Ich freue mich über diesen Änderungsantrag und hoffe, dass er angenommen wird und die Verwaltung da entsprechend Gutes ausarbeitet und vorschlägt. - Vielen Dank.

(Beifall bei GUT Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht. Dann möchte ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP und danach über den Ursprungsantrag abstimmen lassen.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Frau Gabriel, Herr Zimmermann, Frau Syndicus, die FDP-Fraktion und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann hat der Antrag keine Mehrheit erhalten.

Jetzt stimmen wir über den Ursprungsantrag ab. Wer dem Ursprungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024 1958/2023

**Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1572/2023**

Ich bitte um Wortmeldungen. Wer spricht für die Grünen? - Herr Klemm, bitte.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Fußballfan, als Fan von Thor Zimmermann und als Fan der BV Innenstadt hier reden zu dürfen, ist mir eine ganz besondere Freude.

Die zweite Freude besteht darin, dass ich mich sehr auf die EURO 2024 freue und mich sehr freue, dass sie in Köln stattfindet, und zwar nicht nur als leidenschaftlicher Fußballfan, sondern auch, weil es die Chance bietet, dass sich Köln international so präsentiert, wie wir es wollen: weltoffen, tolerant und gastfreundlich. Hier ist kein Platz für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit setzen wir auch einen Kontrapunkt zu den vergangenen sportlichen Großereignissen in Katar, in Russland und in China. Deswegen finden wir es auch wichtig, dass solche Ereignisse in demokratischen Rechtsstaaten stattfinden, weil die Werte, für die diese sportlichen Großereignisse stehen, die ja nicht nur den Sport betreffen, sondern auch die Völkerverständigung, consequently nur in demokratischen Rechtsstaaten einzulösen sind.

Insofern ist meine Freude groß. Ich kann aber auch verstehen, dass sich nicht alle Menschen gleichermaßen auf die EURO 2024 freuen und



auch Bedenken zu dem vierwöchigen Großereignis geäußert werden. Denn mit solchen Veranstaltungen sind auch Belastungen verbunden.

Das betrifft nicht nur die Organisation, die UEFA - wir hatten es gerade, Thor Zimmermann -, die ja eine, freundlich formuliert, durchaus nicht unproblematische Organisation ist; da kann man Kritik üben.

Auch die Gäste, die wir ganz herzlich willkommen heißen und die sich bei uns wohlfühlen sollen, verursachen Lärm und Müll. Das betrifft insbesondere die Bewohner*innen der Innenstadt. Dass es da Fragen und Kritik gibt, ist nachvollziehbar.

Es kommt auch zu Umweltbelastungen, nicht nur durch die An- und Abreise der Gäste und den Aufenthalt hier, sondern auch durch die Beanspruchung von Grünflächen.

Deshalb finde ich die Kritik an der konkreten Durchführung solcher Ereignisse unter diesen Aspekten richtig und wichtig. Damit müssen wir uns ernsthaft, konstruktiv und argumentativ auseinandersetzen und versuchen, möglichst viele Menschen in unsere Freude mit einzubeziehen - was großenteils gelungen ist, wie man in den Umfragen sieht. Aber es gibt Kritik. Dass wir Kritik einbeziehen und ernst nehmen, unterscheidet uns von Katar, Russland und China.

Insofern begrüße ich den einstimmigen Beschluss der BV Innenstadt und den heutigen Antrag von Thor Zimmermann. Sie fordern zu Recht, dass wir stärker darüber nachdenken, wie wir die Veranstaltungen in Köln noch umwelt- und grünflächenschonender machen können. Gleichzeitig bin ich froh darüber, dass sich die Zuständigen in unserer Verwaltung und insbesondere im Sportamt mit dieser Kritik intensiv auseinandersetzen. Ich weiß, dass der einstimmige, über alle Parteigrenzen hinweg getroffene Beschluss der BV Innenstadt sehr ernst genommen wird.

Es wurde uns dargelegt, dass momentan noch Überlegungen für eine Alternative zum Rheinpark angestellt werden. Da müssen ernsthaft alle Pros und Kontras abgewogen werden. Der Rheinpark steht unter Landschafts- und Denkmalschutz. Wir müssen sehr sorgfältig, wenn nicht noch sorgsamer, mit den Grünflächen, die wir haben, umgehen -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

übrigens nicht nur nicht nur bei der EM, sondern beispielsweise auch an Karneval. Aber das ist ja heute kein Thema.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen die innerstädtischen Grünflächen nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch zur Erholung für die Menschen, die hier leben. Andererseits muss man aber auch bedenken, dass eine kontrollierte und überwachte Bespielung unter bestimmten Bedingungen sogar schonender sein kann als eine unkontrollierte Nutzung.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Wir kennen auch die Ströme, in denen die Menschen, die zu uns kommen und sich in der Innenstadt aufhalten, links- und rechtsrheinisch gehen werden.

Insofern gilt es, den Beschluss der BV Innenstadt und die Position des Sportamtes sorgfältig abzuwägen. Wir müssen einmal gucken, was dabei herauskommt. Es soll zu einer Lösung kommen, die möglichst vielen Interessen gerecht wird und maximal umwelt- und flächenschonend ist. - Oliver Seeck, da sind wir ja in gutem Austausch.

(Oliver Seeck [SPD]: Was denn jetzt?)

Deshalb sollten die Anregungen der BV Innenstadt und von Thor Zimmermann auch nicht einfach nur zur Kenntnis genommen werden, sondern wir sollten uns weiter ernsthaft und intensiv damit auseinandersetzen. Dafür ist eine Verweisung in den Sport- und den Umweltausschuss der richtige Weg. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Bitte sehr.

Florian Weber (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir wollen erst einmal der Verwaltung und speziell dem Sportamt für das große Engagement bei den Vorbereitungen für die Fußball-EM 2024 danken. Diese laufen schon seit Monaten und Jahren. Ich glaube, es ist angebracht, dass wir auch Dankbarkeit für all dieses Engagement zeigen.

(Beifall)

Denn wir freuen uns auf dieses Sportgroßereignis für unsere Stadt.



Selbstverständlich, lieber hier auch anwesender Bezirksbürgermeister Hupke, nehmen wir die Bedenken aller Beteiligten in der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz ernst. Auch wir wollen den Fortbestand des Rheinparks nicht für dieses Event riskieren.

Wir finden allerdings, dass die bisherigen Planungen des Sportamtes darauf bereits weitgehend Rücksicht nehmen. Es entsteht ein Sportangebot zum Mitmachen, unter anderem für Jugendliche, Senioren und Familien. Und genau darum geht es bei Großsportveranstaltungen: dass wir Lust auf Mitmachen machen; dass da vielleicht das Interesse für Fußball geweckt wird und dann 10 bis 18 Jahre später vielleicht diese Menschen zu Amateuren oder Profis werden. Das gehört auch zu so einer Großveranstaltung dazu.

Ich fand interessant, wie der Ratskollege Klemm ein bisschen darum herumgetänzelt ist.

Wir können uns als CDU-Ratsfraktion dem Votum der BV 1 auf sofortigen Stopp der Planung - darum geht es ja - nicht anschließen.

(Beifall bei Teilen der CDU und der SPD)

Gleiches gilt für den Änderungsantrag des Kollegen Zimmermann. Er fordert ja auch einen sofortigen Stopp der Planung.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]:
Für den Rheinpark!)

- Für den Rheinpark. Genau. Darum geht es. - Wir wollen das Thema in den Fachausschüssen weiter beraten und, wo nötig, nachschärfen. Auch wir sagen: Wenn es Probleme geben sollte und wir den Park besser schützen können, dann sind wir dafür offen.

Das sollte im Umweltausschuss und im Sportausschuss passieren. Deswegen stimmen wir als CDU für die Alternative in der Beschlussvorlage, nämlich den Verweis in die Fachausschüsse. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um Sport, und die Partei schickt mich - Sie wundern sich.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Spaß beiseite! Meine Damen und Herren, ich stehe hier als AVR-Sprecher - das nur zur Erklärung. Wenn die Partien sich nicht einigen, ist das die vermittelnde Instanz. Nein, Scherz beiseite!

Die Anteilnahme - das ist mir am Anfang ganz wichtig - ist für Köln wirklich ein wichtiger Punkt. Ich teile nicht die Kritik - die nicht heute, aber an anderer Stelle angeklungen ist - dahin gehend, sich überhaupt an so einer EM zu beteiligen. Das hat geradezu etwas von Hybris. Es gibt genug Kritik am organisierten Fußball. Davon ist auch vieles berechtigt. Aber am Ende des Tages ist das ein riesiges Großereignis, und am Ende des Tages ist es auch ein riesiger Wirtschaftsfaktor für Köln. Es steht Köln gut an, auch bei solchen Ereignissen dabei zu sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir brauchen solche Ereignisse - bei aller Kritik, die man am organisierten Fußball haben kann. Ein solches Ereignis hat man auch nur alle zehn Jahre in einer Stadt wie Köln. Das sollte man durchaus wertschätzen.

Deswegen ist es auch völlig richtig, dass die Stadt Köln versucht, sich bei einem solchen Turnier den Fans von ihrer besten Seite zu zeigen. Dazu gehört auch, eine entsprechende Zone einzurichten. Und darum geht es im Rheinpark letztlich. Es geht ja gar nicht darum, eine Fan Zone einzurichten, wie das hier in der Innenstadt der Fall ist, wo vielleicht auch ein bisschen Partyatmosphäre herrscht, sondern es geht im Rheinpark in erster Linie darum, dass Kleinspielfelder angelegt werden, auf denen Leute auch wirklich vor Ort Fußball spielen können. Die eigentliche Fan Zone, wo dann vielleicht Fußball geguckt werden kann und eher ein bisschen Partystimmung ist, soll ja ohnehin am Tanzbrunnen sein.

Deswegen wäre meine ganz persönliche Sympathie für den Rheinpark durchaus gegeben. Aber das ist ja überhaupt nicht entscheidend. Entscheidend ist, was die Fachpartien dazu sagen. Das sind bei uns der Sportausschuss sowie der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün. Entscheidend ist für uns selbstverständlich auch, was die BV Innenstadt sagt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass auch unsere Fraktion dort für diesen Antrag



gestimmt hat. Die werden auch ihre Gründe haben.

Um das alles in Ruhe abwägen zu können und dann zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen, bei der wir das alles betrachten, stimmen wir auch für den Alternativvorschlag der Verwaltung. Lasst es in die Fachausschüsse gehen. Lasst es in den Sportausschuss gehen, und lasst es in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün gehen. Die sollen sich das angucken. Wenn es dann Möglichkeiten gibt, die Situation im Rheinpark noch besser zu machen, müssen wir damit umgehen. Wenn es zu dem Ergebnis kommt, dass es da wirklich gar nicht geht, müssen wir damit auch umgehen. Aber lasst das die Fachleute beraten. Da ist es richtig aufgehoben. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleg*innen, Zuschauer*innen und Frau Oberbürgermeisterin! Die Stadt Köln hat sich stets als Vorreiterin bei der Ausrichtung sportlicher Großereignisse präsentiert - sei es die Fußball-Europameisterschaft der Männer oder die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele. Dies dient sicherlich auch der Außenrepräsentation der Stadt.

Da in den bisherigen Reden einige Male auf organisierten Fußball eingegangen worden ist: Mit der Außenvertretung der Stadt Köln verbinde ich natürlich auch Dinge wie, gegen Homophobie zu sein, gegen Rassismus zu sein usw. usf. Und mit der UEFA und der FIFA verbinde ich leider Menschenrechtsverletzungen, Bestechungsvorwürfe und mangelnde Transparenz. Daher finde ich, um das als Randbemerkung zu sagen, es natürlich besser, wenn so eine Veranstaltung nicht in unserer Stadt stattfindet.

Allerdings sollten wir nicht vergessen, wofür es geht: dass Flächen wie die Uniwiese während des Karnevals oder hier der Rheinpark nicht ohne Grund unter Schutz gestellt wurden.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Flächen dienen nicht als Reserven, sondern haben eine wichtige Bedeutung für den Umwelt- und Denkmalschutz. Die Verwaltung steht

zweifelloso vor einer Herausforderung, eine Lösung zu finden. Aber dabei sollten wir den Umwelt- und Denkmalschutzfaktor nicht außer Acht lassen.

Daher würden wir uns als LINKE wünschen, dass bei der Suche nach einer Lösung mit mehr Kreativität gearbeitet wird. Es wurden bereits Alternativflächen wie die Deutzer Werft oder die Poller Wiesen vorgeschlagen. Zudem gibt es dezentrale Sportanlagen, die genutzt werden könnten.

Es ist wichtig, dass wir eine Lösung finden, die sowohl den sportlichen Veranstaltungen gerecht werden kann als auch unseren Verpflichtungen zum Schutz unserer Umwelt und unseres kulturellen Erbes nachkommt.

Als LINKE werden wir selbstverständlich unsere Bezirksfraktion in der BV Innenstadt unterstützen, die diese Anregungen mitgetragen hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Problematik in der Bezirksvertretung Innenstadt war der Antrag mit der Formulierung „Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024“. Da stellte man sich sofort die Fan Zone - wer es 2006 gesehen hat - mit Public Viewing, Feiern, Partys oder sonst irgendetwas vor.

Das stimmt nicht. Wer nämlich die Präsentation - wie die Oberbürgermeisterin oder unser Sportdezernent - kennt, weiß, dass wir dort etwas anderes vorhaben.

Wir haben bei der Basketball-EM gesehen, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Sportdezernent Voigtsberger: Nachhaltigkeit heißt auch, mit Kindern und Jugendlichen zusammenzuarbeiten. - Diese Projekte haben wir bei der Basketball-EM gemacht. Ich erinnere daran, wer dort in der LANXESS Arena war, wie viele Kinder und Jugendliche sich diese Spiele angeschaut haben, wie wir von dem Weltverband gelobt worden sind und was wir dort geleistet haben.

Diese Anerkennung wollten wir zu der Fußball-EM mitnehmen und haben gesagt, dass wir Nachhaltigkeit wollen. Wir haben gesagt: Wir wollen mit

dem Fußballverband Mittelrhein Kinder und Jugendliche an den Fußball heranzuführen -

(Beifall bei der FDP und der SPD)

und nicht irgendwo abseits, sondern mitten in Köln. Mitten in Köln! Darum haben wir Schulklassen eingeladen, Frau Oberbürgermeisterin, Jugendgruppen eingeladen, aber auch Fans eingeladen, wenn sie Lust haben, dort zu spielen.

Jetzt frage ich Sie - wenn ich das höre, Herr Zimmermann: wir müssen den Rheinpark schützen -: Müssen wir wirklich den Rheinpark vor unseren Kindern und Jugendlichen schützen?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dürfen sie nicht mehr auf Rasen spielen? Ist es das nicht das Edelste, was wir haben, Kinder und Jugendliche da heranzuführen?

Meine lieben Grünen, erstens waren wir alle gemeinsam einmal

(Oliver Seeck [SPD]: Klein!)

jung. Zweitens haben wir uns aufgeregt, wenn auf Rasenflächen „Betreten verboten - Kinder dürfen hier nicht spielen“ stand. Soll es wirklich unsere Botschaft in die Welt sein, dass in unseren Parks Kinder und Jugendliche nicht mehr spielen dürfen?

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir hatten uns bei der Basketball-EM etwas dabei gedacht, und wir haben uns bei der Fußball-EM etwas dabei gedacht, Kindern und Jugendlichen etwas zu bringen.

Wenn dann - das wurde leider, Andreas Hupke, bei euch nicht gehört; wir haben es angebracht - meine Minderheit, die queere Minderheit, dort spielen soll und ich hier einen Antrag habe, den Rheinpark zu schützen, muss ich sagen: Da fühle ich mich verletzt. Wir haben auch das Recht, dort zu spielen. Es sollen alle die Möglichkeit haben, dies zu machen.

Hier geht es nicht um Fan Zone. Es geht hier nicht um Feiern oder Abfeiern. Vielmehr geht es darum, Sport zu treiben. Ich bin der Meinung: Da ist der Rheinpark mit den Wiesen genau das Richtige. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Mensch, Uli, das hat mich persönlich irgendwie total überzeugt.

Aber wir möchten dieses Thema auch in den Fachausschüssen weiter besprechen. Es gibt valide Argumente dafür und dagegen. Die möchten wir jetzt weiter vertiefen. Das ist auch richtig so. Wir möchten hier nichts vorwegnehmen. Wir stehen der Sache an sich offen gegenüber. Wie gesagt, gibt es aber definitiv Punkte, die wir dann in Ruhe und tiefer gehend in den Fachausschüssen besprechen möchten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt werden Sie es auch von mir hören: Köln soll gastfreundlich sein, und deswegen brauchen wir die Sache im Rheinpark.

Ich kann nur sagen: Wir dürfen hier nicht irgendeinem Ökofanatismus hinterherlaufen. Wahrscheinlich sind das Leute, die das in erster Linie fordern, die in irgendwelchen Fonds investiert sind, wo sie die Windrädchen über das Land verteilen und dann tonnenweise in Beton reingehen, aber ein Problem damit haben, dass Kinder und Jugendliche Fußball spielen wollen.

Der Rede von Herrn Breite ist nicht viel hinzuzufügen, denke ich. Nur: Wenn es nach uns gehen würde, würden wir das überhaupt nicht in die Fachausschüsse schicken. Denn damit soll doch nur für irgendwelche Grünen eine Verzögerungstaktik stattfinden. Das Bündnis muss ja irgendwie zusammengehalten werden. Es war gerade sehr interessant, wer aus der CDU für Herrn Breite geklatscht hat.

Wir können das sicherlich gerne in den Fachausschüssen beraten. Meine Fraktion ist klar pro Fußballfans. Wir sind ja auch pro FC. Es gäbe hier eigentlich auch eine Mehrheit für den FC. Da müssten sich nur alle mal ein bisschen bewegen. Deswegen können wir das gerne in den Fachausschüssen bestimmen.



Andernfalls würden wir den Antrag aus der Bezirksvertretung Innenstadt ablehnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Frau Syndicus auf der Rednerliste stehen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und im Livestream! Vorab: Ich möchte mich nicht mit falschen Federn schmücken, sondern ich habe die Beschlussvorlage gelesen, die Kenntnisnahme, und ich habe dort gelesen, dass es entweder in die Fachausschüsse verwiesen werden soll oder die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt abgelehnt werden soll. Ich habe aber keine Alternative gefunden, dass wir der Bezirksvertretung Innenstadt folgen könnten. Daher habe ich diesen Antrag gestellt.

Der Antrag ist auch in der Tat, Herr Breite, in der BV Innenstadt nicht von grünen Ökospinnern beschlossen worden, die kleinen Kindern das letzte bisschen Freude in dieser Stadt, die aus Beton besteht und von Autoverkehr geprägt ist, nehmen wollen, sondern er ist einstimmig - bei Enthaltung der FDP - von der BV Innenstadt beschlossen worden.

Diesem einstimmigen Beschluss ging auch ein Abwägungsprozess voraus. Das Sportamt war auch dort und hat alles vorgestellt etc. Dieser Abwägungsprozess hat also bereits stattgefunden, und die BV Innenstadt kam zu dem Schluss: Den Rheinpark wollen wir nicht zur Verfügung stellen - eine gute Idee, finde ich.

Die EM 2024 ist ein Großereignis. Die UEFA kann man kritisch sehen. Darauf will ich gar nicht eingehen. Ich habe gerade nachgeguckt. In der Schweiz gilt sie tatsächlich - hört, hört! - als gemeinnütziger Verein. Dieser gemeinnützige Verein möchte in Köln fünf Spiele einer EM durchführen - unter dem knalligen Motto „United by Football. Vereint im Herzen Europas“. Da wird einem doch schon wieder warm ums Herz, oder? Das Maskottchen Albärt - es heißt tatsächlich so: Albärt - wird dann fünfmal eine Polonaise durch unsere schöne Heimatstadt führen.

Ich freue mich auch auf die EM. Ich erkenne solche Großereignisse als wichtig an. Natürlich ist das eine gute Gelegenheit, Köln als sympathische

und weltoffene Stadt zu präsentieren. Wer Gefallen an dieser Sportart hat, soll das auch in Köln genießen können.

Doch die Gäste, die zu uns kommen, können sich nicht alle benehmen. Das ist nun einmal leider so. Wir merken das zum Beispiel auch an Karneval.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Einheimische auch nicht immer!)

Wir bemerken das auch bei vielen Heimspielen oder Auswärtsspielen etc. Fußball ist durchaus eine problematische Sache.

Nun soll es Fanzonen geben. Mir ist vollkommen klar, dass es sich dort nicht um eine Saufzone, wie Herr Hock sagen würde, handeln soll.

(Maria Helmig [SPD]: Saufenthaltszone! Wenn, dann richtig zitieren!)

Die ist ja nebenan am Tanzbrunnen. Aber der Rheinpark steht eben - ich kann da nur der Argumentation der Bezirksvertretung Innenstadt folgen - unter Landschafts- und Denkmalschutz. Wenn ich gerade dieser Tage in der Zeitung lese, was die von unserem Ordnungsamt beauftragten Sicherheitsfirmen an Leistungen erbringen, wird mir, ehrlich gesagt, schon ganz schlecht bei dem Gedanken, dass diese Truppe dort dafür sorgen soll, dass unser Park geschützt wird. Das gelingt an Karneval nicht, und bei der EM möchte ich das gar nicht riskieren.

Ich bin auch ein bisschen verwundert über die Grünen. Ihr kämpft zu Recht um jeden Grashalm auf der Uniwiese zu Karneval. Eigentlich kann man mal ganz nüchtern sagen: Im Grunde ist das wirklich nur eine plattgetrampelte Wiese.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Die Uniwiese vor dem Hauptgebäude der Universität ist natürlich auch schützenswert - aber kein Vergleich zum Rheinpark. Der Rheinpark ist so viel schützenswerter als die Uniwiese, dass es mich ein bisschen wundert, dass die Grünen sich nicht durchringen können, dieses Thema hier heute mit abzuräumen.

Wie gesagt, hat der Abwägungsprozess schon in der Bezirksvertretung Innenstadt stattgefunden. Ich persönlich werde der Bezirksvertretung Innenstadt folgen. Das empfehle ich Ihnen auch. Aber Sie können es natürlich gerne auch noch mal im Sportausschuss diskutieren.



Herr Breite, ich wollte Sie nicht verletzen. Das tut mir leid. Aber ich habe halt einfach eine andere Position. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Erst einmal vielen Dank den Vorrednern. Aber ich will auch auf den markanten Beitrag meines sehr geschätzten Uli Breite eingehen. Gegen dich hätte ich nicht gerne Fußball gespielt, und wenn ich das hätte machen müssen, hätte ich mich darauf vorbereitet. Na ja; und da gibt es ja auch noch einen Schiedsrichter. Kollege Breite, lieber Uli, also Ball flach halten. So sagt man das im Fußball. Ball flach halten, auch sprachlich. Uns als Kinderfeinde darzustellen, wenn wir uns hier für ein Kulturgut und ein Landschaftsschutzgebiet einsetzen, geht am Tor vorbei. Das ist ganz klar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber Ratsdebatten sind Ratsdebatten, und ein Spiel ist ein Spiel. Danach geht man dann auch immer wieder zusammen ein Kölsch trinken, wenn man Durst hat. Das ist das, was sportlich ist.

In der Sache selbst finde ich es schon wichtig, dass auch der Kulturausschuss mit eingebunden werden müsste. Es ist ein Landschaftsschutzgebiet, aber auch ein Kulturgut. Übrigens ist es beim Inneren Grüngürtel genauso. Dass er immer außen vor bleibt, wundert mich.

Ich will aber hier daran erinnern, was für eine hervorragende, sachliche, konstruktive und lehrreiche Diskussion wir mit dem Sportamt hatten. Hier möchte ich mich auch noch einmal ganz ausdrücklich bei Herrn Timmer, dem Leiter des Sportamtes, bedanken. Als er zusammen mit seinem Kollegen mit uns diskutiert hat, konnte man merken, wie ernsthaft er zugehört hat. Er hat dann auch gesagt: Na ja; wir nehmen das jetzt mal so mit.

Des Weiteren will ich zur Kenntnis geben, dass dieser Park einen Förderverein hat. Dessen Vorsitzender ist der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Köln, Jürgen Roters. Stellvertretender Vorsitzender ist der ehemalige Bezirksamtsleiter

und Leiter des Grünflächenamtes, Michael Eppenich. Die beiden unterstützen auch nicht das, was da aufgezeigt ist.

Es geht um Erwachsene. Wir wissen: Wenn man so ein Angebot holt, ist das nichts anderes, Uli, als bei Goethes Zauberlehrling, den man ruft und der dann kommt. Ob man ihn dann so gebändigt bekommt? Erwachsene können zehn Minuten flussaufwärts auf den Poller Wiesen bolzen, grillen und auch gerne auch ihr Bier trinken. Aber so ein Park, der zweimal für die Bundesgartenschau da war und der auch - jetzt komme ich wieder darauf - von Konrad Adenauer sehr stark gefördert worden ist und mit ins Leben gerufen worden ist - -

Ich gebe Ihnen allen, die hier sitzen, einen gut gemeinten Rat zu solchen Events. Hier wird immer nur über ein Event gesprochen und diskutiert. In der Altstadt findet eine andere Diskussion von ganz, ich sage mal, hoher Bürgerschaft statt. Darunter sind viele Juristinnen und Juristen. Sie zählen die Veranstaltungen, die da sind. Und das ist eine von vielen. Das wird auch noch eine Diskussion geben.

In dem Sinne: Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Breite. Zweite Runde.

Ulrich Breite (FDP): Ich wollte nur ganz kurz, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie erlauben - lieber Andreas, wenn du auch zuhörst -, aus dem Auszug aus der Niederschrift der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt zitieren. Da ging es um das Thema, und Herr Timmer hat zum Rheinpark ausgeführt - denn du hast gerade nur von Erwachsenen gesprochen und gesagt, dass sie dann schnell umkippen oder trinken -:

Es sollen Turniere, Trainingseinheiten und Workshops für Kinder, Jugendliche Senior*innen, Schiedsrichter*innen, Freizeit- und Breitensportler*innen, Fans, Menschen mit Behinderung, Queere Community u. v. m. angeboten werden.

Um dieses Angebot geht es, um nicht mehr und um nicht weniger. Das wollte ich hier nur klarstellen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich beabsichtige, abstimmen zu lassen wie die Vorlage in der Alternative; der Änderungsantrag von Ratsmitglied Herrn Zimmermann würde dann mitgenommen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Alternative?)

- Ja, wie Vorlage in der Fassung der Alternative, verbunden mit dem Änderungsantrag. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Umsetzungsstand Großmarkt“ AN/0826/2023

Antwort der Verwaltung vom 15.06.2023 1621/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Was ist aus dem Maßnahmenpaket und dem Arbeitskreis ‚Domumgebung‘ von 2007 geworden?“ AN/1376/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2908/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, die Beantwortung ist sehr spät gekommen, erst heute. Können wir das bitte auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung nehmen, damit wir uns das anschauen können?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Natürlich. Gerne. Tut mir leid.

Ulrich Breite (FDP): Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die Rhein-Energie AG?“ AN/1549/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2842/2023

Ulrich Breite (FDP): Darf ich stehen bleiben und das auch für die nächste Anfrage beantragen? Diese Antwort ist noch später gekommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Ulrich Breite (FDP): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Kölner Fest der Demokratie - Prüfergebnis?“ AN/1561/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2873/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die schnelle Beantwortung der recht kurzfristig gestellten Anfrage. - Ich persönlich begrüße Ihre Antwort, dass Sie für das Jahr 2024 mit dem Land NRW in Verbindung stehen, um den ausgefallenen NRW-Tag nachzuholen. Wir haben dazu ja einen Beschluss gefasst, dass wir diesen Tag eigentlich gerne in Köln haben wollen. Es wäre auch das erste Mal. Wir haben ein nachhaltiges Konzept mit auf den Weg gegeben. Das ist alles super.

Meine Idee wäre dann nur - wir feiern da letztendlich auch unseren Verfassungstag -, ob man mit dem Land nicht ins Gespräch darüber kommen kann, dass wir die ganze Demokratie als solche



an diesem NRW-Tag dann in Köln feiern. Wie das ausgestaltet wird, ist natürlich noch einmal etwas anderes. Aber das bitte ich Sie, an das Land mitzugeben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Frage war ja: Kann man mit dem Land dazu ins Gespräch kommen? - Die Antwort lautet: Ja.

Eine weitere Nachfrage gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „B-Plan Erweiterung „RheinEnergie-Sportpark/Modernisierung des Leistungszentrums 1.FC Köln am Geißbockheim“ - Zulassung der Revision durch das Bundesverwaltungsgericht“ AN/1562/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2871/2023

Gibt es Nachfragen?

(Christian Joisten [SPD]: Die schriftliche Antwort folgt aber noch?)

- Nein, die Antwort der Verwaltung liegt vor.

(Christian Joisten [SPD]: Dann nehmen wir sie erst mal mit!)

- Also keine Nachfragen. Okay.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontrolle Schlagbaumschweg“ AN/1565/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2886/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Nachfragen?

(Zuruf von der AfD)

- In die nächste Sitzung.

Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Klimafolgenderstellung in Beschlussvorlagen“ AN/1563/2023

Herr Zimmermann, die Antwort der Verwaltung kann erst zur nächsten Sitzung vorgelegt werden. - Okay. Danke.

Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Teilnahme an Fraktionssitzung gem. der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen u. a. vom 01.04.2023“ AN/1568/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2907/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Nachfragen? - Nachfragen gibt es nicht.

(Zuruf von der AfD)

- In die nächste Sitzung.

Dann rufe ich auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Benennung des Platzes vor dem Schauspielhaus („kleiner Offenbachplatz“) 2379/2022

Zunächst hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Umbenennung des „kleinen Offenbachplatzes“ ist wahrlich kein einfaches. Allein schon der lange Zeitraum, in dem wir uns hier bereits mit der Frage auseinandersetzen, zeigt ja, wie komplex die Gemengelage ist. Man kann sich auch schon ein bisschen fragen, wieso es denn so lange dauert. Platz- und Straßenbenennungen sind doch in dieser Stadt eigentlich ein geübter Vorgang, und die Bezirksvertretungen haben Erfahrung und Kompetenz in dieser Angelegenheit.

Doch bei diesem Platz ist es anders. Es geht hier nicht um die Frage: Finden wir als Rat, dass der Platz vor dem Schauspielhaus in Dirk-Bach-Platz



umbenannt werden soll? Es geht für uns um die Frage: Sind wir hier als Rat überhaupt zuständig?

Wir setzen uns im Hauptausschuss des Öfteren mit der Frage auseinander, ob der Bezirk oder der Rat zuständig ist. Auch auf den Ratstagesordnungen haben wir, wie gerade eben, unter dem TOP „Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen“ Beschlussvorlagen, falls Bezirke ihre Beschlusskompetenzen überschritten haben und der Rat das eigentliche Entscheidungsgremium ist. Es sollte also alles klar geregelt sein, sollte man meinen.

In der letzten Wahlperiode wurde in der Kommission zur Stärkung der Bezirke lange darum gerungen, für welche Straßen und Plätze denn die Bezirksvertretungen zuständig sind und für welche der Rat zuständig ist. Aus dem Abgrenzungskatalog wurden Straßen herausgenommen und wieder hinzugefügt, und am Ende gab es ein Ergebnis. Doch über die Verbindlichkeit dieses Katalogs und darüber, ob er abschließend gilt oder nicht, wird immer wieder gestritten - nicht nur am Offenbachplatz und nicht nur in der Innenstadt.

Wir als Grüne sind bei diesem Platz hier der Meinung, dass dieser in die Kompetenz der Bezirksvertretung gehört und wir als Rat nicht zuständig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der FDP)

Da aber unser Antrag auf Verweisung zur Entscheidung in die Bezirksvertretung wahrscheinlich keine Mehrheit in diesem Gremium finden wird, haben wir uns als Fraktion natürlich auch mit der Frage auseinandergesetzt: Können wir dieser Verwaltungsvorlage denn folgen oder nicht?

Nach einer langen und intensiven Debatte hat sich unsere Fraktion mehrheitlich für den Hauptvorschlag der Verwaltung ausgesprochen, die bisher unbenannte Fläche dem Offenbachplatz zuzuschlagen - wobei es aus unserer Sicht schon immer der Offenbachplatz war und es überhaupt nicht den „kleinen Offenbachplatz“ und den „großen Offenbachplatz“ gibt, sodass es eigentlich gar keiner Neu- oder Umbenennung bedürfte.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte um die Neu- und Umbenennung von Plätzen kann ein emotionales Thema sein. Es ist gut, dass hier leidenschaftlich diskutiert wird. Denn Plätze sind mehr als nur eine Adresse, eine Anschrift. Sie sind identitätsstiftend und stadtprägend. Genau deswegen sollte eine

solche Debatte auch immer sachlich geführt werden. Gegenseitige Vorwürfe von Homofeindlichkeit oder Antisemitismus sind in dieser Sache vollkommen unangebracht

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der FDP)

und stärken am Ende nur die falschen Kräfte im Rat und in dieser Gesellschaft. Denn was uns doch eint, ist, dass Dirk Bach es mehr als verdient hat, dass ein Platz nach ihm benannt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der FDP)

Ich kann daher nur an alle Beteiligten appellieren, dass dies dann ein würdiger Platz wird, der den Namen „Platz“ auch verdient. Und wenn dieser Platz erst geschaffen werden muss, dann soll er eben geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Der in Rede stehende Platz vor der Filmdose muss doch umgestaltet werden. Noch ist es nur eine Kreuzung. Aber vielleicht ist es ja auch eine Lösung, bei der Umgestaltung die Erinnerung an Dirk Bach mit einzubeziehen und hieraus einen besonderen Platz zu machen, der mehr ist als der typisch kölsche Platz mit viel Beton und einem kleinen Baum.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein glückliches Händchen beim weiteren Vorgehen und bei allen Neu- und Umbenennungen, die uns noch bevorstehen. Lassen Sie uns dabei gemeinsam an einem Strang ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze: Unsere Fraktion sieht die Rechtslage etwas anders. Wir folgen der Einschätzung der Verwaltung. Wir glauben, dass in dieser Frage der Rat der Stadt Köln zuständig ist - also wir.

Wir sind auch bereit, heute eine Entscheidung zu treffen - eine Entscheidung, die in der Tat so, wie die Verwaltung das vorschlägt, auch sehr respektvoll mit dem Andenken an Dirk Bach umgeht und

die Verwaltung beauftragt, hier eine geeignete und respektvolle Lösung zu finden.

(Zuruf von Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen])

- Immer ruhig bleiben, Herr Klemm; alles gut.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es war nur anders vereinbart!)

- Ja, ja.

In der Folge - das ergibt sich ja aus meinen Ausführungen - sind wir in der Tat der Meinung, dass dies auch ein Platz in Gänze ist. Der Platz sollte auch in Gänze bestehen bleiben und dem Andenken an Jacques Offenbach dienen. Es soll gar keinen Wettlauf geben zwischen Personen, derer wir gedenken wollen.

Insofern schlagen wir vor, dem Verweisungsantrag nicht zu folgen. Wir folgen dem Hauptvorschlag der Verwaltung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 26. September 1957 wurde der Offenbachplatz mit Ratsbeschluss für den Vorplatz des Neuen Theaters als dieser benannt. Damals hat man sich noch gegen eine Benennung der bis heute unbenannten kleinen Platzfläche entschieden. Damals lautete die Begründung: fehlende Bedeutsamkeit des Platzes.

Städte verändern sich, und so hat sich auch die Bedeutung dieses kleinen Platzes verändert, nicht zuletzt auch durch architektonische und städtebauliche Entwicklungen, vor allem aber durch den Alltag der Kölnerinnen und Kölner. So wurden sowohl der „kleine Offenbachplatz“ als auch der „große Offenbachplatz“ städtebaulich wie architektonisch als zusammenhängender Ort definiert und so auch von unseren Bürgerinnen und Bürgern angenommen. Im Volksmund entstand schnell die Bezeichnung „kleiner Offenbachplatz“.

Nicht zuletzt die in dieser Ratsperiode installierten Möblierungen auf dem „kleinen Offenbachplatz“ haben den Platz so aufgewertet, dass hier heute

beschlossen werden soll, dass dieser ausdrücklich auch formal in die Benennung mit eingeschlossen werden soll. Das begrüßen wir sehr.

Doch nicht nur die städtebauliche Gesamtbeurteilung des Platzes führt uns zu dem Entschluss, dass wir ihn als Offenbachplatz begreifen sollten. Wir finden auch, dass es aufgrund der Vorgaben, die der Städtetag macht - denn auch er hat sich in einem Leitfaden dazu geäußert, wie Städte und Plätze benannt werden sollten -, ganz klar Orientierung bietet. Denn hier wird ganz konkret gesagt: Platzbenennungen dienen in erster Linie der Orientierung und der Auffindbarkeit aller Liegenschaften.

Besucherinnen und Besucher, die in Zukunft das Schauspielhaus besuchen wollen, wollen zum Offenbachplatz. Wir hoffen natürlich, dass es bald auch den Besuch wert sein wird und eröffnet wird.

Die Kommunen sollten darüber hinaus noch einen zweiten Hinweis besonders beachten, der mir sehr zentral zu sein scheint: Die Namensgebung sollte gegenüber dem kommunikativen Alltagsgedächtnis der Bürgerinnen und Bürger bestehen. Das bedeutet: In der Mundart der Bürgerinnen und Bürger ist es der Offenbachplatz, der „kleine Offenbachplatz“. Insofern folgen wir auch hier den Vorschlägen der Verwaltung, das als ganzen Offenbachplatz zu begreifen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über Zuständigkeiten will ich nicht diskutieren. Das hat die Verwaltung sehr überzeugend dargelegt.

In ihrem zweiten Vorschlag schlägt sie uns vor, dass die Stadtverwaltung einen geeigneten Platz für die Benennung nach Dirk Bach vorschlagen möge. Dirk Bach war jemand, der stets Wert darauf legte, nicht elitär zu erscheinen und auch durchaus kontrastierend zum oft bildungsbürger-tümlich auftretenden Kulturbetrieb wirken wollte.

Auch das *Rolling Stone*-Magazin macht darauf aufmerksam, dass Dirk Bach zwei zentrale Orte in Köln prägte. Das war erstens die Filmdose; also wäre der Platz vor der Filmdose zentral. Zweitens war das - weiß es jemand? - sorry, Lehrerin - die Studiobühne, die Studiobühne in der alten Mensa. Bekanntermaßen ist sie da ja nicht mehr.

Welchen Platz nehmen wir also? Wir nehmen den Platz vor der Filmdose -



(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

eben nicht vor dem vermeintlich neuen Altar der Kölner Kulturschaffenden, sondern direkt vor Ort bei uns im Veedel. Das darf ich sagen; ich wohne um die Ecke. Dort bei uns, wo Dirk Bach an der Theke gestanden hat, wo er sich auch zu Hause fühlen würde und wofür er mit beachtlichem sozialen Engagement eingetreten ist -

(Beifall bei der SPD)

in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schaafenstraße und zum ehemaligen Quartier der Aidshilfe Köln.

Ja, es gibt insgesamt wenige Plätze in der Mitte Kölns, die jetzt noch benannt werden können. Aber jener am Treffpunkt von Zülpicher Straße und Dasselstraße ist ein zentraler davon.

Wir wollen gleichzeitig mit der Benennung, die wir der Verwaltung hier vorschlagen, die damit einhergehende Öffentlichkeit für diesen Platz - gerade weil er erst noch erschlossen werden muss - öffnen und dahin auch eine klare Markierung setzen: Dieser Ort sollte im Sinne Dirk Bachs erschlossen und aufgewertet werden.

Eine persönliche Bemerkung sei mir noch erlaubt. Die Debatte um Namen ist wichtig. Sprache schafft Realität. Ich würde mir aber in Zukunft wünschen, dass wir mit der gleichen Verve auch über die Gestaltung, die Öffnung, die Barrierefreiheit, die Sauberkeit und die kulturellen Potenziale unserer Plätze sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen also dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Stellen Sie denn einen Ergänzungsantrag, den Platz an der Filmdose zu benennen?

Maria Helmig (SPD): Ach so. Verzeihung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Oder wie darf ich das Interpretieren?

Maria Helmig (SPD): Vielen Dank, dass Sie fragen. - Das ist der Vorschlag, den mein Ortsverein vor vielen Jahren auf den Tisch gebracht hat, der

in unserer BV mit ganz viel Engagement vertreten wurde und der weiterhin der inhaltliche Vorschlag bleibt. Wir sind aber natürlich trotzdem offen, wenn die Verwaltung weitere Plätze identifizieren möge. Ich stelle hier heute keinen Änderungsantrag, sondern verweise auf die Beschlusslage meiner Gremien und meiner Bezirksvertretung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das soll also mit geprüft werden?

Maria Helmig (SPD): Ja. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Verweisungsantrag in die Bezirksvertretung Innenstadt können wir zustimmen. Allerdings gehen wir auch davon aus, dass er möglicherweise keine Mehrheit findet. Oder sagen wir mal: Wir haben natürlich diskutiert, was wir machen, wenn er keine Mehrheit findet. Wir vertreten die Beschlussalternative.

Ich möchte zunächst anhand der Person und der Arbeit von Dirk Bach begründen, warum ich den Platz vor dem Schauspielhaus für den richtigen Ort für einen nach ihm benannten Platz halte, und zweitens natürlich zu der Frage „kleiner/großer Offenbachplatz“ etwas sagen.

Wer sich mit der Person und dem Lebenswerk von Dirk Bach beschäftigt, findet viele Gründe, warum der Platz zentral in der Stadt vor dem städtischen Theater nach ihm benannt werden sollte. Der gebürtige Kölner war festes Mitglied des Ensembles des Kölner Schauspielhauses und nach den herkömmlichen Grenzziehungen sowohl im ernsten als auch im komischen Theaterfach zu Hause. In Köln hatte er - das ist bereits erwähnt worden - natürlich seinen Durchbruch im Theater in der Filmdose. Er stand aber auch auf weiteren Bühnen, unter anderem auf der des Millowitsch-Theaters.

Er ist also eine sehr unkonventionelle Künstlerpersönlichkeit und steht für ein Crossover, eine Mischung und Verbindung von sogenannter Hochkultur und sogenannter leichter Muse. Damit

führte er Gruppen und kulturelle Milieus zusammen, die bis dahin in den 70er-/80er-Jahren streng getrennt waren. Mit der Dirk-Bach-Show sowie weiteren Produktionen im Fernsehen wurde er in ganz Deutschland bekannt und populär.

Hervorzuheben ist weiterhin sein gesellschaftspolitisches Engagement für die Rechte von Lesben und Schwulen. Er war Mitglied des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland und beteiligte sich an dessen Aktionen. Dirk Bach war Ehren- und Beiratsmitglied der Aidshilfe Köln. Das Begegnungscafé der Aidshilfe für HIV-Infizierte und Nichtinfizierte wurde deshalb nach ihm „Café Bach“ benannt. Das 1996 von Dirk Bach und Rita Süßmuth eingeweihte „Lebenshaus“, ein Hospiz für Aidskranke, trägt seit 2013 seinen Namen.

Durch diese und weitere schauspielerische und gesellschaftspolitische Aktivitäten steht es für unsere Fraktion außer Frage, dass es höchst angemessen ist, einen Platz in der Kölner Innenstadt und gerade auch vor dem Schauspielhaus nach ihm zu benennen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen
des Bündnisses 90/Die Grünen)

Diese Platzfläche - das wurde hier bereits diskutiert; wir deuten das aber anders - führte über Jahrzehnte insofern gegenüber dem „großen Offenbachplatz“ ein gewisses Eigenleben, als dass sie einige Jahre ein Parkplatz war und erst 1962 ein Platz für die Fußgängerinnen und Fußgänger wurde. In Ermangelung eines eigenen Namens wurde sie - das wurde erwähnt - über Jahre der „kleine Offenbachplatz“ genannt, in Abgrenzung zum großen Platz vor der Oper. Diese Alltagsbezeichnung vollzog nach, dass der Platz vor dem Schauspielhaus tatsächlich von drei Seiten von Gebäuden begrenzt ist und die Öffnung zum Offenbachplatz oder „großen Offenbachplatz“ hin den Charakter eines Durchganges hat.

Auch die Verwaltung stellt daher in der heutigen Beschlussvorlage auf Seite 4 fest, formal sei die Platzfläche vor dem Schauspielhaus bisher kein Teil des Offenbachplatzes; eine Benennung wäre möglich.

Aufgrund der Verdienste von Dirk Bach und bei Berücksichtigung der Geschichte der Platzfläche halten wir es also für überfällig, diesem Platz im Zentrum der Stadt vor dem Theater den Namen „Dirk-Bach-Platz“ zu verleihen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen
des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben an der Debatte schon gesehen, über welche verschiedenen Themenfelder wir anlässlich dieser Vorlage reden.

Die erste Frage ist die Frage der Zuständigkeit. Da bin ich anderer Meinung als der Kollege Hammer. Ich bin schon der Meinung, dass der Rat für solche Benennungen zuständig ist. Wir haben uns auch schon einmal, lieber Herr Hupke, in dem Gespräch, das es da bereits gegeben hat, auseinandergesetzt. Wenn überbezirkliche Einrichtungen an einer Straße oder einem Platz liegen - wie der Bahnhofsvorplatz, der Rathausplatz, das Opernhaus oder das Schauspielhaus -, müsste nach meiner Meinung eigentlich der Rat zuständig sein. Herr Hupke, Sie haben in dem Gespräch ja gesagt, dass die Bezirksvertretungen bisher sehr verantwortungsvoll mit den Platzbenennungen umgegangen sind. Wenn das auseinanderfallen sollte, müssten wir hier noch einmal über die Zuständigkeitsordnung reden und das aus meiner Sicht entsprechend klarstellen.

Das Zweite ist die Frage: Über wie viele Plätze reden wir da eigentlich? Über wie viele Namen reden wir jetzt eigentlich? Frau Helmig hat das hier sehr schön auch geschichtlich aufgerollt. Jetzt wird in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen, das zu klären, indem man es dem Offenbachplatz zuschlägt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich hätte es lieber getrennt gelassen. Ich hätte ihn lieber als „Platz am Schauspielhaus“ benannt, um das einmal deutlich zu machen. Auch der Vorwurf, den es gegeben hat, ist aus meiner Sicht - das ist von Lino Hammer schon richtig gesagt worden - vollkommen abwegig, da irgendetwas gegen Offenbach, irgendetwas Antisemitisches hineinzupretieren. Das sollte man einfach deutlich machen. Wir haben natürlich das Problem, dass wir in dieser Stadt zu wenige Plätze haben für zu viele Persönlichkeiten, die wir gerne ehren würden.

Damit sind wir im Grunde bei der letzten Frage, nämlich: Wo ist der richtige Platz für Dirk Bach? Da bin ich nun als schwuler Mann sicherlich unverdächtig, ihn in irgendeiner Form in dieser Frage diskriminieren zu wollen. Ganz im Gegenteil: Ich habe seine Cover-Me-Partys besucht und sein Engagement für das Lebenshaus-Projekt verfolgt. Es ist gerade schon sehr ausführlich dar-

gestellt worden. Aber es geht natürlich auch darum, zu gucken: Wo ist der richtige Ort, um das zu machen? Wie ist die Wertigkeit?

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mit Blick auf die Wertigkeit tut mir unser Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger etwas leid, der auf der zugigen Rampe der Hohenzollernbrücke mit einem Platz gewürdigt wurde,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

weil wir einfach nichts anderes gefunden haben. Und jetzt wird der Platz vor dem Schauspielhaus nach einem durchaus verdienten Bürger dieser Stadt benannt. Da passt irgendetwas nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen spielt diese Wertigkeit eine Rolle. Daher finde ich es auch schade, wenn man den Platz vor der Filmdose hier so schlecht macht. Vielmehr es ist folgendermaßen: Da gibt es eine neue Verkehrssituation. Das ist doch mitten im Veedel drin, wie Frau Helmig richtig gesagt hat. Diesen Platz müssen wir doch so gestalten und so aufwerten, dass er ein würdiger Platz auch für Dirk Bach wird.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Autofreier Platz!)

Das sind doch Dinge, die man dann entsprechend gestalten kann.

Insofern werden wir uns heute gegen eine Verweisung in die Bezirksvertretung und für die Verwaltungsvorlage entscheiden und dann hoffentlich damit diesen Konflikt einigermaßen friedlich lösen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Zuschauer im Saal - da ist keiner mehr - und im Stream! Dirk Bach hat sich mit seinem sozialen Engagement, seiner außergewöhnlichen Persönlichkeit und seinem Einsatz für die homosexuelle Community und gegen Aids seinen Platz im Kölner Stadtbild für die Ewigkeit mehr als verdient.

In Köln gibt es hingegen einige Straßen und Plätze, die nach Personen benannt wurden, deren Würdigungen aus heutiger Sicht als fraglich bis unakzeptabel angesehen werden. Glücklicherweise hat die Verwaltung zu solchen Straßen bereits einen Prozess angestoßen, der zur Aufklärung der Bevölkerung führt oder in eine Umbenennung münden wird. Hierfür geht noch einmal herzlicher Dank an die Verwaltung.

Nun gibt es in Köln aber auch Plätze, die nach Menschen benannt werden, deren Leben in der Vergangenheit wie heute gewürdigt werden sollten. Dazu gehört die Ehrung von Jacques Offenbach, dessen Werke als historisches Zeugnis für das jüdische Leben in Köln gelten und dazugehören. Die Würdigung von Dirk Bach sollte nicht in Konkurrenz zur Würdigung von Jacques Offenbach stehen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

- Danke. - Solch eine Debatte wird beiden Persönlichkeiten nicht gerecht.

Daher begrüßen wir als Voltfraktion es, dass der „kleine Offenbachplatz“ ganz offiziell Teil des „großen Offenbachplatzes“ wird und dass dieser Vorschlag hier von der Verwaltung gekommen ist.

Für Dirk Bach muss und wird ein geeigneter Ort gefunden werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Verwaltung einen Platz finden wird. Bei der charakterlichen Größe Dirks Bachs muss dieser Platz auch ein Platz sein, der dem gerecht wird.

Vielleicht - egal, wie der Platz vor der Filmdose später aussehen wird - sollten wir uns bei der Suche nicht nur auf versiegelte Fläche beschränken, sondern auch Parks mit einbeziehen. Ich persönlich kannte Dirk Bach leider nicht. Aber ich bin überzeugt, dass eine grüne Begegnungsstätte, zum Beispiel als Dirk-Bach-Park, Herrn Bach sicherlich gefallen hätte. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es jetzt nicht leicht. Aber ich begrenze mich auf den Beschluss der Bezirksvertretung und sage nichts zu meiner persönlichen Meinung zu



der ganzen Diskussion. Da gibt es in der Zukunft noch genügend Möglichkeiten, sie auch kundzutun, dann aber auch mit der entsprechenden Empathie.

Vorweg will ich als jemand, der erst mit 21 wählen durfte, sagen: Es gab am 28. Oktober 1969 den Spruch „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandt. Das war der Einfluss der 68er. Daraus ging aber auch einiges hervor - unter anderem die Grünen, aber auch die ganzen Initiativenbewegungen sowie die Wertschätzung gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement. Dieser Anspruch von Willy Brandt ist zeitlos.

Was ist in diesem Zusammenhang noch entstanden? Eine kommunale Neugliederung. Sie resultiert nicht aus dem Ausspruch, aber ist 1975 gewesen. Seitdem gibt es die BVen. Damals war die politische Überlegung - die sehr klug war -, dass wir diesen ganzen Protest kanalisieren, aber auch näher an die Menschen herangehen, weil der Rat damals sehr erratisch entfernt vom Volke war.

Jetzt kann ich nur sagen, um auch mal Fahrt aufzunehmen: In der ganzen Geschichte der BVen, seitdem es sie in Köln gibt - jetzt hätte ich bald gesagt: in der Bundesrepublik Deutschland -, ist das der erste Fall und das erste Mal, wo der Rat der Stadt Köln hingeht und sagt: BV, dafür bist du nicht zuständig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das erste Mal. Ich bin übrigens auch Sprecher aller Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und kenne mich auch in der Sache aus.

Wenn man einen Platz nicht will, dann sollte man sich nicht auf formale Argumente, Schienen usw. beziehen, sondern es einfach glasklar sagen. Das ist ganz wichtig.

Dann kommt man auch noch mit solchen Argumenten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wohne da fast 50 Jahre - Zülpicher Straße, Kyffhäuserstraße, Dasselstraße, Moselstraße, Meister-Gerhard-Straße. Da soll ein Platz entstehen, in Köln? Sorry! Ich erinnere an die Diskussion, die wir gehabt haben. Dann legen Sie da mal den ganzen Autoverkehr lahm bzw. holen Sie ihn raus! Wenn der Rat das macht, dann bin ich der Erste, der hier steht und sagt: Das wäre ein Dirk-Bach-Platz.

Allerdings wird man seiner Charakterdarstellung in seinem ersten Fach und dem, was er im Schauspiel in der Ära Krämer geleistet hat, damit

gar nicht gerecht. Er wird ja immer mit der Film-dose in Verbindung gebracht und darauf reduziert. Das ist einfach unehrlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, die sich für eine solche Stern-Kreuzung einsetzen und dafür eintreten, dass da ein Platz hinkommt: Das ist nicht fair.

Jetzt gebe ich noch kurz vor Schluss Ihnen allen mit: Es ist ja nicht so, dass wir uns das haben einfallen lassen und das möchten oder den Rat ärgern und uns etwas anmaßen.

Dieser Platz ist ja vom Schauspiel vergessen worden. Wenn die Feuerwehr zum Offenbachplatz alarmiert wird, fährt sie übrigens immer zur Oper und nicht zum Schauspiel.

Das war eine Bürgerinnen- und Bürgereingabe der Aidshilfe und des Centrums Schwule Geschichte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dem haben wir entsprochen.

In diesem Zusammenhang kann ich nur daran erinnern, dass hier in der aktuellen Stunde - das hat mir unglaublich gut gefallen - das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement gelobt wurden. Das ist ein Pfeiler unserer Demokratie. Und hier wird das so abgebügelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Fairness halber sage ich hier dazu - das gehört sich so, auch wenn man unterschiedliche Meinungen hat -: Wir haben einen Rechtsstaat, und wir haben einen Anwalt. Wir haben den Beschluss: Rechtsberatung mit Option auf Klage. Die Klage wird jetzt rausgehen. Dann streiten wir uns. Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Hoffentlich meint es Gott mit den Antragstellern der Aidshilfe, mit dem Centrum Schwule Geschichte und mit der Bezirksvertretung gut, sodass wir gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Sie wissen ja, dass ich mich immer auf formale Gesichtspunkte zurückziehen muss. Ich möchte mich auch an dieser Stelle nicht in die inhaltliche



Diskussion einbringen. Sonst geht es ja ganz durcheinander. Das ist bei dem Souverän natürlich etwas anderes. Sie können Dinge politisch bewerten. Ich muss sie formal bewerten.

Deswegen möchte ich nur, bevor ich gleich die Abstimmung durchführe, Folgendes mitteilen: Wenn der Antrag auf Verweisung in die BV Innenstadt hier eine Mehrheit bekommt, hätte ich diesen Beschluss zu beanstanden. - Sonst würde ich mir ja selber nicht treu bleiben. Ich wollte Ihnen das nur sagen. Davon müssen Sie dann ausgehen. Das müssen Sie einfach wissen. Das meine ich auch nicht persönlich oder so. Aber ich widerspreche mir ungern selbst. Wenn ich Dinge einsehe, dann ist es so. Hier kann mich aber, glaube ich, auch der angekündigte Anwalt, den ich seit mehr als 20 Jahren kenne und duze, nicht überzeugen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung und lasse zunächst darüber abstimmen, ob in die Bezirksvertretung 1 verwiesen werden soll zum Beschluss darüber, wie die Namensgebung erfolgt. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel, Herr Zimmermann, Frau Syndicus und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann hat dieser Verweisungsantrag keine Mehrheit bekommen.

Deswegen lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich komme jetzt zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Anpassung der Satzung Private Spielflächen für Kleinkinder an die Landesbauordnung NRW 2018 3400/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage

in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Kaiser-Wilhelm Ring
Arbeitstitel: Werbesatzung D der Kölner Ringstraßen - Kaiser-Wilhelm Ring
1086/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Hohenzollernring

Arbeitstitel: Werbesatzung E der Kölner Ringstraßen - Hohenzollernring
1087/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Friesenplatz

Arbeitstitel: Werbesatzung F der Kölner Ringstraßen - Friesenplatz
1088/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.5 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Rudolfplatz

Arbeitstitel: Werbesatzung G der Kölner Ringstraßen - Rudolfplatz
1089/2023



Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.6 Sammelbeschluss zu den Satzungen über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln bezüglich der Kölner Ringstraßen mit Ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Teil A Theodor-Heuss Ring, Teil B1 Ebertplatz, Teil B2 Eigelstein, Teil C Hansaring 1540/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Das sind Kenntnisnahmen. Wir beginnen mit:

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 1850/2023

Wünscht jemand, keine Kenntnis zu nehmen oder sich dazu zu Wort zu melden? - Niemand. Dann ist Kenntnis genommen.

Weiter geht es mit:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten erhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Beschaffung von Fahrzeugen des Brand-schutzes 1628/2023

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Wort-meldungen? - Keine. Wünscht jemand, das nicht

zur Kenntnis zu nehmen? - Niemand. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Umbau der Kreuzung Luxemburger Straße/Eifelwall hier: Mitteilung über die Erhöhung der In-vestitionsauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO NRW i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2023 1823/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen gegen die Kenntnisnahme? - Keine. Enthaltun-gen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.3 Römisch-Germanisches Museum - vor-gezogene notwendige Sanierung der Ab-dichtung über der Dombauhütte und über der Trafostation der RheinEnergie sowie notwendige Sanierungsmaßnah-men der Decke 1876/2023

Auch hier frage ich: Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen gegen die Kenntnisnahme? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so be-schlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.4 Sanierung des Rheinparkcafés 2260/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch das neh-men wir zur Kenntnis. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so be-schlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.5 Sanierung der Bewässerungsleitungen inkl. der Nebenleitungen und Bau eines Grundwasserbrunnens in der Flora/Botanischer Garten 2304/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wünscht je-mand, das nicht Kenntnis zu nehmen? - Auch das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.6 Baumaßnahme Alte Schule Widdersdorf 2056/2023



Hier nehmen wir es in der Fassung der Anlage 1 zur Kenntnis.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.3 Entwurf des Jahresabschlusses 2021 2387/2023

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2021/2022 des Gürzenich-Orchesters Köln 1145/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Kulturraumzentrum Niehl (Delmenhorster Str. 20), Freigabe der restlichen investiven Auszahlungsermächtigungen für den Umbau 1932/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 2076/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2022

2267/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.6 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Bau der zusätzlichen Stadtbahnhaltestellen Niehl Straße/Gürtel und Boltensternstraße/Gürtel der Linie 13 0152/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1602/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1609/2023

Wortmeldungen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Machen wir es nach den Änderungsanträgen, oder machen wir es nach Größe der Fraktionen?)

- Wir machen es nie nach den Änderungsanträgen. - Bitte sehr.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der zügige Ausbau des ÖPNV ist eine wichtige Säule der Verkehrswende. Der Bau der beiden neuen Haltestellen ist deshalb nur zu begrüßen. So ermöglichen wir Bürger*innen einen schnellen Zugang zum ÖPNV.

Besonders freut mich, dass die Verwaltung an der Haltestelle Boltensternstraße sowohl Aufzüge als auch Rampen plant, obwohl nur eine dieser Maßnahmen gefördert werden kann. So stellen wir sicher, dass diese wichtige Haltestelle auch bei Aufzugstörungen jederzeit barrierefrei erreichbar ist.

Auch freut mich, dass die Verwaltung die Anregungen aus der Bürgerbeteiligung in die Planungen aufgenommen hat, zum Beispiel, indem der Radschnellweg durch eine Unterführung vom Fußweg getrennt wird. - So viel zu schönen Teil.

Nun komme ich zum Änderungsantrag der SPD. Was Sie hier vorlegen, ist die Quadratur des Kreises. Einerseits fordern Sie, dass es keine Verzögerung geben darf; andererseits überfrachten Sie ein laufendes Projekt zum ÖPNV-Ausbau mit dem Bau von Parkplätzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie schreiben zwar, dass die Planungen nicht verzögert werden sollen. Aber wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie natürlich, dass eine ernsthafte Prüfung von Quartiersgaragen unter der Hochbahn ein komplexes und zeitintensives Unterfangen ist. Solange nicht klar ist, wie die Quartiersgaragen in die Haltestellen integriert werden, können die Haltestellen auch nicht weiter geplant werden.

Nicht nur verzögern Ihre Vorschläge den ÖPNV-Ausbau; Sie schlagen auch Flächen vor, die denkbar ungünstig für den Bau von Quartiersgaragen sind. Es sind schon einige Projekte unter Brücken an den Brandschutzaufgaben gescheitert. Beim Wohnmobilbrand unter der Hochbahn 2017 haben wir erfahren, welche Gefahren von parkenden Autos für die Hochbahn ausgehen. Außerdem schreiben Sie selbst, dass die Hochbahn saniert werden muss. Das heißt: Wir binden den Bau der Quartiersgaragen an eine Sanierung, obwohl noch nicht einmal klar ist, wie umfangreich diese Sanierung sein wird.

Der Platz an der Niehler Straße ist auch bereits verplant. Hier sollen im Rahmen des Grünzugs Nippes dringend notwendige Erholungs- und Sportanlagen gebaut werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch schon bei dieser Vorlage wollten Sie lieber Blech als Breitensport. Mit dieser Forderung sind Sie in der Bezirksvertretung unterlegen und versuchen es nun hier durch die Hintertür.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Haltestelle Boltensternstraße liegt auf einem Damm. Das heißt: Wenn wir dort ein Parkhaus bauen wollen, müssen wir den Damm aushöhlen, während obendrüber die Straßenbahnen fahren.

Die einzige Möglichkeit, die nötigen Betonkonstruktionen in den Damm zu bekommen, ist, die Garage neben dem Damm zu bauen und dann in den Damm zu verschieben - eine absolute Wahnsinnsaufgabe, die nicht nur unfassbar viel Geld kosten wird, sondern auch beim Bau den Verkehr auf der Boltensternstraße für lange Zeit zum Erliegen bringen wird.

Aber auch wir wollen Quartiersgaragen bauen. Die Bezirksvertretung Nippes hat bereits Flächen identifiziert, die sich dafür eignen. Statt unter einer sanierungsbedürftigen Hochbahn oder in einem Bahndamm sollen Quartiersgaragen am Nippeser

Tälchen und auf dem Parkplatz direkt neben der Haltestelle Boltensternstraße gebaut werden. Statt Fantasiebauten hat die BV Nippes Möglichkeiten aufgezeigt, wo Quartiersgaragen realistisch sind.

Genau darauf setzen wir mit unserem Änderungsantrag. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu - für eine realistische Perspektive. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer im Livestream! Wir begrüßen den Bau der zusätzlichen Stadtbahnhaltestellen. Das ist dringend erforderlich. Die Fachdebatte dazu haben wir im Verkehrsausschuss geführt. Ich kann die Worte meines Vorredners Lars Wahlen nur unterstreichen und es nicht schöner formulieren. Deswegen gehe ich nicht weiter darauf ein.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da passt kein Blatt dazwischen!)

- Nein, zwischen uns passt kein Blatt; genau.

Gleichzeitig freue ich mich aber auch darüber, lieber Lukas Lorenz, dass die SPD mit ihrem Änderungsantrag auch ein wichtiges Thema eingebracht hat, nämlich den Bau von Quartiersgaragen. Meine Fraktion ist der Auffassung - es freut mich auch, dass wir im Bündnis da gleicher Meinung sind -, dass es genau jetzt erforderlich ist, den Bau einer Quartiersgarage konsequent voranzutreiben.

Die Tatsache, dass im Bezirk Nippes viele Parkplätze wegfallen - es sind mehr als 250 -, ist offensichtlich. Das bedeutet aber auch, dass wir uns darum kümmern müssen. Denn nur durch den Wegfall von Parkplätzen lösen sich die Autos nicht in Luft auf. Unser Ziel ist, dass der ruhende Verkehr aus dem öffentlichen Raum in die Quartiersgaragen verlagert wird oder andere intelligente Lösungen gefunden werden.

Genau jetzt ist der Zeitpunkt, dass sich die Verwaltung ernsthaft und zeitnah mit dem politischen Willen befassen muss, die Quartiersgarage zu realisieren, und zwar dort, wo besonders viele Parkplätze wegfallen.



Das ist auch der Unterschied zwischen uns. Wir wollen nicht den Standort einschränken. Aus technischen Gründen ist eine Errichtung unter der Hochbahn nicht möglich; Lars Wahlen hat dazu schon ausgeführt.

Deshalb sagen wir: Liebe Verwaltung, schau doch, wo tatsächlich der Bedarf da ist. Dort, wo die meisten Parkplätze wegfallen, muss man schauen, ob man eine Quartiersgarage, oberirdisch oder unterirdisch, realisiert. Da warten wir einfach einmal auf adäquate Vorschläge.

Ich bin der Auffassung, dass der Bau der Quartiersgarage weder die Planung zum Grünzug Nippes gefährden darf noch die dringend erforderliche Ertüchtigung des Busparkplatzes am Kuhweg. Den hatten wir im Juni dieses Jahres vorangebracht. Auch dort ist die Infrastruktur für unsere Touristen, die mit dem Reisebus in unsere schöne Stadt kommen, dringend erforderlich.

Da wir seriös unterwegs sind, haben wir auch gleich die Finanzierung genannt.

Ich betone, lieber Herr Egerer: Betrachten Sie bitte unseren Änderungsantrag als Auftrag. Mit diesem Projekt können Sie Willen und Motivation zeigen, endlich die Quartiersgarage zu realisieren, und zwar dort, wo sie dringend notwendig ist.

Ich freue mich auf eine breite Zustimmung und hoffe, dass die SPD auch diesem Änderungsantrag folgen kann.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es vorweg gesagt zu haben: Auch wir freuen uns selbstverständlich darüber, dass die Boltensternstraße und die Niehler Straße endlich an das Stadtbahnnetz angeschlossen werden. Endlich wird diese klaffende eklatante Lücke auf der Linie 13 geschlossen.

Wir danken der Verwaltung hier für die zügige und wirklich gute Arbeit an dieser Stelle.

Allerdings fallen aufgrund von Beschlüssen auch dieses Hauses bald 250 Parkplätze direkt am Bezirksrathaus Nippes weg.

An dieser Stelle möchte ich natürlich kein Hehl draus machen, dass wir ursprünglich für den Weiterbau des Gürtels waren und damit die Anwohnerinnen und Anwohner an der Friedrich-Karl-Straße entlasten wollten.

Aber zurück zum Thema: Dieses Bündnis vernichtet ohne Maß und Mitte, ohne wirklichen Ersatz, ohne einen Plan immer weiter Parkplätze für den Autoverkehr.

(Zurufe)

Um uns nicht falsch zu verstehen: Ja, der öffentliche Raum gehört uns allen. Aber zahlreiche Menschen brauchen leider immer noch das Auto oder denken, es brauchen zu müssen. Wir fordern einen Plan, Ersatzflächen für Parkplätze, die im öffentlichen Raum wegfallen, echte Veedelsgaragen für alle Mobilitätsformen, wie die Mehrheit in diesem Hause.

Geschehen ist aber nichts. Es gibt noch nicht einmal eine Stelle, die sich planerisch oder organisatorisch um die Erstellung von Veedelsgaragen kümmert.

Das ist ausgesprochen peinlich - vor allem deswegen, weil das Geld aus Stellplatzablösemitteln im Grunde vorhanden ist. Dieses Geld wird aber nicht für Stellplätze genutzt, sondern für völlig blödsinnige Fahrradtürme irgendwo in Weiden-West, deren Ersteller anschließend nicht mehr auffindbar sind. Das finde ich peinlich.

Auch wenn unser Änderungsantrag nicht wirklich zum Thema der Stadtbahnhaltestellen auf der Linie 13 passt, ist er eine Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier endlich einmal Pflöcke für richtige Veedelsgaragen einzuschlagen.

Nun einige Worte zu CDU und Grünen: Sie haben eben behauptet - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Warum so laut?
Wir tragen das mit!)

- Das weiß ich. Alles in Ordnung. Ich mache gleich noch ein bisschen Liebe und Sonnenschein.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ich bin heute ein bisschen auf Krawall gebürstet, Niklas. - Gut.

Das Problem ist: Sie sagen, wir würden es örtlich festlegen. Das stimmt aber nicht. Nirgends im Antrag steht, dass wir die Brücken nehmen wollen. Darin steht nicht, dass es irgendwo umgesetzt



werden muss. Wir schreiben nur, dass wir Veedelsgaragen haben wollen, dass man sie endlich prüfen soll und dass man erklären soll, wo man sie ermöglichen kann - im Gegensatz zu Ihnen, liebes Bündnis.

Sie schreiben nämlich, dass Sie gerne eine Quartiersgarage am Kuhweg haben wollen. Dann sollten Sie vielleicht auch Quartiersgaragen für Nippes in Chorweiler fordern oder Quartiersgaragen für Nippes in Finkenberg fordern. Dann könnten wir sie auch direkt umsetzen. Die Leute haben ausreichend weite Anreisewege, und die Quartiersgaragen werden auch entsprechend angenommen werden.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Jetzt übertreibst du!)

Nichtsdestotrotz werden wir unseren Antrag aufrechterhalten - wohl wissend, dass eine Mehrheit für diesen Antrag ist. Dann werden wir nicht Nein sagen und zum Schluss der kompletten geänderten Beschlussfassung wieder zustimmen, weil wir auch gerne die beiden Stadtbahnhaltestellen haben wollen, die absolut sinnvoll sind.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das vom Platz aus, weil ich glaube, dass man es sehr kompakt begründen kann.

Wir haben hier eine Vorlage, in der es um den Ausbau des ÖPNV mit zwei neuen Haltestellen geht. Ich finde es ein bisschen schade, dass wir jetzt, wo wir über den Ausbau des ÖPNV einen neuen Schritt in die richtige Richtung gehen, dann hier anfangen, über Parkplätze zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das geht eigentlich am Thema vorbei, meine Damen und Herren. Und das gilt für beide Anträge - wobei man natürlich schon noch einmal unterscheiden muss.

Lukas Lorenz war ja so freundlich und hat direkt die wahre Begründung für diesen Antrag mitgeliefert. Sie wollen nämlich den Grünzug, der von Nippes zur Mülheimer Brücke gehen soll, eigentlich

nicht. Deswegen bringen Sie diesen Antrag hier noch ein. Das finde ich eigentlich auch nicht gut.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sache ist ausdiskutiert. Der Auto-Gürtel ist tot. Jetzt muss es darum gehen, diese Fläche so zu gestalten, dass sie für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen sowie für Menschen da ist, die sich in dieser Grünanlage aufhalten wollen.

Meine Damen und Herren, da brauchen wir - das muss ich jetzt auch dem Bündnis sagen - auch keine Diskussion um Quartiersgaragen, sondern einfach den Beschluss. Wir brauchen jetzt den Beschluss. Es geht hier um den Ausbau des ÖPNV. Die Verwaltung hat eine gute Vorlage vorgelegt. Da kann man zustimmen - und aus die Maus.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal herleiten, woher diese Idee kommt. Die Verwaltung und die KVB haben vor, ich sage jetzt einmal, 15 Jahren eine Untersuchung gemacht, wo im Liniennetz der KVB man Haltestellen nachrüsten kann, wo sich die Stadt einfach anders entwickelt hat, wo die Abstände zu groß sind.

Dabei sind drei Standorte herausgekommen, und zwar die hier genannten Haltestellen Boltensterstraße/Gürtel und Niehler Straße/Gürtel sowie eine U-Bahn-Haltestelle am Neusser Platz. Letztere haben wir Gott sei Dank nicht weiterverfolgt. Wir können uns vorstellen, was für eine Sauerei es geben würde, wenn wir dort versuchen würden, nachträglich so etwas zu implementieren.

Das zeigt aber auch, dass die damalige Planung, so viel Abstand zwischen den Haltestellen zu lassen und dann eine Haltestelle Lohsestraße mitten in den Grüngürtel zu setzen, nicht so schlau gewesen ist.

Wir haben diese Idee ins Haushaltsbündnis 2020 eingebracht - aha: die FDP ist für den Ausbau des ÖPNV - und haben Geld bereitgestellt, um die beiden Haltestellen Boltensterstraße/Gürtel und Niehler Straße/Gürtel zu untersuchen.



In diesem Zusammenhang geht auch ein Lob an die Verwaltung. Wie gesagt, geht das Ganze auf den Haushalt 2020 zurück. Dass Sie in drei Jahren schon so weit sind, ist durchaus neues Deutschland-Tempo oder hier Köln-Tempo. Das würden wir uns bei anderen ÖPNV-Maßnahmen auch wünschen.

Ja, es hat in Niehl, in Riehl und in Nippes seit den 70er-Jahren, als die Hochbahn dort errichtet wurde, Nachverdichtungen gegeben. Die Haltestellenabstände sind viel zu groß. Gerade vor dem Hintergrund, dass das Bundesverwaltungsamt von der Barbarastraße auf das DuMont-Gelände an der Boltensterstraße ziehen wird, wird sich dort eine ganze Menge tun. Daher sind diese Haltestellen entsprechend wichtig.

Wir haben noch eine andere Initiative laufen, nämlich die Errichtung einer zusätzlichen Haltestelle für die Linien 3 und 4 auf der Severinsbrücke in Höhe des Rheinauhafens. Daran arbeitet die Verwaltung noch.

Sie sehen also: Wir von der FDP sind Feuer und Flamme für diese Verwaltungsvorlage und freuen uns, dass wir das heute so beschließen können.

Ich bin der SPD dankbar dafür, dass sie die Parkplätze hier auch zum Thema macht. Da bin ich nicht bei dir, Michael Weisenstein, weil es den Leuten in diesen Gebieten wirklich auf den Nägeln brennt. Ich habe selbst 20 Jahre am Neusser Platz gewohnt und weiß, welcher Verlust an Lebensqualität es ist, wenn man abends versuchen muss, sein Auto irgendwo unterzubringen. Und hier wird ja noch einmal massiv eingegriffen. Daher ist es schon richtig, dass wir uns auch über diese Kölnerinnen und Kölner, die vielleicht noch auf das Auto angewiesen sind, Gedanken machen.

Lars Wahlen bin ich sehr dankbar dafür, dass er das auch positiv aufgegriffen hat und hier auch auf die Vorschläge bzw. Beschlüsse der Bezirksvertretung verwiesen hat. Gerade das Nippeser Tälchen ist ja ein wichtiger Standort, für den sich unser Bezirksvertreter, Marc Urmetzer, auch eingesetzt hat.

Ich hoffe schon, dass von diesem Rat, wenn wir diesen Beschluss fassen, dann auch ein Signal an die Verwaltung ausgeht, dass wir in dieser Stadt Quartiersgaragen brauchen. Herr Egerer, wir haben vor gefühlt zwei Jahren eine Mitteilung Ihrer Verwaltung bekommen, in der es hieß: Quartiersgaragen kenne mer nit, bruche mer nit, fott domet. - Die Aussage war damals also, dass da gar nichts

läuft. Und das ist zu wenig. Sie sehen hoffentlich heute an einem breit getragenen Beschluss,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

dass wir für Nippes - zum Beispiel, exemplarisch - eine Quartiersgarage brauchen. Das nehmen Sie bitte mit.

Deswegen unterstützen wir auch die vonseiten des Bündnisses hier beantragte Änderung, damit wir diesen Drive für die Quartiersgarage in Nippes hinbekommen und die Verwaltung sich um dieses Thema kümmert, weil es Kölnerinnen und Kölner gibt, die sich nicht nur auf die beiden neuen Haltestellen freuen, sondern auch für ihr Fahrzeug noch einen Parkplatz brauchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Vielen Dank. Ich mache es auch vom Platz aus. - Über den Änderungsantrag mit den Quartiersgaragen war ich sehr verwundert. Zwar sind Quartiersgaragen an sich eine Superidee. Aber in der Bezirksvertretung gab es auch schon den Beschluss zu zwei Quartiersgaragen an anderer Stelle.

Bei der Idee der Quartiersgarage am Nippeser Tälchen hatten wir damals gedacht, wir hätten eine Quartiersgarage an dieser Stelle neu erfunden. Aber so war es gar nicht. Das war nämlich eine ganz alte FDP-Idee. Vielen Dank dafür, dass sie genau an dieser Stelle gebaut werden sollte.

Der Grünzug Nippes ist ein tolles Projekt. Wir werden uns leider Gottes daran gewöhnen müssen, dass wir dem MIV in dieser Stadt nicht mehr so viel Raum geben können. Das muss weniger werden, wenn wir es mit einer Verkehrswende hier ernst meinen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GUT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert.



Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert (Nippes): Zum Glück haben einige Vorrednerinnen und Vorredner schon das gesagt, was ich jetzt auch sagen werde. Trotzdem werde ich es noch einmal sagen, damit auch klar wird, dass das, was ich gleich sagen werde, der Wille der Bezirksvertretung Nippes ist.

Erstens. Die SPD-Fraktion ist ehrlich. Ihr geht es mit dem Änderungsantrag nicht um die Verwaltungsvorlage im engeren Sinne zu dem völlig unstrittigen Thema Hochbahnhaltestelle, sondern darum, etwas gegen den Weiterplanungsbeschluss für den Grünzug Nippes zu unternehmen, den die BV Nippes und der Finanzausschuss beschlossen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Denn nur so lässt sich die Begründung des Antrags interpretieren.

Zweitens. Die Stadtratsfraktion der SPD wäre gut beraten gewesen, sich auch andere Beschlüsse der BV Nippes anzuschauen. Es gibt nämlich bereits zwei Beschlüsse zu Quartiersgaragen - das haben wir eben gehört -, darunter eine direkt neben der zukünftigen Hochbahnhaltestelle an der Boltensternstraße an einer schon versiegelten Stelle.

Drittens. In den sozialen Medien hat die SPD die vorliegende Verwaltungsvorlage, die einstimmig in der BV Nippes beschlossen wurde bzw. gevotet wurde, in solch hohen Tönen gelobt, dass man den Eindruck haben musste, dass sie nicht von der Verwaltung, sondern von der SPD eingebracht worden ist. Ich erinnere aber daran, dass, wie Herr Sterck schon gesagt hat, die FDP das hier eingebracht hatte.

Kurzum: Die BV 5 hat diese Vorlage der Verwaltung einstimmig beschlossen. Wir alle sind dafür, dass es so wird. Deswegen fordere ich die SPD-Fraktion auf: Ziehen Sie den Änderungsantrag zurück.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt abstimmen und danach über den Änderungsantrag der SPD, sofern er sich dann nicht erledigt hat.

Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion, von Frau Gabriel und von Frau Syndicus. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Bauliche Ertüchtigung zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung statt Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüZe, Berliner Str. 77 in Köln-Mülheim 1107/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte, Frau Brock-Storms.

Claudia Brock-Storms (SPD): Ich gehe davon aus, dass wir in der verabredeten Form abstimmen: 1 und 2 nicht, aber 3 und 4 plus die Ergänzung Mülheim.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Claudia Brock-Storms (SPD): Deswegen werde ich jetzt auch nicht die Rede, die ich natürlich - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darum hatte ich ja um Wortmeldungen gebeten und noch nichts zu meinem Abstimmungsverfahren gesagt.

Claudia Brock-Storms (SPD): Ja, alles gut. Ich wollte es nur platzieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber Sie liegen da richtig. - Wünscht sonst jemand das Abstimmungsverfahren noch mal zu wiederholen? - Das ist nicht der Fall.

Wird noch von jemandem das Wort gewünscht? - Aber Sie sind noch gar nicht fertig. Entschuldigung.



Claudia Brock-Storms (SPD): Ja, das wäre nett.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Oder wollten Sie es nicht inhaltlich begründen?

Claudia Brock-Storms (SPD): Nein, ich wollte nur kurz noch etwas zu Punkt 3 sagen.

Wir hatten ja in der aktuellen Stunde schon die Diskussion, wie man mit Initiativen und Vereinen sowie Bestandsimmobilien umgeht. Es ist schade, dass die Nichtsanierung der MüZe nicht heute Nachmittag schon thematisiert worden ist.

Ich möchte nur kurz auf den Träger eingehen, weil der Interkultur e. V., der die MüZe jetzt interimsmäßig bewirtschaftet, durch diese Nichtsanierung natürlich auch ins Schwimmen geraten wird.

Dieser Verein sichert dort wichtige Angebote in Mülheim wie die postalische Erreichbarkeit für Wohnungslose, Sozialberatung, Migrationsberatung, interkulturelle Frauenarbeit sowie die Lebensmittelausgabe in Kooperation mit der Kölner Tafel. Interkultur macht niedrigschwellige intergenerative, sozio- und interkulturelle Projekte und ist aus dem Veedel nicht mehr wegzudenken.

Damit das auch so bleibt, ist es für uns zielführend, dass die Stadtverwaltung sich nicht bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, nämlich Ende 2025, Zeit damit lässt, die Entscheidung über die langfristige Betreiberverantwortung zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist uns zudem, dass während der Sanierungsmaßnahmen der Betrieb in enger Absprache mit dem Verein so gut wie möglich aufrechterhalten werden kann.

Der nun gefundenen Lösung, den Beschluss der BV Mülheim in die Vorlage zu integrieren, stimmen wir gerne zu. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Brock-Storms, ich bitte noch einmal um Entschuldigung dafür, dass ich Sie unterbrochen habe. Das habe ich unabsichtlich getan.

(Claudia Brock-Storms [SPD]: Alles gut!)

Wünscht jemand, jetzt noch mal zu beantragen, wie abgestimmt wird? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage vor, dass wir die Punkte 1 und 2 sowie das Votum der Bezirksvertretung Mülheim noch mal zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren geben, heute aber über die Punkte 3 und 4 abstimmen, damit es mit den dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen zügig weitergehen kann - damit alle wissen, worüber wir abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann - -

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Herr Joisten, Gegenrede? Wir können ja abstimmen, wie wir abstimmen.

Christian Joisten (SPD): Nein, das brauchen wir nicht. Ich bin jetzt nur verwirrt. Denn bei uns war angekommen, dass wir die Punkte 1 und 2 verweisen - das ist so richtig - und die Punkte 3 und 4 beschließen, aber mit dem Votum der BV 9.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, das war genau so wie von mir dargestellt beschlossen!)

- Okay. Aber das war bei uns anders adressiert.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Gut. - Dann jetzt noch mal zur Klarstellung: Wir beschließen heute nur die Punkte 3 und 4, und alles andere geht in den Ausschuss?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es geht wieder in den Sozialausschuss und kommt dann noch einmal in den Rat.

Christian Joisten (SPD): Verstanden und akzeptiert. Ja, alles klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wissen Sie jetzt, wie ich abstimmen lassen werde? - Okay.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gegen das jetzt verabredete Abstimmungsprozedere gibt. - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zuerst über Ziffer 3 und Ziffer 4 der Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich darüber abstimmen, ob Ziffer 1 und Ziffer 2 in den Sozialausschuss verwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

(Christian Joisten [SPD]: Mit BV 9?)

- Ja, das wird mit überwiesen. - Okay. Vielen Dank. Dann ist so beschlossen bzw. verwiesen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung
(Sustainable Urban Mobility Plan -
SUMP)
hier: Beschluss Leitbild
2060/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung bis Dezember 2025
2090/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Rau, ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar dafür, dass Sie und Ihr Team sich die Mühe gemacht haben, dass wir den hier vorliegenden Beschlussvorschlag auch in einfacher Sprache lesen dürfen. Zitat:

Bei der Ombudsstelle können sich geflüchtete Menschen über die Unterbringung durch die Stadt Köln beschweren. Die Stadt Köln bezahlt die Ombudsstelle für ihre Arbeit. Das ist bis zum 31.12.2023 befristet. Damit sie ihre Arbeit fortsetzen kann, muss der Rat über die Verlängerung der Befristung entscheiden.

Erlauben Sie mir, dass ich hier in einfacher Sprache fortfahre.

Das Land Bundesrepublik Deutschland lässt immer mehr Menschen ohne Kontrolle einreisen. Die Parteien Grüne, LINKE, SPD, CDU, FDP und Volt wollen, dass kein Mensch zurückgeschickt wird. Dadurch gibt es in den Flüchtlingsheimen in Köln immer weniger Platz. Es wird immer enger, und es gibt immer mehr Stress.

Die Partei AfD sagt: Das ist keine schlaue Politik. Sie sagt: Wenn wir nicht alle Menschen ins Land ließen, sondern auch welche zurückschicken würden, bräuchten wir keine Ombudsstelle. Dann gäbe es auch weniger Stress, und die Stadt Köln könnte sehr viel Geld sparen.

(Beifall bei der AfD)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Gute Politik kann so einfach sein. Einfache Sprache macht's möglich.

Aber wenn ich hier in einige Ihrer Gesichter schaue, gewinne ich den Eindruck, ich sollte viel häufiger in einfacher Sprache zu Ihnen sprechen - Hashtag „zielgruppenadäquate Kommunikation“.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Land und in dieser Stadt eine rationale und interessengeleitete Migrationspolitik hätten, wäre diese Ombudsstelle überflüssig, und der Kölner Flüchtlingsrat hätte nicht 30 hauptamtliche Mitarbeiter.

Haben Sie sich den Jahresbericht 2022 einmal näher angeschaut? Er ist nicht das Papier wert, auf dem er steht.

Beleg: Seite 25. Die Steigerung der Anzahl der Fälle, in denen eine grundsätzliche Abhilfe nach Beschwerden nicht möglich war, beträgt laut Bericht 1 350 Prozent. Ich habe mir das näher angeguckt. Es sind wirklich nur 38 Prozent.

Kleiner Hinweis an Herrn Zitzmann: Wenn ich eine befristete Stelle hätte und dann einmal im Jahr so einen 25-seitigen Jahresbericht herausgeben würde, würde ich dafür sorgen, dass jede Zeile stimmt.

Die Ombudsstelle hat im letzten Jahr 186 Fälle betreut. Das sind also 3,5 pro Woche.

Erschreckend ist, dass sich die Zahl der anonymen Hinweise um über 460 Prozent erhöht hat.

Interessanterweise ist die Zahl der Fälle mit Flüchtlingen als Hinweisgeber stabil geblieben oder leicht zurückgegangen. Aber von den Freiwilligen, die dort arbeiten, sind 200 Prozent mehr Hinweise erfolgt. Da fragt man sich natürlich, ob sie jetzt das Wort für die Flüchtlinge ergreifen.

Gründe sind zu 14 Prozent Gewalt, zu 11 Prozent Diskriminierung, zu 5 Prozent sexuelle Übergriffe und zu 4 Prozent Verstöße gegen die Menschenwürde. Jedes Prozent ist eines zu viel; vollkommen klar. Aber zu 96 Prozent - dass es mehr als 100 Prozent sind, liegt an Doppelzählungen - sind es sonstige Gründe, also das Typische: Geruchsbelästigung, zu laut, zu kalt, es zieht, Zimmernachbarn, die man sich nicht ausgesucht hat; das Übliche eben. Wer gedient hat, weiß, was ich meine.

Im Ergebnis waren 5 Prozent der Beschwerden gerechtfertigt und 11 Prozent teilweise gerechtfertigt.

Was lernen wir aus diesem Jahresbericht noch? Einige der Erkenntnisse sind - halten Sie sich fest -:

- Eine Belegungsverdichtung ist konfliktträchtig. - Na, wer hätte das denn gedacht?

(Beifall bei der AfD)

- Es gibt ethnische Konflikte und Rassismus gegen Roma. Das Z-Wort soll gefallen sein.
- Es gibt einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Köln. - Das ist ja vollkommen neu, meine Damen und Herren.

Diese Punkte sprechen ganz klar für die Nichtverlängerung dieser Ombudsstelle. Nur 5 Prozent der Beschwerden sind berechtigt; 96 Prozent sind, wie gesagt, Lappalien, wie wir sie jedem kasernierten Bundeswehrsoldaten Tag für Tag zumuten.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie endlich die Realität in dieser Stadt und in diesem Land wahr. Die Menschen da draußen wollen mehrheitlich - mehr als zwei Drittel - keine weitere Migration. Die Menschen wollen nicht, dass jeder bleiben kann, und sie wollen kein Weiter-so.

Deshalb sage ich in Anlehnung an den alten Cato: Ceterum censeo migrationem illegalem esse sistendam.

(Beifall bei der AfD)

Ja, liebe Grün*innen, das war jetzt mal nicht einfache Sprache, sondern die Sprache derjenigen Menschen, die diese Stadt hier vor über 2 000 Jahren gegründet haben. Für diejenigen von Ihnen ohne humanistischen Bildungshintergrund übersetze ich das auch gerne mal in die kölsche Verlaufsform.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Brauchen wir nicht! Danke! Wir können das so!)

- Brauchen Sie nicht. Gut. - Meine Damen und Herren, lassen Sie die Eleganz und Klarheit des lateinischen Acl -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): - auf sich wirken: Ceterum censeo migrationem illegalem esse sistendam. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde das wirklich ungern inhaltlich kommentieren. Aber der Dank geht dann an mich. Das kommt nämlich aus dem mir zugeordneten Amt für Integration und Vielfalt. - Herr Dr. Rau, es tut mir leid, dass ich das jetzt richtigzustellen habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vorlagen sollte man bitte demnächst von Anfang an lesen. Das hilft - jedenfalls bei der Zuordnung.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der Franziskusschule, Katholische Grundschule, Cäsarstraße 21, 50968 Köln-Bayenthal (Schulnummer 111430) von 1,5 auf 2 Züge zum Schuljahr 2024/25
2123/2023**



Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Zusammenführung der beiden Weiterbildungskollegs Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße zur Sicherung des bestehenden Angebotes an den aktuellen Schulstandorten
1838/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024
1860/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 2 Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West
1384/2023**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich beabsichtige, abstimmen zu lassen wie Schulausschuss, Anlage 2.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2021
3454/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Erneuerung einer Raumluftechnischen Anlage (RLT-Anlage 5.1 Restaurierung) im Gebäudekomplex Museum Ludwig - Philharmonie und damit einhergehende Sanierungsmaßnahmen
Erweiterter Planungsbeschluss und Weiterplanungsbeschluss
1740/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Erneuerung der Raumluftechnischen Anlagen (ausgenommen RLT-Anlage 5.1 Restaurierung) im Museum Ludwig und in der Philharmonie
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen der Technischen Ausrüstung und weiterer Planungsleistungen
4227/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
hier: Einrichtung von unbewachten Bädern am See 1 und See 7
2407/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um diese Zeit bei dem aktuellen Wetter hier zum Fühlinger See reden zu dürfen, hat eine ganz besondere Note. Allerdings bin ich tatsächlich froh darüber, dass ich - angesichts der Debatten, die heute zum Teil liefen - zu zwei erfreulichen Punkten, nämlich zur EURO und zum Baden im Fühlinger See, reden darf.

Ich habe vorhin schon das Sportamt dafür gelobt, dass es die Kritik und die Anregungen ernsthaft bearbeitet. Jetzt kann ich das Sportamt wieder loben. Es hat uns eine sehr gute Vorlage vorgelegt, der wir gerne zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zunächst einmal sollte man allerdings auch dem Petenten, der diesen ganzen Prozess mit initiiert hat, danken. Er hat insgesamt 6 000 Unterschriften gesammelt und dazu beigetragen, dass uns noch einmal deutlich gemacht wurde, wie groß der Wunsch der Menschen in Chorweiler und auch darüber hinaus ist, im Fühlinger See weiterhin schwimmen zu können - oder nein, nicht weiterhin. Das Schwimmen war dort ja verboten. Entschuldigung.

(Zurufe)

- Ja, das mit dem Ordnungsrecht ist natürlich immer so eine Sache. Nein, das war verboten. Die Menschen haben aber den Wunsch, dass es eine Möglichkeit gibt, dort auch baden zu können.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Gleichzeitig haben wir erfahren, dass es durchaus rechtliche Anforderungen und Risiken gibt, die man bei so etwas auch beachten muss. Ich war dankbar, bei dem Prozess dabei sein zu können. Früher hätte ich gedacht, es reicht, ein Schild „Schwimmen auf eigene Gefahr“ aufzustellen, und damit ist die Sache erledigt. Leider ist das nicht der Fall. Der Fühlinger See ist ja auch nicht ohne.

Insofern haben wir uns im letzten September anderthalb Stunden mit dem Thema „Schwimmen im Fühlinger See“ beschäftigt und uns erklären lassen, was für Komplikationen und Schwierigkeiten es gibt.

Wir haben dann angeregt - die Oberbürgermeisterin hat sich auch sehr früh dafür eingesetzt; auch dafür noch einmal herzlichen Dank -, dass nach Lösungen gesucht wird, um einen vernünftigen Kompromiss zwischen der Verkehrssicherungspflicht und den Schwimmbedürfnissen der Menschen dort zu schaffen.

Das ist durch die Beauftragung des Gutachtens und durch die sehr gut lesbare Vorlage auch gut gelungen, finde ich. Insofern werden wir der Vorlage, wie schon gesagt, sehr gerne zustimmen.

Noch eine kurze Bemerkung: Vor dem Schwimmen oder Baden kommt allerdings das Schwimmenlernen. Das verpflichtet uns auch. Über die Ausweisung neuer Bademöglichkeiten - vielleicht kann man hier ja auch etwas für andere Seen im Kölner Stadtgebiet lernen - hinaus müssen wir uns sowohl bei den KölnBädern als auch im Schul- und Sportausschuss dafür einsetzen, dass

die Schwimmflächen in der Stadt möglichst ausgebaut werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Damit werden wir uns bei den KölnBädern befassen.

In diesem Zusammenhang gibt es natürlich auch - kaum ein Mensch durchblickt ja, wer jetzt für was alles zuständig ist - das Thema Lehrschwimmbecken. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn in Bälde auch alle Lehrschwimmbäder wieder nutzbar wären. Ich habe mitbekommen, dass sich da im Moment eine gute Zusammenarbeit zwischen der Gebäudewirtschaft und den KölnBädern anbahnt. Das lässt uns auch hoffnungsvoll sein.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Bezirke und der Rat ebenfalls Gedanken um weitere Lehrschwimmbecken gemacht haben. So hat die BV Ehrenfeld die Prüfung eines Schwimmbades auf dem Max-Becker-Gelände beschlossen, und wir haben heute den Beschluss gefasst, dass bei der Schule in Rondorf auch ein zusätzliches Lehrschwimmbecken geprüft wird.

Es liegt noch einiges vor uns. Wir müssen uns nicht zuletzt auch Gedanken um die Eintrittspreise machen. Aus meiner Sicht muss sich nämlich jeder und jede hier in Köln Schwimmen leisten können. Denn sicher schwimmen zu können, rettet Leben, und Schwimmbäder sind elementare Daseinsvorsorge. - Ich danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weber das Wort.

Florian Weber (CDU): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste im Stream! Wir brauchen in Köln dringend mehr Platz zum Schwimmen. Das hat der Kollege Klemm auch schon betont. Es fehlt an Wasserfläche in einer Größenordnung von geschätzt zwei ganzen Schwimmbädern.

Hunderte Kinder stehen auf den Wartelisten von Kölner Schwimmvereinen, um überhaupt erst einmal einen Schwimmkurs machen zu können. Die Schwimmfähigkeit - das bestätigt die DLRG - in der Bevölkerung ist rückläufig. Das sind Alarmsignale, die uns ermuntern müssen, dass wir für das Schwimmen in Köln noch einmal mehr tun.



Da ist die heutige Entscheidung ein kleiner und doch bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Seit mehr als 30 Jahren herrscht im öffentlichen Teil des Fühlinger Sees offiziell Badeverbot. Das hängt mit den Verkehrssicherungspflichten zusammen. Es hängt aber auch damit zusammen, dass so ein Baggerloch auch natürliche Gefahren mit sich bringt. Gebadet wird trotzdem. Leider kommt es zu Badeunfällen und sogar zu Todesfällen.

Diesen Spagat zwischen mehr als 30 Jahren Verbot und der gleichzeitig natürlich bestehenden Schwierigkeit, dessen Einhaltung überhaupt kontrollieren zu können - wir sprechen da ja von einem Areal von sieben Seen -, versuchen wir jetzt mit der heutigen Entscheidungsvorlage ein bisschen aufzulösen.

Wir danken zum einen dem Petenten. Die bereits erwähnten 6 000 Unterschriften haben das Thema erst ins Rollen gebracht. Daraus wurde die Bürgereingabe, und daraus wurde jetzt die Entscheidungsvorlage.

Die politischen Vertreter aller Fraktionen vor Ort haben das Thema auch schon viel länger bearbeitet. Dank geht da an die lieben Kollegen Ira Sommer und Thomas Welter von unserer Fraktion.

Wir danken natürlich auch der Verwaltung und speziell dem Sportamt, lieber Herr Voigtsberger, das innerhalb eines Jahres ein Gutachten gemacht hat und jetzt auch diese positive Entscheidungsvorlage erarbeitet hat.

Mit unserer heutigen Entscheidung machen wir ab April 2024 in zwei von sieben Seen an unbewachten Badestellen das Schwimmen offiziell möglich. Mit dem Strandbad Blackfoot Beach gibt es dann drei unterschiedliche Orte, an denen man im Bereich des Fühlinger Sees schwimmen kann. Sie sind auch so angeordnet, dass es eigentlich an jedem Zipfel Zugang für gesichertes Schwimmen oder für das offiziell geduldete Schwimmen gibt.

Für das Schwimmen in Köln ist das - ich wiederhole mich - ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Einen weiteren Schritt haben wir mit dem Beschluss zu TOP 10.13 gerade schon gemacht, indem wir das Lehrschwimmbecken in Rondorf noch mit zu der Vorlage dazugepackt haben. Heute ist also insgesamt ein guter Tag fürs Schwimmen.

Es wird auch noch einmal deutlich, dass wir weitere so gute Tage brauchen, um dann wirklich allen Kindern und allen Kölnerinnen und Kölnern die

Möglichkeit zu geben, sicher zu schwimmen. Dafür werden wir als CDU weiterarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Bei und nach dem sogenannten Schwimmgipfel, zu dem ich im Sportausschuss vor ziemlich genau einem Jahr eingeladen habe, hat Ihre Verwaltung, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wirklich tolle und ganze Arbeit geleistet.

(Bernd Petelkau [CDU]: Hör! Hör!)

Jedes Amt, das etwas mit der Thematik zu tun hatte, war dabei. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren in einer konstruktiven Sitzung total kooperativ. Man hat gespürt, dass alle am Gelingen „Fühlinger See“ interessiert waren. Zusammen mit dem Dezernat und dem Sportamt ist es in den letzten Monaten gelungen, die Situation am Fühlinger See so herzurichten, dass dort in der nächsten Badesaison die gelebte Praxis in ordentliche Bahnen gelenkt wird. Hier geht mein ganz großer Dank auch speziell an den Dezernenten Voigtsberger sowie die Herren Timmer und Stommel mit ihrem Team im Sportamt.

So weit, so gut? Leider nein. Die Möglichkeit, dass Menschen in einem See schwimmen dürfen, bedeutet nämlich noch lange nicht, dass sie es auch können oder lernen dürfen.

Hier muss ich mich, auch wenn es Ihnen nicht gefallen wird, an diejenigen wenden, die seit über acht Jahren diese Stadt verantworten. Was haben Sie bloß auch im Sport mit dieser Stadt gemacht? Sie stellen ernsthaft Fragen zur Biodiversität auf Sportplätzen und ernten nur noch Hohn und Spott in der Vereinslandschaft.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Der FC wird verraten und hingehalten, der Sportentwicklungsplan ausgebremst. Sie blamieren als Ratsbündnis die Sportstadt Köln bis auf die Knochen. Aber dazu gleich mehr.



Zurück zum Schwimmen: Seitdem Sie 2015 die Verantwortung in dieser Stadt übernommen haben, sind ein paar einfache Fakten zu konstatieren. Die Mitgliederzahlen in Kölner Schwimmvereinen sind um 27 Prozent gestiegen. Die Bevölkerung ist insgesamt um gut 5 Prozent gewachsen. Hingegen hat sich die Wasserfläche pro Kopf in Ihrer Zeit um 30 Prozent reduziert.

Die Schulschwimmbäder sind seit Jahren in einem unverändert katastrophalen Zustand. Wie kann es sein, dass unter Ihrer Verantwortung immer noch vier von zehn Schulschwimmbädern dauerhaft geschlossen sind?

Über 3 000 Kinder müssen bei den Kölner Schwimmvereinen draußen bleiben und können bzw. dürfen nicht schwimmen lernen. Bei der DLRG warten zusätzlich noch einmal 1 000 Kinder auf diese Möglichkeit. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer ist sicher noch schlimmer. Ohne private Anbieter, die sich aber nicht alle Eltern für ihre Kinder leisten können, sähe die Situation noch dramatischer aus.

Lieber Ralf Klemm und lieber Florian Weber, wenn ich die Äußerungen höre, man müsste mal, es wäre gut, wenn wir jetzt mal anfangen würden, oder das sei - Zitat - „ein kleiner Schritt“, muss ich, mit Verlaub, sagen: Das ist viel zu wenig. Auf was wollt ihr denn noch warten?

(Beifall bei der SPD)

Das, was hier vorgetragen wurde, ist ein echter Offenbarungseid. Die Tatsache, dass sich seit Jahren alles eher verschlimmert als verbessert, ist Ihre Verantwortung und wirklich skandalös. Es geht hier nämlich um mehr als nur um Sport. Ein Kind, das nicht schwimmen lernen kann, ist sein ganzes Leben lang hoch gefährdet, da später im Jugendalter oder gar als Erwachsener die Schwelle noch höher ist. Gerade in den Stadtteilen rund um den Fühlinger See steht es noch einmal dramatischer als im Rest von Köln ohnehin schon.

Hinzu kommen jetzt auch noch die Sportkürzungen auf Landesebene von CDU und Grünen. Der Stadtsportbund hat in seinem Brandbrief auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen.

Dieser Brief ist zugleich auch eine Abrechnung mit dem Bündnis auf Stadtebene. So schreibt der Stadtsportbund an den Ministerpräsidenten - Zitat -:

Allerdings gibt es in Köln auch seit der letzten Kommunalwahl und der neuen

Gestaltungsmehrheit durchaus unnötige Hürden für den Sport, die sich teilweise aus

- jetzt bitte gut zuhören -

mangelnden Know-how, aus strukturell anderen Strategien und aus für uns unverständlichen programmatischen Ansätzen speisen. Die völlig überraschenden und kurzfristigen Budgetkürzungen in Köln werden dazu führen, dass wir Personal einsparen und Handlungsfelder aufgeben und reduzieren müssen.

Nun kommt erschreckenderweise die Nachricht, dass das Land NRW, das sich gern Sportland nennt, eine 8-Prozent-Kürzung im Sport beabsichtigt. Das würde auch in Köln massive Auswirkungen haben und negative Entwicklungen in Köln beschleunigen und erweitern.

Anmerkung von mir: Ist es nicht bezeichnend, dass keinerlei Aufschrei oder Widerstand aus Ihren Reihen hier aus dem Rathaus nach Düsseldorf gedungen ist?

Ich setze das Zitat des Stadtsportbundes fort:

Die Kraft und die ökonomische Wirkung des Ehrenamtes im Sport zu unterschätzen, scheint mir systemisch zu sein bei den herrschenden Gestaltungsmehrheiten im Land und in der Millionenstadt Köln. Das ist auf keinen Fall hinnehmbar und schadet massiv.

Klarer kann eine Bewertung nicht ausfallen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen, CDU und Volt.

(Beifall bei der SPD)

Der Stadtsportbund dieser Stadt schreibt dem Ministerpräsidenten, dass Sie hier in Köln keine Ahnung haben und sogar systematisch und absichtlich gegen den Sport in Köln vorgehen.

(Bärbel Hölzing-Clasen [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema!)

Ich kenne ja mittlerweile Ihre Überempfindlichkeit, wenn wir als Opposition die bittere Wahrheit in unterschiedlichen Politikfeldern aussprechen. Aber dieses verheerende Zeugnis stellt Ihnen der Vertreter von 645 Kölner Sportvereinen mit ihren weit mehr als 300 000 Mitgliedern aus - Ehrenamtler, die jeden Tag mit Sport und den Menschen im Sport zu tun haben.



Im Sport nennt man das eine Klatsche. Da würde man, abgeschlagen auf einem Abstiegsplatz, neben dem Trainer und dem Management wahrscheinlich auch die komplette Mannschaft auswechseln. Oder für die wenigen Sport-Insider unter Ihnen: Das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt ist das Tasmania Berlin der Sportpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die armen Tasmanen. Das ist nicht gewürdigt worden, finde ich. - Meine Damen und Herren! Liebe Oberbürgermeisterin! Ich werde mich in meinem kurzen Statement auf den Fühlinger See konzentrieren

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und hier keine Schwimmdebatte führen.

Kleiner historischer Rückblick: In einem Buch der KölnBäder, das zum zehnten Jahrestag erschienen ist, gibt es ein Kapitel mit der Überschrift „Die Wohltat des Badens - auf dem Weg zu einer neuen Badekultur“. Dort wird die Geschichte des Badens in Köln dargestellt. Da werden einige historische Parallelen deutlich.

Die Badekultur in Köln hat sich nämlich in Badeschiffen am Rhein oder im Rhein, muss man ja sagen, entwickelt. Darüber ist die Badekultur für normale, einfache Menschen entstanden. Ich rede jetzt nicht über die reichen Römer und andere reiche Menschen, sondern über diese Badekultur.

Dann kam bei der Badekultur ein zweiter Schritt. Nachdem im Jahre 1911 im Rhein 100 Menschen ertrunken waren - das war quasi der Höhepunkt -, hat man umgesteuert und Schwimmbäder gebaut etc. pp.

Das Fatale an der Situation, die wir jetzt haben, ist Folgendes: Im Fühlinger See schwimmt man dann im Rheinwasser. Das ist ja das Interessante. Insofern gibt es da eine gewisse Parallele. Natürlich muss man davon ausgehen, dass auch das Schwimmen in See 1 und See 7, das wir jetzt ermöglichen, eine gewisse Gefährlichkeit hat. Das darf man bei dieser Debatte nicht vergessen.

Natürlich sagt man jetzt, dass das super ist. Ich freue mich auch darüber, dass wir das hingekriegt

haben. Denn früher sind die Menschen ja auch dafür zum Rhein gekommen. Das war das wilde Baden. Mit dieser neuen Kultur, die sich da entwickelt, ist das jetzt das freie Baden.

Trotzdem ist unserer Fraktion wichtig, dass wir uns dann, wenn wir die Badekultur am Fühlinger See im Jahr 2024 hinter uns haben, in ungefähr einem Jahr noch einmal besinnen und schauen: Wie war es denn jetzt? Ist das alles glatt gelaufen? - Das ist schon angemessen, glaube ich, wenn man diesen Versuch unternimmt, den wir unterstützen und auch super finden. Dann muss man aber schon bedächtig sein und genau gucken, was da stattgefunden hat.

Unser Dank geht also an alle Akteure, und wir hoffen, dass es super klappt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht?

(Ulrich Breite [FDP]: Wenn ich darf!)

- Ja, natürlich.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das waren für mich wirklich interessante Debattenbeiträge - wer das Thema schon ein bisschen länger bearbeitet, wer sich dafür und dagegen engagiert. Auch der ganze Dank freut mich.

Mich freut insbesondere das Know-how, das ich heute von den Sportpolitikern gehört habe. Da kann ich mich nur anschließen und muss hier auch nichts mehr hinzufügen. Das hat mir sehr gut gefallen. Weiter so! Wir werden noch viele Kämpfe gemeinsam führen.

Mir gefielen auch die Argumente von Ralf Klemm und Florian Weber, die ich auch sehr gut kenne, wie ihr wisst.

Sehr schön fand ich auch, dass von der SPD hier mal ein kämpferischer Ritt gemacht wurde. Oliver Seeck, denk aber immer an die Schließung des Rodenkirchener Bades. Damals hat die SPD nämlich den entsprechenden Antrag gestellt, und ich musste hier für das Bad kämpfen. Wie ich sehe, wird aber auch die SPD klüger. Die Situationsbeschreibung war schon richtig.



Trotzdem glaube ich, dass wir hier *eine* Sportfraktion bleiben müssen; denn nur gemeinsam werden wir es schaffen, hier etwas für das Schwimmen zu tun. Ich freue mich darüber, dass das jetzt beim Fühlinger See geklappt hat.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das Nippeser Bad hat es in dieser Auseinandersetzung aber gekostet! Das darfst du auch nicht vergessen!)

- Bitte? - Herr Weisenstein hat gesagt - ich wiederhole das für die Zuschauer im Stream noch einmal -, dass wir damals das Nippeser Bad geschlossen haben. Er hat nur vergessen, etwas zu erwähnen. Wir haben dafür nämlich ein neues Bad gebaut, das es vorher nicht gab, und zwar das Agrippabad - das hätte Herr Weisenstein auch sagen sollen -, das hervorragend angenommen wird.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Lentpark!)

- Entschuldigung, das Lentpark-Bad. Er hat mich jetzt so verwirrt. Das Lentpark-Bad haben wir nämlich auch noch. Ich war bei der Eröffnung des Agrippabad nach der Renovierung dabei. Aber das Lentpark-Bad haben wir auch. Da gehen die Schulen und die Kinder jetzt sehr gerne hin. Auch DIE LINKE findet das Lentpark-Bad sicherlich ganz hervorragend. - Ich sehe gerade, dass DIE LINKE nickt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ach!)

Also können wir doch zufrieden sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von Volt das Wort gewünscht? - Nein. Dann spricht jetzt Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Viel Wichtiges ist gesagt worden. Ich war ja selbst bei der Debatte in Chorweiler dabei. Wir waren uns auch ziemlich einig, dass wir mehr, ich nenne es einmal, Wasserraum brauchen, um dann auch den Kindern und Jugendlichen das Schwimmen näherzubringen.

Da gebe ich Herrn Seeck eingeschränkt recht - wie gesagt, eingeschränkt. Natürlich hat das Bündnis versagt und hätte noch viel mehr machen können. Aber Sie haben, Herr Seeck, in den von Ihnen angesprochenen acht Jahren Opposition auch nichts anderes hervorgebracht. Als potenzieller Einwechselspieler sind Sie also wohl auch nicht zu gebrauchen, wenn Sie es nicht geschafft haben, Akzente zu setzen und eine Trendwende herbeizuführen. Das wollte ich noch einmal betonen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, und zwar so, wie die Vorlage lautet. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.18 Weiterentwicklung der Richtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“: Fortführung als drei eigenständige Förderprogramme 0944/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Beschleunigungspaket weiterführende Schulen - Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 125, der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3 und der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15 durch General- oder Totalunternehmen - Planungs- und Bauabschluss 1196/2023

Hier geht es um drei verschiedene Schulbauprojekte, die dem Beschleunigungspaket weiterführende Schulen zuzuordnen sind.

In der Bezirksvertretung Kalk wurde diese Vorlage zurückgestellt. Daher können wir heute nicht abschließend über alle drei Schulen entscheiden. Im Hinblick auf die Kaiserin-Theophanu-Schule, das Gymnasium Kantstraße, können wir nur unter

Vorbehalt beschließen, weil das noch einmal in die Bezirksvertretung gehen muss und ich auch großen Wert darauf lege, dass wir die Bezirksvertretung ernst nehmen und ihr nicht das Anhörungsrecht abschneiden.

Sollte die Bezirksvertretung bei ihrer erneuten Befassung der Vorlage in diesem Punkt nicht ungeändert zustimmen, wird die Vorlage nur mit Blick auf diese Schule im Oktober 2023 noch einmal im Rat behandelt.

Deswegen schlage ich vor - wenn es keine Wortmeldungen gibt -, dass wir getrennt über die Maßnahmen abstimmen, und zwar in der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Zunächst lasse ich über die Maßnahmen Gesamtschule Holweide und Heinrich-Böll-Gesamtschule abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Jetzt stimmen wir - unter Vorbehalt, wie ich das eben gesagt habe - über die Maßnahme Kaiserin-Theophanu-Schule ab, ebenfalls in der Fassung Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Gibt es bei dieser Abstimmung unter Vorbehalt Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**10.21 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Stadt Köln zum 31.12.2020
2636/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Ich bin mir nicht sicher, ob jedem hier im Saal die inhaltliche Brisanz dieser Vorlage bewusst ist. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass die Stadtkämmerin jetzt nicht da ist.

Gelegentlich scheint es in Verbindung mit dieser Stadt ja auch gute Nachrichten zu geben. Der Jahresabschluss 2020 ist vordergründig - ich sage bewusst: vordergründig - so eine. Seit dem Jahr 2009 gab es nur ein einziges Jahr, nämlich das Jahr 2016, in dem diese Stadt ein positives Jahresergebnis erreicht hat. Mit dem Jahre 2020 ist das nun zum zweiten Mal passiert.

Meine Damen und Herren, ist dies ein Grund zur Zufriedenheit, gar für Jubel? Leider nein. Die Wahrheit ist nämlich: Dieses positive Ergebnis verdanken wir einer Reihe von Sondereffekten, als da wären:

- erhebliche finanzielle Hilfen von Land und Bund in Zusammenhang mit Corona,
- deutlich höhere Schadenersatzzahlungen aus dem Archiveinsturz, als das seinerzeit kalkuliert war,
- Absage von städtischen und kulturellen Veranstaltungen aufgrund von Corona und schließlich
- verzögerte Personalrekrutierung und Verschiebung von Instandhaltungsmaßnahmen; gerade diese beiden Punkte sind ja auch kein Ruhmesblatt.

Kurzum: Das positive Ergebnis 2020 ist nicht Ausdruck längst überfälliger Konsolidierungs- und Sanierungsanstrengungen hier in dieser Stadt, sondern es ist das, ja, lassen Sie mich sagen, Zahlen gewordene „Et hätte noch immer jot jejange“.

(Beifall bei der AfD)

Anders formuliert: Der Jahresabschluss 2020 wurde nicht erreicht, sondern er ist passiert, einfach so.

Darüber hinaus stellt das Rechnungsprüfungsamt - ich kann wirklich nur die Lektüre seines Berichtes empfehlen - unserer Verwaltung, zurückhaltend formuliert, kein gutes Zeugnis aus. Belege:

- Verletzung des Vieraugenprinzips. Bei einer Stichprobe von 89 Belegen wurde in 40 Belegen das Vieraugenprinzip durchbrochen. Das sind 45 Prozent der Fälle.
- Fehlbuchungen: In weiteren sechs Fällen wurden Aufwands- und Ertragskonten gegeneinander gebucht. Allein diese sechs Fälle aus der Stichprobe machen ein Volumen von 2,3 Millionen Euro aus.
- jede Menge fehlende Belege: 25 Prozent der Buchungen ohne Beleg
- keine Aktualisierung seit 2015
- Die von der Kämmererei festgelegten Wertgrenzen zur Ermittlung von Abschreibungsgrenzen wurden nicht geprüft.



- fehlende Rückmeldungen: Es gelang nicht, Positionen in Höhe von 100 Millionen Euro in unserer Bilanz auf Werthaltigkeit zu prüfen.

Das Rechnungsprüfungsamt schreibt uns dazu - ich zitiere mit freundlicher Genehmigung von Herrn Jülich -:

In mehreren Teilbereichen der Prüfung war es der Verwaltung, trotz intensiver Bemühungen der Kämmerei, nicht möglich, dem Rechnungsprüfungsamt im Prüfungszeitraum notwendige Nachweise und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Buchführung der Stadt Köln ist in Teilen und das System der Belegablage in Gänze nicht geeignet, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage der Stadt Köln vermitteln kann.

Das hat unser Rechnungsprüfungsamt wirklich schön formuliert.

Wenn wir das jetzt einmal in Schulnoten übersetzen würden, meine Damen und Herren, sind wir uns, glaube ich, einig: Diese Zustandsbeschreibung ist weder befriedigend, noch ist sie ausreichend.

Noch ein Letztes: Wir verabschieden im September 2023 den Jahresabschluss von vor drei Jahren, von 2020. Das heißt: Unser Rechnungswesen und unsere Buchführung in dieser Stadt sind 15 Jahre nach Einführung des NKF nicht nur schlecht, wie das Rechnungsprüfungsamt uns hier bescheinigt, sondern auch sehr, sehr langsam.

Weltweit operierende Großkonzerne, die deutlich komplexere Strukturen haben, als es die Stadt Köln hat, legen einen Fast Close hin, also einen Jahresabschluss binnen weniger Wochen.

Meine Damen und Herren, wir müssen hier in Köln gar nicht auf irgendwelche weit entfernten Weltkonzerne blicken. Es reicht komplett der Blick 35 Kilometer nach Norden auf die Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort hat die Verwaltung der Stadt Düsseldorf im Mai dieses Jahres den Abschluss für das letzte Jahr, also für 2022, dem Rat vorgelegt. Sie sehen: Es geht.

Die vorliegende Beschlussvorlage bestätigt meine Fraktion in ihrer mehrfach geäußerten Einschätzung: Diese Stadt ist ein Sanierungsfall, ihre Verwaltung in etlichen Bereichen dysfunktional.

Jüngstes Beispiel sind ja die Vorgänge hier im Ordnungsamt rund um Security und Karneval.

Die Vorlage fordert ganz richtigerweise die Abstellung dieser eklatanten Mängel. Deshalb werden wir als AfD-Fraktion die Beschlussvorlage mittragen. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, normalerweise diskutieren wir hier nicht über den Jahresabschluss. Das ist normales Geschäft des Rechnungsprüfungsausschusses.

Ich finde es ausgesprochen schade, dass sich die Fraktion der AfD an der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss nicht beteiligt hat. Es war niemand von Ihren Kollegen da.

(Vereinzelt Beifall)

Das sind sachliche Diskussionen, die wir dort haben.

Bei den Prüfungen, die jedes Jahr stattfinden, wird man immer etwas finden. Sie hätten auch aus dem Jahre 2019 zitieren können. Es gibt immer Sachen.

Sie von der AfD haben aber das Ganze nicht verstanden. Denn wir haben noch ein viel größeres Problem. Wir haben nämlich das Problem, dass wir keinen vollständig testierten Jahresabschluss haben. Das hängt damit zusammen, dass wir keine Eröffnungsbilanz haben. Das ist unser eigentliches Problem.

Insofern bringt uns flache Kritik da auch nicht weiter. Es wäre vernünftig, dass Ihr Vertreter auch zu den Sitzungen kommt. Dann kann man das sachlich im Ausschuss diskutieren. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher würde ich jetzt gerne über die Vorlage abstimmen lassen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener



Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Knotenpunkten 0515/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Verwendung des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2020 2421/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Tagesordnungspunkt

11.1 230. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler; Arbeitstitel: „Volkhovener Straße“ in Köln-Esch/Auweiler hier: Feststellungsbeschluss 1668/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

11.2 228. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: „Integrative Quartiersentwicklung am Kalscheurer Weg“ in Köln-Zollstock hier: Feststellungsbeschluss 1622/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

11.3 227. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Deutz; Arbeitstitel: „Deutzer Hafen“ in Köln-Deutz 1389/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 22. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2169/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hahnenstraße im Abschnitt von Haus Nr. 32 einschließlich bis Uhuweg (östliche Einmündung) in Köln-Rondorf 2211/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier ev. Kirchenverband Köln und Region sowie Computerprojekt Köln e. V. 2310/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Umbesetzung Ausschüsse/Sachkundige Einwohner:innen“ AN/1585/2023

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**17.3 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Liegenschaftsausschuss“
AN/1595/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“
AN/1601/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Gebrüder Coblenz Stift e. V.: Entsendung in den Beirat“
AN/1603/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Änderung von Mitgliedern im Umlegungsausschuss“
AN/1353/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Entsendung in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK)“
AN/1613/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss“
AN/1612/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Entsendung in den Aufsichtsrat der modernen Stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH“
AN/1614/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung von Ausschüssen“
AN/1611/2023**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Antrag von RM Syndicus (GUT Köln) betreffend „Benennungen und Umbesetzungen von sachkundigen Einwohner:innen und beratenden Mitglieder“
AN/1604/2023**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Antrag von RM Syndicus betreffend „Benennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme“
AN/1605/2023**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Nun komme ich zu:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2023/2024
4225/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.



Tagesordnungspunkt

**18.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie
Satzungsbeschluss betreffend den Be-
bauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitsti-
tel: „Westlich Unter Goldschmied (Lau-
renz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord
0502/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegen-
stimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann
ist so beschlossen.

Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.44 Uhr)